

aus politik und zeit geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Gottfried-Karl Kindermann
Die Teilstaaten Koreas
im Weltgeschehen
des letzten Jahrzehnts

Oskar Weggel
Vietnam:
Die historische Chance vertan?

Peter Schier
Der Krieg um Kambodscha —
ein Konflikt ohne Ende?

ISSN 0479-611 X

B 37/83

17. September 1983

Gottfried-Karl Kindermann, Dr. phil., geb. 1926; o. Professor für Politikwissenschaft und Gründungsdirektor des Seminars für Internationale Politik der Universität München; Koordinator der deutschen Gruppe im German-Korean Joint Committee for the Comparative Research on Divided Nations.

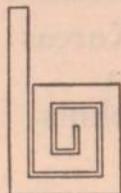
Veröffentlichungen u. a.: Sun Yat-sen: Founder and Symbol of China's Revolutionary Nationbuilding, München 1981; Grundelemente der Weltpolitik, München 1981².

Oskar Weggel, Dr. jur., geb. 1935; seit 1968 wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde in Hamburg mit Forschungsschwerpunkt VR China und Indochina; 1954—1963 Studium der Rechtswissenschaften in München, 1963—1965 Studium des Chinesischen in Bonn; 1965—1967 Studienaufenthalt in Taiwan, regelmäßige Mitarbeit an den vom Institut für Asienkunde Hamburg herausgegebenen Monatszeitschriften „China aktuell“ und „Südostasien aktuell“.

Veröffentlichungen u. a.: Die Alternative China. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft der VR China, Hamburg 1973; Die Außenpolitik der VR China, Stuttgart 1977; Chinesische Rechtsgeschichte, Leiden — Köln 1980; China zwischen Revolution und Etikette: Eine Landeskunde, München 1981; sowie zahlreiche Zeitschriftenaufsätze.

Peter Schier, geb. 1950; seit 1977 wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde Hamburg mit den Forschungsschwerpunkten Kambodscha und Innenpolitik der VR China; Studium der Sinologie, Publizistik, Soziologie und Philosophie in Münster, Berlin und Peking.

Veröffentlichungen: (zusammen mit M. Schier-Oum) Prince Sihanouk on Cambodia, Hamburg 1980; (zusammen mit W. Draguhn u. a.) Indochina: Der permanente Konflikt?, Hamburg 1981; daneben weitere Veröffentlichungen über die innenpolitische Entwicklung Chinas sowie über die Gegenwartsgeschichte Kambodschas.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Teilstaaten Koreas im Weltgeschehen des letzten Jahrzehnts

I. Korea als Opfer der Imperialismen

Obwohl das Jahr 1983 unter anderem auch den hundersten Jahrestag der Aufnahme der Beziehungen zwischen dem Kaiserreich Deutschland und dem Königreich von Korea (1883) brachte, mag es dennoch an der europazentrischen Perspektivenverengung in der Geschichtsbetrachtung mancher westlicher Länder liegen, daß die Geschichte und Kultur dieses bedeutsamen Landes und Volkes bei uns weniger bekannt sind, als es ihrer wirklichen Bedeutsamkeit entspricht. Mit schuld daran ist vielleicht die Tatsache, daß die koreanische Kultur trotz bedeutsamer bodenständiger Leistungen und ihrer zeitweilig auch nach außen ausgeübten Kulturträgerfunktion im Blickwinkel europäischer Betrachter zu sehr in den Schatten der benachbarten Giganten China und Japan geraten ist.

Das heute systemisch und regional geteilte Korea wurde bereits früh unter der Herrschaft des Königreiches Silla (668–935 n. Chr.) erstmals geeinigt. Eine damals beginnende Blütezeit des Mahayana-Buddhismus setzt sich zwar in der Herrschaftsära des nachfolgenden Königreiches Koryo (935–1392 n. Chr.) fort, doch intensivierten sich gleichzeitig die aus dem benachbarten China einströmenden Einflüsse des konfuzianischen Kulturkreises. Bereits in dieser Ära übernimmt Korea von China das konfuzianische Staatsprüfungssystem als Mittel zur Auswahl der staatstragenden Bürokratie. Mongoleninvasionen des 13. Jahrhunderts tragen zum Niedergang der Koryo-Dynastie bei. Ihr folgt die 518 Jahre lang das vereinte Korea regierende Yi-Dynastie, deren Ära 1392 beginnt und erst 1910 mit der Annektierung Koreas durch Japan endet. Die in dieser Zeit prädominant werdende Staats- und Gesellschaftsdoktrin ist der von China rezipierte Neo-Konfuzianismus in seiner vom chinesischen Philosophen Chu Hsi geprägten dogmatisch-scholastischen Form. Koreas damaliges Herrschaftssystem orientierte sich in vielfacher Hinsicht am Modell des konfuzianischen China. Anders als in China stand der Zugang zur staatstragenden Bürokratie fast nur Mitgliedern des landbesitzenden Adels (Yangban-Klasse) offen. In Abwesenheit einer positiven Rechtsordnung

fungierten die Normen der neo-konfuzianischen Staatsphilosophie und Staatsethik ebenso wie auch die Traditionen des Gewohnheitsrechts als normatives Rahmengerüst des öffentlichen Lebens. Der Mangel an Rechtssicherheit wie auch der gleichsam „cäsaropapistische“ Anspruch der dynastischen Staatsführung, als oberste Quelle aller Souveränität, Macht und Ethik zu gelten, begünstigte immer wieder die Willkür dynastischer und staatsbürokratischer Machttäger. Deren Palastintrigen und meist erbarmungslos geführte Sippenfehden beherrschten weite Bereiche der koreanischen Innenpolitik¹⁾. Die koreanische Kultur entwickelte im 15. Jahrhundert nicht nur eine eigene, phonetische koreanische Schriftsprache (Hangul), sondern auch ein erstes Druckverfahren mit beweglichen Drucktypen. Im Bereich seiner Außenpolitik war Korea durch ein lockeres Tributverhältnis mit dem benachbarten Kaiserreich China verbunden.

Ähnlich wie China vor dem Opiumkrieg oder wie Japan vor der friedlichen Öffnung seines Landes in der Mitte des vorigen Jahrhunderts verschloß sich auch Korea im 19. Jahrhundert zunächst durch eine rigoros gehandhabte Isolationspolitik gegenüber allen Versuchen zu Kontaktnahmen seitens der Industriemächte. Erst 1876 konnte Japan als erste auswärtige Macht Korea zur Aufnahme von bilateralen Kontakten und zum Abschluß eines Vertrages veranlassen, in dem die Japaner Korea ausdrücklich als „unabhängigen“ Staat mit „den gleichen souveränen Rechten wie Japan“ anerkannten. Mit dieser Formulierung wollte die japanische Diplomatie der latent vorhandenen Oberhoheit Chinas über Korea entgegenwirken. Zwischen 1882 und 1886 konnten dann auch die USA, Großbritannien, Deutschland, Rußland, Italien und Frankreich Verträge mit Korea schließen. Als Folge sich ver-

¹⁾ Zum Wesen der bis heute noch stark prägenden Einflüsse politischer und gesellschaftlicher Traditionen des vormodernen Korea siehe G. Henderson, Korea and the Politics of the Vortex, Harvard University Press, Cambridge (Mass.) 1968, Teile I und III; sowie Pyong-Choon Hahm, The Korean Tradition and Law, Seoul 1967, insbes. Kapitel I bis VIII.

mehrender Fremdkontakte kristallisierten sich im Zentrum der koreanischen Politik dieser Zeit zwei größere Gruppierungen heraus. Die eine erstrebte die Modernisierung des Landes nach japanischem Modell und befürwortete dementsprechend erweiterte Kontakte mit Japan, während die andere Partei als eher prochinesisch galt und den Modernisierungsversuchen ablehnend gegenüberstand.

Japanische und chinesische Interventionen in Korea führten zu einem Spannungsverhältnis zwischen Tokio und Peking, das sich zum japanisch-chinesischen Krieg von 1894 bis 1895 hinaufskalierte. In diesem Krieg um die Einflußsphären beider Mächte in Korea, der primär auf koreanischem Boden ausgetragen wurde, fügten die Japaner den Chinesen eine vernichtende Niederlage zu. Am Ende dieses Krieges stand der Vertrag von Shimonoseki (1895), in dem China zum Verzicht auf jegliche Form von Oberhoheit über Korea gezwungen wurde. Diesen Krieg zur Sicherung seines Einflusses in Korea hatte Japan jedoch auch unter dem Aspekt geführt, daß die Russen als Antwort auf die Eröffnung des Suez-Kanals mit dem Bau der sogenannten trans-sibirischen Eisenbahn begonnen hatten, die das europäische Rußland mit dessen 20 Jahre zuvor auf Kosten Chinas erworbenen Besitzungen am Pazifischen Ozean, insbesondere mit dem Kriegs- und Handelshafen Wladiwostok, verbinden sollte.

Auch dem russisch-japanischen Krieg 1904/05 waren unlösbare, schwere Differenzen hinsichtlich der Abgrenzung der Einflußsphären beider Länder in Korea vorangegangen. Ge-

schützt durch seinen Sieg über Rußland und den Friedensvertrag von Portsmouth 1905, gedeckt durch sein Bündnis mit Großbritannien und abgesichert durch eine geheime Absprache mit den Vereinigten Staaten (Taft-Katsura-Abkommen vom Juli 1905) konnte die japanische Regierung nun daran gehen, die Annektierung Koreas systematisch vorzubereiten und im August 1910 zu vollziehen²⁾.

35 Jahre lang, von 1910 bis 1945, fand sich Korea unter einer mit größter Härte praktizierten japanischen Kolonialherrschaft, die in den Sphären der Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft eine totale Japanisierung des koreanischen Lebensstils zu erzwingen suchte. Eine gewaltige, von Wilsons Ideen der nationalen Selbstbestimmung inspirierte anti-japanische Protestbewegung konnte 1919 von der japanischen Kolonialherrschaft unterdrückt werden. Koreanische Exilregierungen entstanden anschließend unter Dr. Syngman Rhee in den USA sowie unter Kim Koo in China. Es gelang ihnen jedoch selbst nach Ausbruch des Krieges mit Japan (1941–1945) nicht, von den führenden Mächten der Anti-Achsenkoalition diplomatisch anerkannt zu werden³⁾. Im Norden operierten in den an Korea angrenzenden mandschurischen Gebieten national-kommunistische Partisaneneinheiten der Koreaner unter dem Kommando des späteren nordkoreanischen Staatspräsidenten Kim Il Sung⁴⁾. Als Folge dieser Situation verfügte die koreanische Nation über keine international anerkannte Vertretung, als Japan im August 1945 kapitulierte und damit auch die japanische Herrschaft in Korea zusammenbrach.

II. Entstehung und Zementierung einer „provisorischen“ Teilung

Auf der alliierten Gipfelkonferenz von Kairo vom November 1943 einigten sich Roosevelt, Churchill und Chiang Kai-shek darauf, daß Japan alle Gebiete verlieren solle, die es durch Aggression und Expansion an sich gebracht habe. Was Korea betrifft, so lautete der entscheidende Satz der Dreimächteerklärung von Kairo vom 1. Dezember 1943: „The aforesaid three great powers, mindful of the enslavement of the people of Korea, are determined that, *in due course*, Korea shall become free and independent.“⁵⁾ Diese Formulierung, daß Korea nur „innerhalb eines angemessenen Zeitraumes“ frei und unabhängig werden solle, ging auf die Vorstellung des Präsidenten Roosevelt zurück, daß vormalige Kolonialstaaten wie Korea oder Indochina zunächst durch eine vorübergehende Treuhandschaftsregierung der alliierten Mächte in die

Lage versetzt werden müßten, sich anschließend selbst zu regieren. Roosevelt, der über keinerlei Kenntnisse der koreanischen oder

²⁾ Hinsichtlich der regionalen, ostasiatischen und der weltpolitischen Rahmenbedingungen siehe: G.-K. Kindermann, Der Ferne Osten in der Weltpolitik des Industriellen Zeitalters, München 1970, Kapitel II.

³⁾ Eine Pionierarbeit zur Rolle dieser Führer im Rahmen des modernen koreanischen Nationalismus und seine Beziehungen zu den USA verkörpert das Buch von Byung-Ung Kim, Nationalismus und Großmachtspolitik — Das Dilemma des Nationalismus in Korea unter der US-Militärbesetzung 1945—1948, München 1981, S. 13—193.

⁴⁾ Siehe Chong-Sik Lee, The Korean Workers Party: A Short History, Stanford (Cal.) 1978, Kapitel IV. Vgl. ferner Han Gil Kim, Modern History of Korea, Pyöngyang/Korea 1979, Kapitel III bis V.

⁵⁾ Wortlaut in: Department of State Bulletin, Vol. IX, 4. Dezember 1943, S. 393 (Hervorhebung durch den Verfasser).

vietnamesischen Geschichte verfügte, entwickelte diese merkwürdige Idee anhand des Modells der Beziehungen zwischen den USA und den Philippinen. Die Teilung Koreas in eine nördliche sowjetische und eine südliche amerikanische Besatzungszone mit dem 38. Breitengrad als Trennungslinie ging auf einen amerikanischen Plan zurück, an dessen Ausarbeitung der spätere US-Außenminister Dean Rusk beteiligt war. Er beruhte einerseits auf der Prämisse, daß es schwer sein würde, die Sowjets gänzlich aus Korea herauszuhalten, und andererseits darauf, daß die Wahl des 38. Breitengrades als Trennlinie zwischen den Besatzungszonen dafür sorgen würde, daß Koreas alte Hauptstadt Seoul im amerikanischen Zonenbereich liege⁶⁾.

Roosevelts Nachfolger, Präsident Truman, übernahm zunächst die auf Roosevelt zurückgehende Treuhandschaftsidee. In einer Botschaft des Präsidenten vom 18. September 1945, die sich auf die Befreiung Koreas bezog, heißt es unter anderem: „Zur Zeit hat der Aufbau einer großen Nation mit der Hilfe der Vereinigten Staaten, Chinas, Großbritanniens und der Sowjetunion begonnen, die darin übereinstimmen, daß Korea frei und unabhängig werden soll. Die Übernahme der Verantwortung und der Funktionen einer freien und unabhängigen Nation und die Beseitigung aller Reste japanischer Kontrolle über das wirtschaftliche und politische Leben in Korea durch die Koreaner selbst wird notwendigerweise Zeit und Geduld erfordern. Das Ziel ist zwar in Sicht, aber seine rasche Verwirklichung wird gemeinsame Anstrengungen des koreanischen Volkes und der Alliierten erfordern.“⁷⁾

Eine Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritanniens beschloß im Dezember 1945 die Bildung einer „Gemeinsamen Kommission“ in Korea, die aus Vertretern der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungsbehörde in Süd- und Nordkorea zusammengesetzt sein sollte. Ohne jede inhaltliche Begriffsbestimmung des auch damals bereits extrem unterschiedlich gedeuteten Begriffs der Demokratie heißt es im Beschluß der genannten Außenministerkonferenz, diese Gemeinsame Kommission solle mit „demokratischen Parteien und sozialen Organisationen“ in Korea

Kontakte aufnehmen, um hierdurch die Bildung einer „provisorischen koreanischen Regierung“ zu fördern. Die gemeinsame Kommission der Alliierten und die erwartete provisorische koreanische Regierung sollten dann gemeinsam Vorschläge für ein Viermächtetreuhandschaftssystem in Korea ausarbeiten, an dem auf seiten der Alliierten nicht nur die USA und die UdSSR, sondern auch China und Großbritannien beteiligt sein sollten⁸⁾.

Die Bekanntgabe des Beschlusses zu einer bevormundenden Treuhandschaftsregierung der Großmächte über das befreite Korea rief bei der Bevölkerung dieses alten Kulturvolkes einen Sturm der Entrüstung hervor. Doch verhinderten die sich zum Kalten Krieg hin entwickelnden spannungsreichen Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR die Entfaltung irgendeiner konstruktiven Tätigkeit seitens der „Gemeinsamen Kommission“, so daß der gesamte Treuhandschaftsplan bereits in der allerfrühesten Phase versuchter Verwirklichung steckenblieb⁹⁾. Jede der beiden Großmächte erstrebte die Förderung und Bildung einer ihr freundlich gegenüberstehenden gesamt-koreanischen Regierung, wobei beide Mächte am Widerstand der jeweils anderen Seite scheiterten. So entstand 1947 eine unlösbare Situation.

Der Antagonismus der Weltmächte verhinderte die politische Emanzipation einer befreiten Nation. Durch diese Lage frustriert, beschloß die amerikanische Regierung, das Koreaproblem im Herbst 1947 der Weltorganisation der Vereinten Nationen vorzulegen. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen billigte daraufhin am 14. November 1947 folgenden Antrag der USA:

Erstens: Die Bildung einer internationalen UNO-Kommission für Korea.

Zweitens: Die Abhaltung freier Wahlen für eine gesamt-koreanische Nationalversammlung unter der Aufsicht dieser Kommission in beiden Teilen Koreas.

Drittens: Eine Verteilung der Mandate entsprechend der wirklichen Bevölkerungszahl, so daß hierdurch die Vertreter des Südens (wo sich zwei Drittel der koreanischen Bevölkerung befinden) zwei Drittel der Mitglieder

⁶⁾ Zu dieser Problematik siehe Se-Jin Kim, Korean Unification. Source Materials with an Introduction, Seoul 1976, Band I, S. 23—27 (diese wichtige, 2bändige Dokumentation wird im folgenden zitiert als: Korean Unification).

⁷⁾ Dokument 5 in: Se-Jin Kim (Ed.), Documents on Korean-American Relations 1943—1976, Seoul 1976, S. 29.

⁸⁾ Wortlaut des Beschlusses der Moskauer Außenministerkonferenz vom 27. Dezember 1945 in: Korean Unification, a. a. O. (Anmerk. 6), S. 88.

⁹⁾ Siehe hierzu das Standardwerk von Soon Sung Cho, Korea in World Politics 1945—1950, Berkeley and Los Angeles 1967, sowie das deutschsprachige Standardwerk von Byung-Ung Kim, a. a. O. (Anmerk. 5), S. 194 bis 391.

der verfassungsgebenden Nationalversammlung gestellt hätten.

Viertens: Nach Durchführung dieser Wahlen (nicht später als 31. März 1948) sollte die neue gesamt-koreanische Nationalregierung mit den beiden Besatzungsmächten über den Rückzug ihrer Streitkräfte in einem Zeitraum von etwa 90 Tagen verhandeln¹⁰⁾.

Zwar entstand die in der UNO-Resolution vorgesehene internationale UN-Kommission, doch wurde ihr von der sowjetischen Besatzungsmacht die Einreise nach Nordkorea und damit eine Tätigkeit im gesamt-koreanischen Sinne verweigert. Angesichts dieser neuerlichen Schwierigkeit nahm die Generalversammlung der UNO im Februar 1948 eine Resolution an, die die Abhaltung von Wahlen und die Bildung einer koreanischen Regierung zumindest in Südkorea verlangte. Aus den allgemeinen Wahlen vom Mai 1948 ging eine Nationalversammlung hervor, die im Juli des gleichen Jahres eine Verfassung verabschiedete. Im gleichen Monat wurde Syngman Rhee zum Präsidenten der Republik Korea gewählt¹¹⁾. Im August 1948 verkündete Nordkorea, es hätten in ganz Korea allgemeine Wahlen — in Südkorea jedoch nur geheime — stattgefunden, um 572 Abgeordnete für eine in Pyöngyang, der Hauptstadt Nord-Koreas, zusammenzutretende Oberste Volksversammlung zu wählen¹²⁾. Diese Volksversammlung verabschiedete am 3. September eine koreanische Verfassung und ernannte Kim Il Sung als Ministerpräsident der so entstandenen neuen koreanischen Regierung in Nordkorea. Die Sowjetunion und andere Ostblockstaaten erteilten Pyöngyang und die Vereinigten Staaten und andere westliche Staaten Seoul die diplomatische Anerkennung. Die Teilung Koreas hatte somit auch institutionelle, diplomatische und völkerrechtliche Dimensionen von weitreichender Bedeutung angenommen.

III. Bürgerkrieg und Krieg in Korea

Um die koreanische Politik der Jahrzehnte seit 1950 zu verstehen, muß das gesamt-natio-

¹⁰⁾ Wortlaut der UN-Resolution in: Korean Unification, a. a. O. (Anmerk. 6), S. 101—102.

¹¹⁾ U. S. Department of State, Korea 1945 to 1948. A Report on Political Developments and Economic Resources with Selected Documents, Washington 1948. Vergl. ferner B. Cumings, The Origins of the Korean War. Liberation and the Emergence of Separate Regimes 1945—47, Princeton (N. J.) 1981.

¹²⁾ Diesbezügliche Dokumente aus Nord- und Südkorea zwischen April und Juni 1948 in: Korean Unification, a. a. O. (Anmerk. 6), Band I, S. 104—108. Siehe ferner Byung-Ung Kim, a. a. O. (Anmerk. 6), S. 392—422.

Unter dem Schutz und mit der Förderung der sowjetischen Besatzungsmacht war in Nordkorea das erste volksdemokratische System Ostasiens entstanden. Dieses wurde machtmäßig von einer Einheitsfront getragen, in der die aus mehreren Fraktionen bestehenden koreanischen Kommunisten die Führung innehatten. Diese Fraktionen schlossen sich am 24. Juni 1949 zur Koreanischen Arbeiterpartei (Choson Nodong Tang) zusammen. Der von den Sowjets favorisierte, damals jugendliche (Jahrgang 1912) Führer koreanischer Partisanenverbände in der Mandschurei, Kim Il Sung (ursprünglich Kim Sung Chu), wurde nun auch Vorsitzender dieser neuen Partei. Das neue Regime verstaatlichte die Industrien, bewirkte eine umfassende Landumverteilung zugunsten der armen Bauern und betrieb einen von oben gelenkten Klassenkampf zur Bekämpfung aktueller und potentieller Regimegegner¹³⁾.

In Südkorea war der Form nach ein parlamentarisch-demokratisches Regierungssystem entstanden. Doch der erste Präsident dieser südlichen Republik Korea, Dr. Syngman Rhee (Jahrgang 1875), der mehr als 25 Jahre lang in den USA eine offiziell nicht anerkannte koreanische Exilregierung geleitet hatte, benützte die Wirren und Nöte des Koreakrieges, um diesem Regime ein dann auch in Friedenszeiten erhalten gebliebenes autoritäres Gepräge zu geben¹⁴⁾.

Nach der Entstehung zweier systemisch und ideologisch entgegengesetzter Herrschaftsordnungen in Nord- und Südkorea zogen sich Ende 1948 zunächst die sowjetischen Besatzungstruppen und dann Mitte 1949 die amerikanischen Streitkräfte aus Korea zurück. So standen sich die beiden Teilstaaten Koreas ohne Intervention seitens einer dritten Macht in einer Situation feindlicher Koexistenz direkt gegenüber.

nale Trauma, das der Koreakrieg von 1950 bis 1953 für das geteilte Land mit sich brachte, mitbedacht werden. Dem Kriegsausbruch vorgegangen waren drei Ereignisse von welt-politischer Tragweite:

Erstens: in China der Zusammenbruch der mit den USA befreundeten Nationalchinesi-

¹³⁾ Hierzu siehe das internationale Standardwerk von R. A. Scalapino und Chong Sik Lee, Communism in Korea, Berkeley-Los Angeles-London 1972, Band I, Kapitel V, sowie Band II, Anhang A—D.

¹⁴⁾ R. C. Allen, Korea's Syngman Rhee. An Unauthorized Portrait, Tokio 1960.

schen Regierung, die militärische Machtergreifung der Maoisten und die Proklamation der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949; zweitens: die Entstehung des Bündnisvertrages zwischen Moskau und Peking (Stalin-Mao-Pakt) vom 14. Februar 1950;

drittens: die Proklamation einer neuen außenpolitischen Doktrin der USA für Ostasien durch Außenminister Acheson im Januar 1950, die besagte, der Schutzbereich der USA im ostasiatisch-pazifischen Raum beschränke sich zukünftig auf eine Inselkette, die sich beginnend mit Japan, den Ryukyu Inseln und den Philippinen bis nach Australien und Neuseeland erstrecke. Westlich davon und insbesondere auf dem ostasiatischen Kontinent sei es den USA nicht möglich, Schutzgarantien zu übernehmen¹⁵). Dies bedeutete die Ausklammerung Koreas, Taiwans und Indochinas aus dem Schutzbereich der USA.

Hinsichtlich der Entstehung des Koreakrieges gibt es äußerst unterschiedliche Interpretationen. Nordkorea stellt den Krieg als Ergebnis eines geheimen Komplotts dar, demzufolge die US-Regierung das südkoreanische Syngman Rhee-Regime dazu veranlaßt habe, Nordkorea trotz dessen militärischer Überlegenheit anzugreifen, um den USA damit einen Vorwand zu einer neuen expansiven Ostasienpolitik zu liefern¹⁶). Die amerikanische Regierung, die Vereinten Nationen und eine Mehrheit westlicher Historiker sahen den Kriegsbeginn im Lichte einer geglückten nordkoreanischen Überraschungsoffensive. Die damalige amerikanische Regierung vermutete hinter dieser Offensive eine konzertierte Expansionspolitik des sowjetisch-chinesischen Paktsystems. Dem amerikanischen Eingreifen lag die Ansicht zugrunde, man müsse diesem Expansionsfall exemplarisch entgegenreten, da es sonst künftig zu einer Häufung von Expansionsfällen ähnlicher Art kommen werde (Domino-Theorie)¹⁷).

Eine andere Version bieten die Chruschtschow-Memoiren. Hier heißt es, Kim Il Sung habe Stalin kurz nach Maos Sieg über Chiang Kai-shek Ende 1949 dargelegt, daß Nordkorea zum Zweck der Wiedervereinigung des geteilten Landes eine Offensive ge-

gen Südkorea plane. Habe diese begonnen, so werde es in ganz Südkorea zu massiven Aufständen koreanischer Kommunisten und ihrer Sympathisanten kommen. Trotz anfänglicher Bedenken wegen möglicher amerikanischer Reaktionen habe zuerst Stalin und dann auch Mao dem Plan Kim Il Sung's zugestimmt. Alle seien schließlich von der Annahme ausgegangen, die Amerikaner (die ja in China auch nicht zur Rettung Chiang Kai-sheks eingegriffen hatten), würden nicht intervenieren, wenn es in Korea zu einem innerkoreanischen Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd um die Wiedervereinigung des Landes komme. So habe Nordkorea, wie geplant, mit der Offensive begonnen. Jedoch, so schildert Chruschtschow weiter, seien zwei Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen. Die von Pyöngyang erwarteten massiven Aufstände kommunistischer Partisanen in Südkorea hätten nicht stattgefunden und die Amerikaner hätten wider Erwarten in den Krieg eingegriffen¹⁸).

Der Krieg begann in den Morgenstunden des 25. Juni 1950. Die von den USA weder mit Panzerwagen noch mit Kampfflugzeugen, panzerbrechenden Waffen oder hinreichender Artillerie ausgerüsteten südkoreanischen Streitkräfte wurden ab Beginn der Kampfhandlungen von den mit bestem sowjetischen Waffenmaterial ausgerüsteten nordkoreanischen Einheiten vernichtet geschlagen. Bereits vier Tage nach Kriegsbeginn eroberten die Nordkoreaner die südkoreanische Hauptstadt Seoul. Einen Tag zuvor hatte US-Präsident Harry S. Truman angesichts des Krieges und der Lagebeurteilung seiner Regierung die nur sechs Monate zuvor verkündete Acheson-Doktrin durch drei Beschlüsse von weltgeschichtlicher Tragweite über den Haufen geworfen: erstens durch den Beschluß zum militärischen Eingreifen in Südkorea; zweitens durch die militärische Abschirmung Taiwans gegenüber Peking mit Hilfe der 7. US-Flotte; drittens durch die Unterstützung des französischen Krieges gegen die nationalkommunistischen Viet Minh in Indochina¹⁹). Am 15. August 1950 verlegten die Nordkoreaner ihre Hauptstadt ins südkoreanische Seoul (jahrhundertlang die Hauptstadt ganz Koreas), während ihre Streitkräfte die äußerste Südspitze Koreas erreichten, wo den Südkoreanern und Amerikanern auf koreanischem Boden nur noch ein kleiner Brückenkopf rund um die Hafenstadt von Pusan verblieben war.

¹⁵) Vgl. den Wortlaut dieser historischen Rede vom 12. Januar 1950 unter anderem in: Congressional Quarterly Inc.: China — US Policy since 1945, Washington 1980, S. 308—311.

¹⁶) Han Gil Kim, a. a. O. (Anmerk. 4), S. 294—306. Foreign Languages Publishing House, The US Imperialists Started the Korean War, Pyöngyang 1977, Kap. II und III.

¹⁷) Siehe das die Ereignisse analysierende Werk von G. D. Paige, The Korean Decision, June 24—30, 1950, New York 1968.

¹⁸) S. Talbott (Hrsg.), Chruschtschow Erinnert Sich. Mit einem Vorwort von Edward Crankshaw, Hamburg 1971, S. 372—377.

¹⁹) Department of State Bulletin, 3. Juli 1950, S. 5 (Wortlaut der Truman-Erklärung).

Eine erste Wende im Krieg brachte die mit der Landung in Inchon am 15. September 1950 beginnende Gegenoffensive der Amerikaner. Nach vergeblich gebliebenen Aufforderungen zum Waffenstillstand und zur Wiederherstellung des Status quo ante hatte der UN-Sicherheitsrat am 27. Juni die Mitglieder der Weltorganisation zum Widerstand gegen den nordkoreanischen Angriff aufgefordert und den amerikanischen Oberbefehlshaber im Fernen Osten, General MacArthur, zum Oberkommandierenden der UNO-Streitkräfte in Korea ernannt. Bereits am 26. November vermochten die Amerikaner und Südkoreaner Seoul zurückzuerobern. Am 7. Oktober 1950 forderte die UN-Generalversammlung mit großer Mehrheit die Wiederherstellung von Stabilität in ganz Korea. Somit machte auch die UNO die Wiedervereinigung Koreas zum Ziel ihrer militärischen Operationen. Am 19. Oktober 1950 eroberten UN-Streitkräfte Nordkoreas Hauptstadt Pyöngyang. Einen Monat danach befand sich fast ganz Nordkorea in den Händen der Amerikaner und der anderen UN-Verbände. Damit waren die Grenzen Chinas am Yalu-Fluß erreicht. Nach vergeblich gebliebenen Warnungen, sich nicht den Grenzen Chinas zu nähern,

eröffneten „Freiwilligenarmeen“ der Volksrepublik China Ende November 1950 eine gewaltige Offensive, die am 4. Dezember zur Rückeroberung von Pyöngyang und am 4. Januar 1951 zur dritten Eroberung von Seoul führte. Mit großer Mühe gelang den UN-Verbänden im März 1951 eine vierte Eroberung von Seoul. Unter dem mehrfach hin- und herwogenden Kampf hatte vor allem auch die Bevölkerung Koreas enorm zu leiden²⁰⁾.

Nach langen und schwierigen Präliminarien begannen in Korea schließlich am 10. Juli 1951 Waffenstillstandsverhandlungen, die, von Kämpfen begleitet, drei Jahre lang dauerten und zu einem am 27. Juli 1953 unterzeichneten Waffenstillstandsabkommen führten, das den Status quo im wesentlichen entlang des 38. Breitengrades wiederherstellte, einen Gefangenen austausch bewirkte und bis heute die rechtliche Basis für die Erhaltung des Friedens in Korea darstellt²¹⁾. Insgesamt verloren bis zu 3 Millionen Menschen ihr Leben. Viele Städte in Korea — insbesondere die von den Amerikanern in Nordkorea bombardierten Städte und Industriegebiete — waren auf das schwerste zerstört.

IV. Probleme des Aufbaus und der Demokratie

Die folgenden beiden Jahrzehnte bis hin zum Beginn der siebziger Jahre waren auf beiden Seiten des geteilten Korea dem Wiederaufbau von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gewidmet. Insbesondere in der Anfangsphase wurden beide koreanischen Systeme nachhaltig von ihren jeweiligen Verbündeten unterstützt. So sah ein amerikanisch-südkoreanisches Abkommen vom 17. November 1954 allein für das Fiskaljahr 1955 amerikanische Wirtschaftshilfe in Höhe von 700 Millionen US-Dollar vor. Im Zeitraum zwischen 1957 und 1972 erhielt Südkorea Auslandshilfe im Gesamtwert von 2,56 Milliarden US-Dollar. Die Jahresbeträge gingen dabei von einem Spitzenbetrag von 382,9 Millionen US-Dollar 1957 bis 1969 auf einen durchschnittlichen Jahresbetrag von etwa 100 Millionen US-Dollar zurück. Im Zeitraum zwischen 1962 und 1966 fungierte die Bundesrepublik Deutschland nach den USA und vor Japan an zweiter Stelle unter den westlichen Ländern, die Südkorea Kapitalhilfe gewährten. Dies änderte sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre aus zwei Gründen. Einerseits kam es nicht zuletzt auch aufgrund amerikanischen Drängens 1965 zu einem Normalisierungsvertrag zwischen Japan und Südkorea, der unter an-

derem auch den Beginn ständig wachsender japanisch-südkoreanischer Wirtschaftsbeziehungen bewirkte. Andererseits führten politische Spannungen zwischen Bonn und Seoul zu einer politisch bedingten Reduzierung der deutsch-südkoreanischen Wirtschaftsbeziehungen, die erst ab 1971 wieder normalisiert werden konnten²²⁾. Im Falle Nordkoreas stand die Sowjetunion an erster, die Volksre-

²⁰⁾ Zum Ausbruch und Verlauf des Korea-Krieges siehe die neue, umfassende Studie von J. C. Golden, Korea. The Untold Story of War, New York 1982.

²¹⁾ Die wichtigsten Dokumente zum Waffenstillstandsabkommen finden sich im: Department of State Bulletin, 3. August 1954, S. 131—194, und ebd., 24. August 1953, S. 246—287. Die neueste und umfangreichste der in westlichen Sprachen zur Zeit vorliegenden Studien des Waffenstillstandsabkommens stammt von Dae Hyun Yang, Die Waffenstillstandsverhandlungen in Korea 1951—1953. Eine Multiperspektivische Konstellationsanalyse, München 1982.

²²⁾ Zur Nachkriegswirtschaft und westlichen Wiederaufbauhilfe für Südkorea siehe den Beitrag von Seung Hee Kim, Economic Development of South Korea, in: Se-Jin Kim, und Chang Hyun Cho, Korea: A Divided Nation, Silver Spring (Md.) 1976, Kapitel VI. Eine erste umfassende deutschsprachige Analyse des Normalisierungsprozesses zwischen Japan und Südkorea liegt vor in Gestalt des hervorragenden Bandes von Kyung Nam Paik, Korea und Japan

publik China an zweiter und die DDR an dritter Stelle der Staaten des Rates für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Nordkorea im Zeitraum zwischen 1945 und 1970 unentgeltliche Wirtschaftshilfe in einem Gesamtwert von 1,5 Milliarden US-Dollar gewährten. Die DDR übernahm zum Beispiel die Aufgabe, mit Nordkorea gemeinsam die vom Krieg zerstörte größte Industriestadt des Landes, Hamhung, wiederaufzubauen²³⁾.

Die größte Last und Leistung beim Wiederaufbau lag in beiden koreanischen Landesteilen auf den Schultern der Bevölkerung, wenngleich auch im Rahmen fast diametral entgegengesetzt konzipierter Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. In Südkorea wurde der immer autoritärer herrschende Präsident Syngman Rhee durch eine blutige Studentenrevolte im April 1960 gestürzt, der weite Teile der koreanischen Streitkräfte und auch die US-Regierung nicht ohne ein gewisses Wohlwollen gegenüberstanden. Nach Rhees Sturz folgte im Juni 1960 eine Verfassungsreform, die die bisherige starke Position des Präsidenten erheblich schwächte und zu einer ganz beträchtlichen Stärkung der Rolle des Parlaments im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß führte. Jedoch der wohlmeinende, wenn auch weiche neue Ministerpräsident John M. Chang, der weder über Charisma noch über praktische Führungsqualitäten verfügte, und das in viele Gruppen zersplitterte Parlament vermochten nicht ein wirklich effektives und von der Öffentlichkeit positiv beurteiltes Regierungssystem zuwege zu bringen.

Das neue Regime wurde bereits im Mai 1961 durch einen Militärputsch gestürzt. Zur führenden Persönlichkeit aus der Reihe der für den Putsch verantwortlichen Militärpolitiker kristallisierte sich General Park Chung Hee heraus. Park vertrat die Ansicht, für Entwicklungsländer vom Typ Koreas eigne sich die volle Übernahme westlicher Demokratiemodelle nicht. Von den USA jedoch politisch un-

ter Druck gesetzt, sah sich die Militärregierung bald zu einer partiellen Rückkehr zu demokratischen Verfahrensformen genötigt. Es gelang Park, sich im Oktober 1963 mit knapper Stimmenmehrheit zum Präsidenten der „Dritten Republik Korea“ wählen zu lassen²⁴⁾. Eine von seiner Regierung insgeheim ausgearbeitete neue Verfassung wurde in einem Referendum vom 17. Oktober 1969 mit 65,1 Prozent der abgegebenen und gültigen Stimmen angenommen. Trotz des autoritätsorientierten Charakters des neuen Regierungssystems gelang es dem später international bekannt gewordenen Oppositionspolitiker Kim Dae Chung, bei den Präsidentenwahlen vom April 1971 46 Prozent der Stimmen zu erhalten, während die Oppositionspartei der Neuen Demokraten 44 Prozent der Stimmen und mehr als ein Drittel der Mandate der Nationalversammlung erhielt. Nachdem Park Chung Hee am 16. Oktober 1972 in Südkorea das Kriegsrecht proklamiert und die Nationalversammlung aufgelöst hatte, legte er der Bevölkerung im November 1972 wiederum eine neue Verfassung, die sogenannte Yushin-Verfassung („Verfassung der Sozio-Politischen Erneuerung“), vor, die durch ein Referendum angenommen wurde. Park Chung Hee rechtfertigte die dadurch bewirkte neue Machterweiterung der Exekutive mit dem Hinweis, daß die sich wandelnden Machtkonstellationen in Ostasien die Lage Südkoreas gefahrvoller gemacht und eine stärkere Konzentration der Staatsgewalt gefordert hätten. Die sich abzeichnende Niederlage der USA in Vietnam, die angekündigte Reduzierung der Militärpräsenz der USA in Korea, die Annäherung zwischen Washington und Peking sowie die Aufnahme des Dialogs zwischen den beiden koreanischen Teilstaaten im Jahr 1972 waren Faktoren, die in diesem Kalkül Park Chung Hees ebenso eine Rolle spielten wie auch die erwähnte Demonstration relativer Stärke seitens der Oppositionsparteien im Vorjahr²⁵⁾.

V. Nordkoreas Kommunismus-Variante

Trotz der während des Koreakrieges aus der Sowjetunion und aus der VR China benötigten Unterstützung zur Verteidigung und Unterhaltung seines Regimes vermochte es Kim

Il Sung, den Koreakrieg innenpolitisch zur Reduzierung des Einflusses der pro-sowjetischen, der pro-chinesischen und der aus Südkorea hervorgegangenen Fraktionen seiner

im Kräftefeld des Nordwest-Pazifik. Zur Entstehung und Problematik des Koreanisch-Japanischen Normalisierungsvertrags von 1965, München 1978.
²³⁾ Zur Hilfe der Ostblockstaaten für den Wiederaufbau Nordkoreas siehe die Studie von Tuk Chu Chon, Die Beziehungen zwischen der DDR und der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik 1949—1978, München 1982, S. 69—74.

²⁴⁾ Siehe Se-Jin Kim, The Politics of Military Revolution in Korea, Chapel Hill 1971, und das für ein Verständnis der neueren südkoreanischen Politik unentbehrliche Buch von Tuk Chon, Südkorea in der geteilten Welt 1961—1976. Die Auswärtige und Innerkoreanische Politik der Regierung Park Chung Hee, München 1977, S. 43—72.

²⁵⁾ Chon, ebd., S. 79—192.

Partei und damit zur Stärkung seiner eigenen Position und Fraktion auszunutzen. Ein Versuch von Resten dieser Fraktionen, auch nach der Entfernung ihrer maßgeblichen Führer die Destalinisierungs-Kampagne Chruschtschows vom Jahre 1956 zu einer politischen Revolte gegen Kim Il Sung zu benützen, scheiterte, obwohl Moskau durch den sowjetischen Vizepremier Mikojan und Peking durch Marschall Peng Te-huai in Pyönjyang auf Kim Il Sung Druck auszuüben versuchten. Es gelang Kim Il Sung, aus diesem sogenannten August-Zwischenfall als eindeutiger Sieger hervorzugehen. Seit dieser Zeit ist es ihm und seiner nationalkommunistischen Kapsan-Gruppe vormaliger Partisanen im mandschurisch-koreanischen Grenzgebiet gelungen, die Führung des Partei- und Staatsapparates vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen und bis zur Gegenwart ohne wirklich nennenswerte Herausforderungen zu behalten. Erst 1958 zogen sich die letzten chinesischen Freiwilligenverbände aus Korea zurück.

Als kleiner kommunistischer Staat, mit dem sich verschärfenden Konflikt der beiden kommunistischen Großmächte Rußland und China an seinen Grenzen konfrontiert, bemühte sich Nordkorea mit großem Erfolg um eine flexible Gleichgewichtspolitik zwischen Moskau und Peking. Diese fand einen Höhepunkt, als es Kim Il Sung im Juli 1961 gelang, sowohl mit der Sowjetunion am 6. Juli 1961 als auch mit der Volksrepublik China am 11. Juli 1961 Freundschafts-, Kooperations- und Beistandsverträge zu schließen, die beide starke Beistandsverpflichtungen im Falle eines bewaffneten Angriffs von außen enthalten²⁶). Der Sinn dieser überaus erfolgreichen nordkoreanischen Balancepolitik bestand in der Erhaltung der staatlichen und parteilichen Autonomie gegenüber den miteinander rivalisierenden kommunistischen Großmächten an den Nordgrenzen des eigenen Landes. Nach der erwähnten Liquidierung der nach Moskau oder Peking hin tendierenden Fraktionen innerhalb der eigenen Partei erreichte Kim Il Sung als Chef des Staats- und Parteiapparates sowie als Oberkommandierender der gesamten bewaffneten Macht Nordkoreas eine reale Machtfülle, die in der Geschichte nur mit derjenigen Stalins nach den dreißiger Jahren vergleichbar ist.

²⁶) Chin O. Chung, *Pyöngyang between Peking and Moskau: North Korea's Involvement in the Sino-Soviet Dispute 1958—1975*, 1978, insbes. Kapitel IV und V. Wortlaut der genannten Bündnisverträge Nordkoreas mit der Sowjetunion und der VR China in: *Korean Unification, a. a. O.* (Anmerk. 6), S. 273—275.

Zur ideologischen Untermauerung seiner national-kommunistischen Politik der Unabhängigkeit auch gegenüber Peking und Moskau schuf Kim Il Sung in Gestalt seiner sogenannten Dschutsche-Ideologie eine interessante und im Westen nur wenig bekannte koreanische Variante des Marxismus-Leninismus²⁷). Kim Il Sung, der nach dem Tod von Tito zum Senior unter den amtierenden kommunistischen Staats- und Parteichefs geworden ist, baute seine Ideologie auf dem Begriff von „Dschutsche“ auf, was soviel bedeutet wie „sozio-politische Autonomie auf der Basis eigenständiger Errungenschaften“. In diesem Sinne wird die Selbstbestimmung zum zentralen Angelpunkt dieser Ideologie. Selbst im Vergleich zum Leninismus weist die Dschutsche-Ideologie eine noch verstärkte Tendenz in Richtung auf anthropozentrischen Voluntarismus auf. Im Mittelpunkt des sozio-historischen Geschehens steht der Mensch, der letztlich im Sinne seines von Ideologie und Erziehung geprägten Willens alles entscheidet. Im Bereich der Außenpolitik wenden sich die Vertreter der Dschutsche-Ideologie gegen Moskaus Modell einer hierarchischen, von der Sowjetunion notwendigerweise geführten Gruppierung kommunistischer Staaten und Parteien zugunsten einer egalitären Version des proletarischen Internationalismus, die von der prinzipiellen Gleichberechtigung aller Parteien, gleichgültig, ob sie nun jung oder alt, stark oder schwach, an der Regierung oder in der Opposition seien, ausgeht.

Kim Dschong Il, der Sohn und bereits auserkorene Nachfolger Kim Il Sung's, schrieb 1982: „Die Dschutsche-Ideologie definierte eigenschöpferisch die These, daß der Mensch, das höchste Produkt der entwickelten Materie, über die Welt herrscht, sie umgestaltet und entwickelt... Die Geschichte weist Weltanschauungen verschiedener Kategorien auf, aber mit keiner von ihnen war es möglich, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen... Von der Dschutsche-Ideologie aus gesehen ist der Mensch nicht einfach ein Teil der Welt, sondern Herr über die Welt, und sie schuf somit eine neue Weltanschauung, die — zum Unterschied vom bisherigen Herangehen — den Menschen in den Mittelpunkt

²⁷) Il Sung Kim, *Ausgewählte Werke*, Band VI, Pyöngyang 1977: „Über einige Fragen der Dschutsche-Ideologie unserer Partei sowie der Innen- und der Außenpolitik der Regierung der Republik“, S. 284—315. Zur Entstehung und Bedeutung der Dschutsche-Philosophie von Kim Il Sung siehe G.-K. Kindermann, *North Korea's Contribution under the Theory and Practice of International Communism*, in: L. W. Whetten (Ed.), *The Present State of Communist Internationalism*, Mass. and Toronto 1983.

stellt... Die revolutionäre Weltanschauung der Arbeiterklasse wurde erstmalig vom Marxismus herausgebildet, die sich nun durch die Dschutsche-Ideologie auf einer weiteren Stufe weiterentwickelt und vollendet hat. In jedem Land wird die kommunistische Bewe-

gung von der revolutionären Partei und vom Volk selbständig geführt, ... folglich darf es in der kommunistischen Bewegung keine Beziehungen wie zwischen Herren und Untergebenen und auch keine Beziehungen der Unterwerfung geben."²⁸⁾

VI. Koreas Nord-Süd-Dialog

Das sich ab Mitte 1971 abzeichnende und im Februar 1972 zunächst mit Nixons Besuch in China kulminierende Rapprochement zwischen den USA und der VR China bedeutete aus analogen Gründen einen Schock für die Regierungen der beiden koreanischen Teilstaaten. Für beide war es die unerwartete Annäherung eines Hauptverbündeten an einen Hauptgegner. Die Beiderseitigkeit des Schocks über diese massive Veränderung ihrer internationalen Umweltsituation und die historische Erinnerung an verhängnisvolle Großmächteabsprachen über Korea, jedoch ohne Korea, schien sowohl in Südkorea wie auch in Nordkorea den gleichzeitigen Wunsch nach intensiven Direktkontakten ausgelöst zu haben. Nach Präliminarien auf der Ebene von Verhandlungen der Rotkreuzgesellschaften des Nordens und des Südens sowie nach einem Besuch des südkoreanischen Geheimdienstchefs Lee Hu Rak bei Kim Il Sung, veröffentlichten die Regierungen in Seoul und Pyöngyang gleichzeitig ein vom 4. Juli 1972 datiertes gemeinsames Kommuniqué, das bis heute von beiden koreanischen Regierungen immer noch als „magna charta“ des gesamt-koreanischen Wiedervereinigungswillens betrachtet wird. Die wichtigsten Punkte dieses Abkommens lauten:

„1. Die beiden Seiten haben sich auf folgende Grundsätze für die Einigung des Vaterlandes geeinigt:

Erstens: Die Einigung soll durch unabhängige koreanische Bemühungen erreicht werden und keiner ausländischen Auflage oder Einmischung unterliegen.

Zweitens: Die Einigung soll mit friedlichen Mitteln erreicht werden und nicht durch die Anwendung von Gewalt gegeneinander.

Drittens: Als homogenes Volk soll eine große nationale Einheit über allem angestrebt werden, die über die Unterschiede der Ideen, Ideologien und Systeme hinübergreift.

2. Um die Spannungen zu mildern und eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zwischen dem Norden und dem Süden zu begünstigen, sind die beiden Seiten übereingekommen, einander nicht zu schmähen oder zu dif-

famieren, keine bewaffneten Provokationen — weder große noch kleine — zu unternehmen und positive Maßnahmen zu ergreifen, um unbeabsichtigte militärische Zwischenfälle zu verhüten.

3. Um die gelösten nationalen Bande wiederherzustellen, gegenseitiges Verständnis zu fördern und eine friedliche Einigung und Unabhängigkeit zu fördern, sind die beiden Seiten übereingekommen, diverse Austauschprogramme auf vielen Gebieten durchzuführen.“

Das Kommuniqué sah weiterhin die Gründung eines „Süd-Nord-Koordinierungsausschusses“ zur Weiterführung der Verhandlungen auf Regierungsebene sowie auch die Fortsetzung der Rotkreuzgespräche zum Zweck menschlicher Erleichterungen und die Installation eines „heißen Drahtes“ zwischen Seoul und Pyöngyang zum Zweck der Verhinderung oder Beseitigung ungewollter militärischer Zwischenfälle vor²⁹⁾. In ihrer Anfangsphase leiteten auf nordkoreanischer Seite der Vizepremier Park Sung Chol (1976 Ministerpräsident) und auf südkoreanischer Seite der machtvolle Geheimdienstchef Lee Hu Rak die miteinander verhandelnden Delegationen. Zum ersten Mal seit den vierziger Jahren kam es zu Süd-Nord- bzw. Nord-Süd-Besuchen zwischen Spitzenpersönlichkeiten. Die Verhandlungen fanden teils in Seoul, teils in Pyöngyang und teils am 38. Breitengrad in Panmunjom statt.

Im Rückblick auf das seit Verhandlungsbeginn 1972 vergangene Jahrzehnt muß festgestellt werden, daß, abgesehen von dem hochbedeutsamen Nord-Süd-Kommuniqué vom 4. Juli 1972 und von der Tatsache von Verhandlungen und Kontakten, keine konkreten Ergebnisse erzielt werden konnten. Die bereits 1975 und 1976 nahe an den Rand des Abbruchs geratenen Verhandlungen, die dann 1980 immerhin noch zu Vorbereitungsgesprächen über ein Treffen der Ministerprä-

²⁸⁾ Dschong Il Kim, Über die Dschutsche-Ideologie, Pyöngyang/Korea 1982, S. 82—89.

²⁹⁾ Deutscher Wortlaut in: Europa Archiv, (1972) 15, S. D361—D362.

sidenten beider Seiten führten, wurden von Nordkorea 1981 mit der Begründung unterbrochen, daß es nicht mehr bereit sei, mit der Regierung des neuen südkoreanischen Präsidenten Chun Doo Hwan zu verhandeln.

Dem Verfasser wurde 1981 in Nordkorea mitgeteilt, diesem Beschluß hätten zwei Motive zugrunde gelegen: Erstens, nach den schweren und blutig niedergeschlagenen Unruhen in Südkorea im Jahre 1980 erwarte man einen baldigen Sturz des neuen Regimes von Präsident Chun Doo Hwan; zweitens glaube man, daß die nordkoreanische Regierung in den Augen der südkoreanischen Dissidenten und Oppositionskräfte an Glaubwürdigkeit verlieren könne, wenn sie sich mit Vertretern Chun Doo Hwans Regierung an einen Verhandlungstisch setze. Chun Doo Hwans Vorschlag, die ins Stocken geratenen Nord-Süd-Verhandlungen durch eine Gipfelkonferenz zwischen ihm selbst und Kim Il Sung wieder in Gang zu bringen und auf eine neue Stufe zu heben, wurden folglich von Nordkorea abgelehnt. Die von Kim Il Sung formulierten Wiedervereinigungsvorschläge forderten die sofortige Errichtung einer „Koryo“ genannten Konföderation der beiden koreanischen Teilstaaten, die von paritätisch besetzten Gremien zu regieren, im Inneren schrittweise zu einem Einheitsstaat zu entwickeln und außenpolitisch nach Entfernung der amerikanischen Besatzung im Süden zu einem neutralen Staat zu machen sei³⁰).

Der neueste von der Regierung des südkoreanischen Präsidenten Chun Doo Hwan am 22. Januar 1982 vorgelegte Wiedervereinigungsvorschlag sieht — nach deutschem Muster — den Abschluß eines Nord-Süd-Grundlagenvertrages vor. Er soll den Modus der Nord-Süd-Beziehungen bis zur politischen und staatsrechtlichen Reintegration der beiden Hälften Koreas festlegen. Für diese Übergangszeit soll ein Gewaltverzichtsabkommen,

ein gegenseitiger Interventionsverzicht, die Eröffnung des Post- und Güterverkehrs, der Beginn von Kulturkontakten und technischer Zusammenarbeit sowie die vorläufige Respektierung bestehender Verträge beider Staaten mit dritten Staaten gelten. Eine in dieser Übergangsphase zusammentretende Nationale Konsultativkonferenz für Wiedervereinigung solle gesamt-koreanische Verfassungsentwürfe des Südens und des Nordens studieren, um daraus auf der Basis eines Kompromisses eine gesamt-koreanische Verfassung zu erarbeiten. Diese Verfassung sei dann der koreanischen Nation in ihrer Gesamtheit zum Zweck eines Referendums vorzulegen. Werde diese Verfassung angenommen, so werde sie als die staatsrechtliche Basis eines wiedervereinigten Korea fungieren können³¹).

Kurz darauf legte der südkoreanische Wiedervereinigungsminister Sohn Jae Shik einen umfassenden Vorschlag für 20 Kontaktprojekte vor, die sogleich vereinbart werden könnten. Diese Vorschläge betreffen z. B. die Eröffnung einer Straßenverbindung zwischen Seoul und Pyöngyang, die Aufnahme von Postverkehr zwischen Nord und Süd, der Austausch von Radioprogrammen, die Beteiligung Nordkoreas an den in Südkorea stattfindenden Asiatischen Spielen 1986 sowie an der Sommer-Olympiade 1988, gemeinsame Forschungen in Fragen der nationalen Geschichte etc.³²).

Westliche Leser sollten an dieser Stelle daran erinnert werden, daß es zwischen Nord- und Südkorea seit der zweiten Hälfte der vierziger Jahre und abgesehen von den zuvor genannten offiziellen Wiedervereinigungsverhandlungen keinerlei Post-, Personen- oder Güterverkehr irgendwelcher Art gegeben hat. Somit besteht seit etwa 35 Jahren eine Situation totaler Isolation der beiden Bevölkerungsteile voneinander.

VII. Zum Dreieck Washington-Seoul-Pyöngyang

Beide Staaten verfügen zwar über ein weltweit gespanntes Netz diplomatischer Beziehungen und Vertretungen; aber es gibt wichtige Ausnahmen: Südkorea hat keinerlei diplomatische Kontakte zu den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas und Ostasiens, während Nordkorea über fast keinerlei diplomatische Beziehungen zu den Staaten des

Nordatlantik-Paktes oder zu Japan verfügt. In einer immer größer werdenden Reihe dritter Staaten sind beide koreanischen Teilstaaten diplomatisch nebeneinander vertreten. Eine Anomalität der gegenwärtigen Situation besteht auch darin, daß keine der vier für Korea bedeutsamen Großmächte (USA, UdSSR, VR

³⁰) Il Sung Kim, Für die selbständige friedliche Vereinigung des Vaterlandes. Aus dem Rechenschaftsbericht des ZK an den VI. Parteitag der Partei der Arbeit Koreas, Pyöngyang 1980.

³¹) Wortlaut des Vorschlages von Präsident Chon in: Korea & World Affairs, Bd. 6, No. 1 (Special Issue on Korean Unification), Spring 1982, S. 195—197.

³²) Wortlaut des Vorschlages ebd., S. 198—200, sowie in Korean Herald vom 2. 2. 1983.

China und Japan) diplomatische Beziehungen zu beiden koreanischen Teilstaaten unterhält und umgekehrt. Um dem abzuhelfen, schlug der damalige Außenminister der USA, Henry E. Kissinger, 1975 die Kompromißformel der sogenannten „cross recognition“ vor. Im Sinne dieser Formel sollte Nordkorea diplomatische Beziehungen zu Japan und den USA unterhalten und Südkorea — gleichsam im Austausch dafür — zu Moskau und Peking. Diesem auch von Südkorea unterstützten Plan hat sich jedoch Nordkorea erfolgreich mit dem Argument widersetzt, dies würde nur die Teilung Koreas vertiefen. Angesichts des nordkoreanischen Verlangens, der 1953 unterzeichnete und seither geltende Waffenstillstandsvertrag für Korea solle in einen Friedensvertrag zwischen Nordkorea und den USA umgewandelt werden, schlug US-Außenminister Kissinger im Herbst 1975 eine Viererkonferenz der am Koreakrieg hauptsächlich beteiligten Staaten (Nord- und Südkorea sowie China und den USA) vor³³⁾. Diese Konferenz sollte Maßnahmen zur Förderung der innerkoreanischen Beziehungen wie auch der internationalen Sicherheit in und um Korea behandeln. Nordkorea lehnte jedoch gemäß seinem Prinzip, ausländische Staaten dürften nicht an innerkoreanischen Regelungen beteiligt werden, ab.

Entsprechend einem Wahlkampfversprechen, das dem Vietnam-Trauma der amerikanischen Wähler entgegenkommen sollte, hatte US-Präsident Jimmy Carter am 9. März 1977 seinen Beschluß bekanntgegeben, die in Südkorea stationierten amerikanischen Bodentruppen in einem Zeitraum von vier bis fünf Jahren vollständig zurückzuziehen. Nur die etwa 700—800 Mann starken Luftwaffeneinheiten sollten vorläufig noch dort belassen werden. Die scharfe Kritik dieses Beschlusses durch Generalmajor John Singlaub, dem Staabschef der in Korea stationierten amerikanischen Streitkräfte, beantwortete der Präsident mit der Strafversetzung des Generals. Zuvor war bereits im Zeitraum zwischen 1969 und 1972 die US-Präsenz in Südkorea um 20 000 Mann verringert worden. Jedoch von wachsender Kritik sowie auch von Legislativmaßnahmen des US-Kongresses und von Militärkreisen unter Druck gesetzt, gab Präsident Carter in einer aufsehenerregenden Erklärung vom 21. Juli 1979 bekannt, daß er be-

³³⁾ Die diesbezüglichen Äußerungen Kissingers vor der 30. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 22. 9. 1975 finden sich in: Documents on Korean-American Relations 1943—1976, a. a. O., S. 513—514. In dieser Erklärung befürwortete Kissinger fernerhin eine vorläufige Zulassung beider koreanischer Regierungen zu den Vereinten Nationen.

schlossen habe, den geplanten Rückzug der US-Landstreitkräfte vorläufig auszusetzen³⁴⁾. Als Begründung gab der Präsident an, amerikanische Geheimdienstuntersuchungen der letzten Zeit hätten erwiesen, daß die Stärke, die Feuerkraft und die Beweglichkeit der nordkoreanischen Landstreitkräfte weitaus größer sei, als man bisher angenommen habe³⁵⁾.

Rückblickend scheint es so, als hätte Nordkorea hier eine historische Chance verpaßt. Denn hätte es nach Carters Bekanntgabe des Beschlusses zur Zurückziehung der amerikanischen Bodentruppen mit Südkorea auf breiter Ebene konstruktive Verhandlungen aller Art fortgesetzt, so wäre Präsident Carter vermutlich in der Lage gewesen, sich seinen Kritikern gegenüber durchzusetzen. Das bleibt freilich Spekulation. Während seines Staatsbesuches in Südkorea im Juli 1979 schlug Präsident Carter zwar direkte Dreiecksverhandlungen zwischen Seoul, Pyöngyang und Washington vor. Doch wurde dieser Vorschlag von nordkoreanischer Seite abgelehnt³⁶⁾. Die USA wiederum lehnten die von Nordkorea geforderte Ersetzung des Waffenstillstandsabkommens durch einen Friedensvertrag zwischen Washington und Pyöngyang ab.

Angesichts dieser Sachlage fragte der Verfasser den nordkoreanischen Vize-Außenminister Ri Dschong Mok während eines Interviewgesprächs in Pyöngyang, ob seine Regierung als Alternative an ein Normalisierungsabkommen denken könnte. Ein solches war zwischen Washington und Peking geschlossen worden, obwohl beide Staaten in Korea und wegen Korea miteinander Krieg geführt hatten. Diese Idee fand jedoch nicht die Zustimmung der nordkoreanischen Seite³⁷⁾. Das zentrale gemeinsame Hauptanliegen der nordkoreanischen Außen-, Sicherheits- und Wiedervereinigungspolitik besteht gegenwärtig nach wie vor in einer Entfernung der US-Militärpräsenz aus Südkorea. Südkorea aber, das sich in den Bereichen der Luft- und Pan-

³⁴⁾ Wortlaut der Erklärung von Präsident Carter in: Korean Herald vom 22. 7. 1979.

³⁵⁾ Vgl. auch New York Times vom 21. 1. 1979 sowie J. Glaubitz, Zur Frage des Abzugs der amerikanischen Landstreitkräfte aus Südkorea, Ebenhausen 1980.

³⁶⁾ Wortlaut des amerikanisch-südkoreanischen gemeinsamen Kommuniqués in: Wireless Bulletin from Washington No. 121, 2. 7. 1979, S. 18—20. Zur Reaktion Nordkoreas siehe: International Herald Tribune vom 4. 7. 1979.

³⁷⁾ G.-K. Kindermann, Interview mit dem Stellvertretenden Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Korea, Ri Dschong Mok (vormals Leiter der nordkoreanischen Beobachtermission bei der UN), in: DER SPIEGEL vom 7. 9. 1981, S. 150—152.

zerwaffe sowie in der Kapazität der eigenen Rüstungsproduktion Nordkorea zur Zeit noch unterlegen fühlt, und das auf die Entdeckung mehrerer unter der Grenzlinie des 38. Breitengrades hindurchgegrabener unterirdischer Tunnel hinwies, sieht im vorläufigen Verbleiben der US-Militärpräsenz in Südkorea den Hauptgaranten seiner staatlichen Sicherheit. Würden nämlich tatsächlich die amerikanischen Streitkräfte aus Südkorea abgezogen und müßten sie im Ernstfall einer Krise von Japan aus nach Südkorea zurücktransportiert werden, so unterläge dieser Einsatz der in Japan stationierten amerikanischen Streitkräfte gegen ein Drittland einem Vetorecht der japanischen Regierung (der sogenannten Konsultationsklausel im Sinne der neuen Version des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages von 1960).

Obwohl die neue amerikanische Regierung des Präsidenten Ronald Reagan der südkoreanischen Regierung toleranter und verständnisvoller gegenübersteht als die des Präsidenten Carter, bestehen Anzeichen dafür, daß auch die Reagan-Administration unterhalb der Ebene offizieller Anerkennung bessere Kontakte zu Nordkorea anstrebt. Ein von Kim Il Sung stammender und durch den ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak übermittelter privater Vorschlag zur Aufnahme amerikanisch-nordkoreanischer Direktgespräche mit dem Ziel einer Normalisierung der Beziehungen wurde von Washington mit dem Hinweis beantwortet, daß nach wie vor offizielle Kontakte zwischen Washington und Pyöngyang ohne eine Beteiligung des Verbündeten Südkorea ablehnt werden müßten. Andererseits verfügte US-Außenminister George Shultz eine Reihe von Maßnahmen, die amerikanischen Diplomaten private Begegnungen mit nordkoreanischen Berufskollegen möglich machen und die Erteilung amerikanischer Visa für nordkoreanische Staatsbürger erleichtern sollten. Wie

inoffiziell verlautbart wurde, waren diese Maßnahmen nicht nur vom Wunsch nach einer Ausweitung von Kontakten mit Nordkorea bestimmt, sondern auch von der Hoffnung, daß eine lockere Haltung der USA Nordkorea gegenüber es der VR China erleichtern würde, ähnliche inoffizielle Kontakte mit Südkorea auszuweiten³⁸⁾.

Um eine Verunsicherung des südkoreanischen Verbündeten zu vermeiden, richtete US-Präsident Ronald Reagan im Mai 1983 ein Schreiben an den südkoreanischen Präsidenten Chun Doo Hwan, in dem er Südkorea erneut amerikanischer Hilfe für den Fall einer Aggression aus dem Norden versicherte³⁹⁾. Diesbezüglich hatte es bereits in einem gemeinsamen Kommuniqué der Verteidigungsminister der USA und Südkoreas vom April 1983 geheißen: „Indem er die Sicherheitsrolle der USA als einer pazifischen Macht erneut hervorhob, wiederholte Verteidigungsminister Weinberger die feste Verpflichtung der USA, im Einklang mit dem amerikanisch-koreanischen Verteidigungsvertrag von 1953 schnelle und wirksame Hilfe zu leisten, um jeglichen bewaffneten Angriff gegen die Republik Korea (Südkorea) zurückzuschlagen. Der Verteidigungsminister bestätigte erneut, daß der Nuklearschirm der USA der Republik Korea auch weiterhin zusätzliche Sicherheit gewähren werde.“⁴⁰⁾

In einem vielbeachteten Vortrag vom 28. September 1982 hatte der US-Botschafter in Seoul, Richard L. Walker, hervorgehoben, daß sich Südkorea in den Jahrzehnten seiner Beziehungen zu den USA zu dem neuntgrößten Handelspartner der USA und zum viertgrößten Abnehmer amerikanischer Agrarprodukte entwickelt habe⁴¹⁾. Wie kürzlich erneut bestätigt wurde, wird Präsident Reagan den im Februar 1981 stattgefundenen Besuch des südkoreanischen Präsidenten Chun Doo Hwan in Washington im November 1983 mit einem Gegenbesuch in Seoul erwidern⁴²⁾.

VIII. Zum Viereck Peking-Pyöngyang-Moskau-Seoul

Die Volksrepublik China bildet als größter geographischer Grenznachbar Koreas als Mitunterzeichner des Waffenstillstandsabkommens von 1953 sowie als Verbündeter Nordkoreas einen ebenfalls hochbedeutenden Faktor für die Außen- und Sicherheitspolitik der beiden koreanischen Teilstaaten⁴³⁾. Die Jahre

1982 und 1983 brachten in mancherlei Hinsicht neue Aspekte für das Beziehungsdrei-

³⁸⁾ Wortlaut des Kommuniqués in Korean Herald vom 17. 4. 1983.

⁴¹⁾ Korean Herald vom 29. 9. 1982.

⁴²⁾ Wortlaut des Reagan-Chun-Kommuniqués vom Februar 1981 in Korean Herald vom 3. 2. 1981. Neueste Erwähnung des geplanten Reagan-Besuches in Südkorea Anfang November 1983 in International Herald Tribune vom 12. 8. 1983.

⁴³⁾ Für die frühen Jahre der chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen siehe die ausgezeichnet-

³⁸⁾ R. Nations, A Contact in Cairo, in: Far Eastern Economic Review vom 12. 5. 1983.

³⁹⁾ Wortlaut des Briefes von Präsident Reagan in Korean Herald vom 28. 5. 1983.

eck Peking-Pyöngyang-Seoul. Seit seiner Nord-Süd-Umklammerung durch das Bündnis zwischen der Sowjetunion und Vietnam von 1978 hat Nordkorea als einziger formaler Bündnispartner der VR China für diese an Gewicht gewonnen. Gleichzeitig aber gab es unterhalb der Ebene offizieller Anerkennung auch eine Reihe von Kontakten zwischen der Volksrepublik China und Südkorea, die Nordkorea irritierten.

Wie erst später bekannt wurde, hatten der chinesische Vize-Premier, Deng Xiaoping, und der Generalsekretär der KP Chinas, Hu Yaobang, im April 1982, in dem Kim Il Sung 70. Geburtstag mit großer Pracht gefeiert worden war, Nordkorea einen heimlichen Besuch abgestattet⁴⁴⁾. Moskau war bei diesen Geburtstagsfeiern durch keinen prominenten Sonderbesucher vertreten. Vom 15. bis 26. September 1982 stattete Kim Il Sung als erster ausländischer Staatsmann dem neuen chinesischen Regime einen offiziellen Staatsbesuch ab⁴⁵⁾. Bei diesen beiden chinesisch-nordkoreanischen Gipfeltreffen wurden ohne Zweifel die sowjetisch-chinesischen Annäherungsversuche ebenso wie auch Chinas Verhältnis zu Südkorea (z. B. die Frage der chinesischen Beteiligung an den in Seoul im Jahre 1988 stattfindenden Olympischen Spielen und den für 1986 geplanten Asiatischen Spielen) ebenso zur Sprache gebracht wie Nordkoreas Bedarf an Lieferungen von Waffen und Erdöl. Möglicherweise war auch die Nachfolge Kim Il Sung durch seinen Sohn Kim Dschong Il Gegenstand von Verhandlungen. Internationales Aufsehen erregte die Tatsache, daß China im Jahr 1982 Nordkorea mehr als 20 Kampfflugzeuge vom Typ A-5 (einer verbesserten chinesischen Variante des MIG-21) zur Verfügung stellte, da Chinas eigene Produktionskapazität für diesen Flugzeugtyp auf nur 40 Stück pro Jahr geschätzt wurde⁴⁶⁾.

Im Oktober 1982 kursierten in der internationalen Presse unbestätigte Berichte, denen zufolge nordkoreanische Generäle einen mißglückten Versuch zum Widerstand gegen die Führungsnachfolge von Kim Dschong Il un-

nete Studie von M. Y. Cho, Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Peking und Pyöngyang 1949—1967. Analyse und Dokumente. Eine Studie über die Auswirkungen des sowjetisch-chinesischen Konfliktes, Wiesbaden 1967.

⁴⁴⁾ Siehe Korean Herald vom 18. und 26. 9. 1982. Vgl. auch die Rede von Hu Yaobang anlässlich des Staatsbesuches von Kim Il Sung in Peking vom 16. 9. 1982, in: The Great Leader Comrade Kim Il Sung's Official State Visit to the People's Republic of China, Pyöngyang 1982, S. 7.

⁴⁵⁾ Die Dokumentation dieses Staatsbesuches ist enthalten in ebd. (Anmerk. 44).

⁴⁶⁾ Vgl. Korean Herald vom 3. 10. und 19. 10. 1982.

ternommen hätten und daß einige von ihnen anschließend auf chinesisches Gebiet geflohen seien⁴⁷⁾. Diese Nachfolgefrage mag eine Zeitlang ein Grund für Spannungen zwischen Pyöngyang und Peking gewesen sein. Denn während die neue Führung in Peking in sorgfältig dosierten und gezielten Formen den Personenkult und die faktische Alleinherrschaft Mao Tse-tungs angriffen, verstärkten sich in Nordkorea Bestrebungen, die Position Kim Dschong IIs als designiertem Nachfolger Kim Il Sung zu institutionalisieren.

Mit dem Schicksal des Werkes und des Rufes von Stalin und von Mao Tse-tung vor Augen, mußte sich Kim Il Sung, der subjektiv und objektiv mit dem Aufbau und dem Schicksal des kommunistischen Regimes in Nordkorea aufs engste verbunden ist, die Frage nach dem Schicksal seines Werkes in der Zukunft stellen. Seine Antwort bestand in der Nominierung seines Sohnes Kim Dschong Il als seinem Nachfolger in der Staats- und Parteiführung Nordkoreas. Anlässlich seines 40. Geburtstages wurde diesem vom Zentralen Volkskomitee der Demokratischen Volksrepublik Korea am 15. Februar 1982 der Titel „Held der Demokratischen Volksrepublik Korea“ verliehen. Zu dieser Zeit war Kim Dschong Il bereits Mitglied des Politbüropäsidiums und Sekretär des Zentralkomitees der Koreanischen Arbeiterpartei⁴⁸⁾. Zuvor war die nordkoreanische Dschutsche-Ideologie um einen Aspekt erweitert worden. Es hieß, die schöpferische Aktion der Massen bedürfe zu ihrem Erfolg stets eines Führers, und dieser Führer bedürfe eines das Werk fortführenden Nachfolgers.

In einer nordkoreanischen Zeitschrift hieß es diesbezüglich: „Der Führer hat eine absolute Position inne und spielt eine entscheidende Rolle im revolutionären Kampf der Arbeiterklasse. So wie der Führer hält auch der Nachfolger eines Führers eine absolute Position inne und spielt eine entscheidende Rolle, wie sonst nur der Führer; er ist ein kommender Führer, der der Führergeneration nachfolgt und das Werk des Führers vollenden wird.“⁴⁹⁾

Angesichts der zuvor durch negatives Schweigen ausgedrückten Haltung Pekings und Moskaus dieser Nachfolgefrage wie auch der Dschutsche-Ideologie gegenüber war es von größter Bedeutung, daß Kim Dschong Il im Juni 1983 der VR China einen anfangs

⁴⁷⁾ Vgl. Korean Herald vom 3. 10. 1982 und 22. 10. 1982.

⁴⁸⁾ Wortlaut des diesbezüglichen Parteibeschlusses in: The People's Korea No. 1,081 vom 27. 2. 1982.

⁴⁹⁾ The People's Korea No. 1,122 vom 11. 12. 1982.

geheimgehaltenen Besuch abstattete. Die Tatsache dieses Besuches wurde erst in einer Erklärung des Generalsekretärs der KP China, Hu Yaobang, vom 7. Juli 1983 bekannt gemacht⁵⁰⁾. Damit war Peking Moskau bei der Erfüllung eines für Kim Il Sung existentiell bedeutsamen Wunsches zuvorgekommen.

Es gab aber auch zwischen Seoul und Peking Bereiche der Lockerung und der Annäherung. So wurde im März 1983 bekannt gegeben, daß Seoul der chinesischen Zivilluftfahrt durch ein Abkommen im Rahmen der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt eine Verkürzung der Flugroute Shanghai-Tokio mit partieller Durchfliegung des südkoreanischen Luftraumes gestatten würde. Die neue Flugroute ist 171 englische Meilen kürzer als die gegenwärtige und würde den chinesischen und japanischen Fluggesellschaften, die diese Route benützen, pro Jahr insgesamt 35 000 Tonnen Treibstoff ersparen⁵¹⁾. Die Entführung eines Linienflugzeuges der Volksrepublik China nach Südkorea Anfang Mai 1983 erzwang administrative Kontakte zwischen Beamten aus Seoul und aus Peking. Seoul überschüttete die Gäste aus der Volksrepublik China mit Gastfreundschaft und erwirkte ein gemeinsames Memorandum, das auf koreanischer Seite von einem Vize-Außenminister und auf chinesischer Seite vom Generaldirektor der Pekinger Fluglinie CAA unterzeichnet wurde⁵²⁾. Dieses Ereignis wie auch der Beschluß zum Austausch von Fernseh-nachrichtenprogrammen zwischen China und Südkorea im Rahmen einer internationalen Organisation (Asia Broadcasting Union ABU) Anfang 1983 erhöhten Seouls Hoffnungen auf eine weitere Intensivierung diverser Kontakte mit der Volksrepublik China.

Ein Schreiben des Pekinger Außenministeriums an die nordkoreanische Botschaft in Peking vom 15. Mai 1983 machte jedoch klar, daß die Kontakte zwischen Seoul und Peking anläßlich der Flugzeugentführung nur punktuellen Charakter hätten. Alle darüber hinausgehenden koreanischen Darstellungen beruhten auf „Wunschdenken“⁵³⁾. Peking unterstrich diese seine Haltung durch die Verweigerung von Visa für südkoreanische Beamte, die an diversen Arbeitskonferenzen, die unter den Auspizien der Vereinten Nationen in China abgehalten werden sollten, teilnehmen wollten. Proteste aus Pyöngyang hatten auch

dafür gesorgt, daß der geheime Handel zwischen China und Südkorea, der im Jahre 1981 ein Volumen von 136,8 Millionen US-Dollar erreicht hatte, praktisch zum Stillstand kam⁵⁴⁾.

Auch das Beziehungsdreieck Moskau-Pyöngyang-Seoul geriet zwischen 1982 und 1983 in eine gewisse Bewegung. So besuchten im Oktober 1982 drei Vertreter der offiziellen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS und ein anderer sowjetischer Beamter Südkorea. Es wurde vermutet, daß ihre Reise der Vorbereitung der sowjetischen Teilnahme an der Internationalen Parlamentarierunion im September 1983 wie auch der Beteiligung an der Sommer-Olympiade 1988 in Seoul galt. Mit diesem Besuch war aber auch eine Warnung an Nordkorea beabsichtigt, die Annäherung an Moskaus Konkurrenten Peking nicht allzu weit zu treiben. Die in Tokio erscheinende nordkoreanische Zeitschrift *The People's Korea* griff daraufhin dieses sowjetische Verhalten mit präzedenzloser Schärfe an. Es hieß dort: „Es ist sicherlich merkwürdig, daß ... ein sozialistisches Land und ein Verbündeter unserer Republik eine offizielle Delegation in eine Kolonie der amerikanischen Imperialisten wie Südkorea entsendet, wo Antikommunismus und Antisowjetismus glorifiziert werden. Ist es richtig, daß man annehmen muß, daß diejenigen, die unsere Republik als befreundete Nation bezeichneten, nun eine totale Wende vollzogen haben, um in ihrem Feind einen Verbündeten zu finden? Selbst wenn das nicht so sein sollte, so verbergen die südkoreanischen Marionetten dennoch nicht ihre Freude und bezeichnen diese letzte Entwicklung als Beweis für eine Wende der russischen Politik gegenüber Südkorea.“⁵⁵⁾

Eine Zeitschrift des sowjetischen Fernost-Instituts der Akademie der Wissenschaften zahlte mit ähnlicher Münze zurück, als sie in einem Ende 1982 publizierten Artikel darauf hinwies, daß die mit sowjetischer Hilfe errichteten Industrieanlagen in Nordkorea für 60 Prozent der Elektrizitätserzeugung, 45 Prozent der Ölproduktion, 40 Prozent der Eisenerzproduktion, 34 Prozent der Produktion von Rollstahl etc. verantwortlich seien. Ohne die sowjetische Hilfe wäre es in den letzten zehn Jahren nicht möglich gewesen, die Produktion von Stahl und Kohle jeweils um 30 Prozent, die der Elektrizität um 40 Prozent und die von Kunstdünger um 25 Prozent zu stei-

⁵⁰⁾ Siehe Ta Kung Pao Weekly Supplement No. 886, 14—20. 7. 1983, S. 5, und *The People's Korea* No. 1,151 vom 16. 7. 1983.

⁵¹⁾ *Korean Herald* vom 20. 3. 1983.

⁵²⁾ Wortlaut des Memorandums in *Korean Herald* vom 11. 5. 1983.

⁵³⁾ *International Herald Tribune* vom 8. 8. 1983.

⁵⁴⁾ Shim Jae Hoon, *Vis-a-vis a Visa*, in: *Far Eastern Economic Review* vom 28. 7. 1983.

⁵⁵⁾ *The People's Korea*, No. 1,115 vom 23. 10. 1982.

gern⁵⁶⁾. Kim Il Sung, der persönlich dem Begräbnis von Tito beigewohnt hatte, blieb dem Begräbnis von Breschnew fern und entsandte statt dessen Vize-Präsident Pak Sung Chul.

Trotz derartiger Irritationen und entsprechender Signale aus beiden Staaten blieb die Interessengemeinschaft zwischen Moskau und Pyöngyang grundsätzlich unerschüttert.

IX. Japans doppelseitige Annäherungspolitik

Auch in den Beziehungen der vierten für Korea bedeutsamen Großmacht zu Seoul wie auch zu Pyöngyang waren in der letzten Zeit Elemente neuer Dynamik zu entdecken. Anläßlich des Staatsbesuches des neuen japanischen Ministerpräsidenten Nakasone in Südkorea konnte nach Jahren erbitterter Verhandlungen, in denen Südkorea zuvor vergeblich Kredite im Gesamtwert von 6 Milliarden US-Dollar verlangt hatte, eine Übereinkunft erreicht werden, in deren Rahmen Japan Südkorea in einer Periode von sieben Jahren insgesamt 4 Milliarden US-Dollar an Wirtschaftshilfe gewähren wird. Von diesem Gesamtbetrag werden 2,15 Milliarden Dollar Kredite der japanischen Export-Import-Bank mit einem Zinssatz von 6 Prozent sein, während es sich bei den restlichen 1,85 Milliarden um Entwicklungskredite der japanischen Regierung mit einem niedrigen Zinssatz und einer längeren Laufzeit handelt⁵⁷⁾. Ein ausführliches gemeinsames Kommuniqué zwischen Ministerpräsident Nakasone und Präsident Chun versprach weitere Verhandlungen und konstruktive Zusammenarbeit in einer Reihe schwebender Fragen. Hierzu gehörte u. a. auch die explosive Frage des Status von ca. 600 000 koreanischen Gastarbeitern in Japan. Nach Japan zurückgekehrt, erklärte der japanische Ministerpräsident angesichts der kürzlich feststellbaren Verstärkung der sowjetischen Präsenz an den Nordgrenzen Japans, er lege auf enge Beziehungen zu den Vereinig-

ten Staaten wie aber auch zu Südkorea größten Wert⁵⁸⁾.

Mit dem Rückenwind der so erreichten Verbesserung der Beziehungen zu Südkorea unternahm die Japaner einen Vorstoß zur Verbesserung ihrer inoffiziellen Beziehungen zu Nordkorea. Chuji Kuno, ein Senior unter den Parlamentariern der in Japan regierenden Liberal-Demokratischen Partei und gleichzeitig Präsident der Japanischen-Nordkoreanischen Freundschaftsgesellschaft, statete Nordkorea im Juli 1983 einen Besuch ab. Wie später bekannt und von einem Beamten des japanischen Außenministeriums auch zugegeben wurde, hatte Kuno in Nordkorea mit der Zustimmung des japanischen Außenministeriums Verhandlungen über den Austausch von Handelsbüros und von Journalisten geführt und dabei auch bessere Möglichkeiten für die Visaerteilung an nach Japan reisen wollende nordkoreanische Beamte angedeutet⁵⁹⁾. Trotz der japanischen Zusicherung, daß es sich hier um einen Gedankenaustausch auf „privater Ebene“ gehandelt habe, zeigte sich Südkorea tief besorgt. Dem japanischen Botschafter in Seoul wurden die „schweren Bedenken“ der südkoreanischen Regierung wegen dieser Kontakte zwischen Tokio und Pyöngyang vorgetragen. Seoul zeigte sich besonders provoziert, als bekannt wurde, daß Kunos Reise und Aktivitäten mit der stillschweigenden Zustimmung des japanischen Außenministeriums stattgefunden hatten⁶⁰⁾.

X. Die Fortdauer des Spannungszustandes

Es ist eine von Beobachtern verschiedenster politischer Orientierungen geteilte Meinung, daß zwischen den vier Korea geostrategisch umlagernden Großmächten — ungeachtet aller Lippenbekenntnisse bezüglich der Wünschbarkeit der koreanischen Wiedervereinigung — ein stillschweigender Konsens darüber besteht, daß dem internationalen Frieden und der Sicherheit in Ostasien vor-

läufig zumindest durch die Aufrechterhaltung des seit 1953 gegebenen Status quo in Korea am besten gedient sei. Keine dieser Großmächte hat seither von sich aus irgendeinen maßgeblichen Versuch zur Änderung dieses Status quo unternommen. Unter diesen Umständen ist eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes nur in zweierlei Weise denkbar: Entweder durch eine friedliche Übereinkunft der beiden koreanischen Teilstaaten, die der koreanischen Nation irgendeine neue Struk-

⁵⁶⁾ Korean Herald vom 5. 12. 1982. Vgl. auch M. Glebova und V. Mikheyev, Some Aspects of Economic Development of the Democratic People's Republic of Korea, in: Far Eastern Affairs (Moskau, 1983) 1, S. 88—97.

⁵⁷⁾ Korean Herald vom 13. 1. 1983.

⁵⁸⁾ New York Times vom 7. 1. 1983.

⁵⁹⁾ Korean Herald vom 31. 7. 1983.

⁶⁰⁾ Korean Herald vom 12. und 13. 7. 1983.

tur oder Verhaltensorientierung verleiht, oder durch den inneren Zusammenbruch eines der beiden Systeme.

Im Falle Südkoreas gab es in den Jahren 1979/80 kurze Momente, in denen die Stabilität des Systems am Rande einer ersten Erschütterung zu stehen schien. Den ersten Höhepunkt dieser Stabilitätskrise brachte die sensationelle Ermordung des südkoreanischen Staatspräsidenten Park Chung Hee, der am 26. Oktober 1979 während eines Essens zusammen mit fünf seiner Leibwächter von seinem eigenen Geheimdienstchef Kim Jae Kyu und dessen Leibgardisten erschossen wurde. Der Mord bildete den Kulminationspunkt einer Palastintrige innerhalb der herrschenden Machtelite, wobei allerdings eine scharfe Kontroverse über alternative Verhaltensweisen der inneren Sicherheitspolitik (konkret die Reaktion auf schwere Studentenunruhen) eine gravierende Rolle spielten⁶¹).

Optimisten hofften damals, der Fall des allmächtigen Präsidenten könne die Tür zu einer Ära neuer Demokratie öffnen. Anfangs schien es auch so. Der Interimspräsident Choy Kyu Ha amnestierte zahlreiche politische Gefangene, darunter auch den einflussreichen Oppositionsführer Kim Dae Jung, und schlug zahlreiche vielversprechend klingende Liberalisierungsmaßnahmen vor. Ein paritätisch aus Abgeordneten der Regierungspartei und der Opposition zusammengesetztes Parlamentskomitee begann mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Jedoch die Tatsache, daß das Referendum über die neue Verfassung erst im Oktober 1980 und die nächsten allgemeinen Wahlen erst im Juni 1981 stattfinden sollten, lösten schwere Unruhen aus. Diesen begegnete die Regierung mit der Verhängung des Kriegsrechts und der Verhaftung von Oppositionspolitikern — unter ihnen Kim Dae Jung —, die entgegen noch geltenden Vorschriften Massenversammlungen veranstaltet hatten. Daraufhin kam es im südlichen Teil der Heimatprovinz Kim Dae Jungs, Cholla, und insbesondere in den Städten Kwangju und Mokpo zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Erst das Eingreifen regulärer Streitkräfte in Divisionsstärke konnte die teilweise bewaffneten Dissidenten blutig niederwerfen⁶²). Kim Dae Jung und an-

dere Oppositionelle wurden zum Tode verurteilt.

Nach dem Rücktritt des Interimspräsidenten Choy Kyu Ha wurde am 27. August General Chun Doo Han, der zuvor im April zum neuen Geheimdienstchef ernannt worden war, zum neuen Präsidenten Südkoreas gewählt. Zum Zweck weiterer Systemstabilisierung eröffnete Präsident Chun eine Säuberungskampagne gegen Korruption, der Hunderte von führenden Politikern, Beamten und Militärs zum Opfer fielen. 1981 wurden Kim Dae Jung und später auch 5 000 weitere Häftlinge amnestiert⁶³). Eine neue, demokratischer klingende Verfassung begrenzt die Amtszeit des Staatspräsidenten auf eine einmalige siebenjährige Amtsperiode. Zur Restabilisierung des erschütterten Regimes trug auch der trotz konjunkturbedingter Schwächen fortgesetzte wirtschaftliche Erfolg Südkoreas bei, der dieses vormalige Agrargebiet fast zur Industriemacht machte und in manchen Bereichen — so dem Stahlexport oder dem Schiffsbau — zu einem beachtlichen Konkurrenten des Industriegiganten Japan werden ließ.

Während der Krisenmonate von 1979/80 gab es manche Beobachter, die an Kim Il Sung's 1975 in Peking geäußerten Worte dachten: „Wenn in Südkorea eine Revolution stattfindet, werden wir als Teil der gleichen Nation nicht mit verschränkten Armen zuschauen, sondern das Volk in Südkorea machtvoll unterstützen. Wenn der Feind rücksichtslos einen Krieg herbeiführt, werden wir mit Krieg antworten und die Aggressoren vollständig zerstören. In einem solchen Krieg haben wir nur die Demarkationslinie zu verlieren und werden dafür die Wiedervereinigung des Landes gewinnen können.“⁶⁴)

Nordkorea griff jedoch nicht ein und Südkorea erholte sich. Unter Verwendung des deutschen Wortes erklärte Südkoreas neuer Außenminister Lee Bum Suk im Juni 1983, sein Land wolle eine neue „Nordpolitik“ betreiben. Diese erstrebe freundliche Beziehungen mit der VR China und der Sowjetunion, den Verbündeten Nordkoreas, die zudem Vetomächte des UN-Sicherheitsrates seien. Die Nordpolitik diene der Friedenserhaltung auf der koreanischen Halbinsel. Es sei abnormal, daß Südkorea mit seiner Bevölkerung von 40 Millionen und seinem derzeitigen Handelsvolu-

1981 Yearbook, Far Eastern Economic Review, Hongkong 1981, S. 174—178.

⁶³) Neue Zürcher Zeitung vom 25. 1. 1981 und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. 3. 1981.

⁶⁴) Wortlaut der Rede Kim Il Sung's vom 18. 4. 1975 in: Chinese-Korean Friendship. Foreign Languages Press, Peking 1975, S. 26—40.

⁶¹) Siehe Chong-Sik Lee, South Korea 1979: Confrontation, Assassination and Transition, in Asian Survey, Vol. XX, No. 1, Januar 1980, S. 63—74. Die richterliche Urteilsbegründung gegenüber den Mördern von Präsident Park Chung Hee findet sich in Korean Herald vom 21. 12. 1979.

⁶²) Chong-Sik Lee, South Korea in 1980: The Emergence of a New Authoritarian Order, in Asian Survey, Vol. XXI, No. 1, Januar 1981, S. 125—133; Asia

men von 50 Milliarden US Dollar nicht in den Vereinten Nationen vertreten sei⁶⁵⁾.

Die Regierung in Seoul hofft, daß die Gastgeberrolle Südkoreas bei der Tagung der Interparlamentarischen Union (Herbst 1983) sowie bei den Asiatischen Spielen (1986) und bei den Olympischen Spielen (1988) nicht nur den genannten Zielen der neuen „Nordpolitik“ dienstbar gemacht werden kann, sondern Nordkorea auch vor die Alternative stellt, entweder in Südkorea vertreten zu sein oder sich in die internationale Isolation abdrängen zu lassen. Nordkoreas Gegenstrategie führte bereits zu einer erfolgreichen Annäherung an die VR China sowie zu Versuchen einer Verbesserung seiner Beziehungen mit den USA und Japan. Die Diplomatie der koreanischen Teilstaaten befindet sich in vielen Regionen der Dritten Welt in einem intensiven Konkurrenzkampf.

So bleibt auch zu Beginn der achtziger Jahre das Hauptproblem des geteilten Korea ungelöst. Die tiefreichende Verunsicherung beider koreanischer Systeme ist noch immer mitge-

⁶⁵⁾ Korean Herald vom 30. 6. 1983 sowie auch vom 26. und 27. 4. 1983. Siehe ferner Byung Young Ahn, Die besondere Situation der Republik Korea im Hinblick auf die politischen Beziehungen mit den Sozialistischen Staaten. Unveröffentlichtes Referat für das „First German-Korean Symposium on Trade with Socialist Countries“, Tutzing 5.—7. 7. 1983.

prägt vom Trauma des Koreakrieges mit seinen beiden jeweils nur fast gelungenen Versuchen zur bewaffneten Wiedervereinigung, seinen 3 Millionen Toten und seinem Resultat einer Rückkehr zum Status quo. Nördlich und südlich des 38. Breitengrades stehen sich heute 1,4 Millionen bewaffneter Soldaten kampfbereit und alarmbereit gegenüber. Bewaffnete Zwischenfälle zur See, in der Luft und zu Lande und der nicht überwundene Abbruch des Nord-Süd-Dialogs erhalten einen Zustand fast permanenter Spannung. Die politisch-systemische und sozio-ökonomische Auseinanderentwicklung schreitet fort. Ansätze zu der aus Fremdkulturen importierten Demokratie sind nicht nur mit Unsicherheit und Spannung konfrontiert, sondern auch mit der Last jahrtausendealter konträrer Traditionen, die den für demokratische Praxis unerläßlichen Begriff der „loyalen Opposition“ absurd klingen lassen und persönliche Loyalitätsbezüge höher bewerten als Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit. Beide, Regierung und Opposition, tun sich schwer einander, sich als konkurrierende Partner anzuerkennen und zu behandeln. Hinsichtlich der Teilung hat Korea Deutschland zwar voraus: Beide Systeme bekennen sich zum Prinzip der Einheit der Nation. Doch jenseits dieses Prinzips liegt die Praxis der rigorosesten Teilung eines Landes und einer Nation in der modernen Geschichte.

Vietnam: Die historische Chance vertan?

I. 1975: Die „Stunde Null“ in Indochina

Am 17. April 1975 fiel Phnom Penh nach fünf Jahren Bürgerkrieg in die Hände der Roten Khmer, am 30. April kapitulierte Südvietnam vor den nordvietnamesischen und Vietcong-Truppen, und am 2. Dezember 1975 kündigten die laotischen Kommunisten ihr 1974 mit der königlichen Regierung geschlossenes „Koalitionsabkommen“ auf, schafften die 661 Jahre alte Monarchie ab und riefen die Volksrepublik aus. Die Geschichte schien den Atem anzuhalten: Nie vorher hatte es in den drei Ländern eine ähnliche Chance für die fundamentale Neugestaltung nahezu aller innen- und außenpolitischen Konstellationen gegeben. Nie auch erfreuten sich die drei Länder so sehr globaler Aufmerksamkeit und weltweiter — wenngleich manchmal auch kritischer — Sympathie wie in diesen Monaten. David hatte über Goliath gesiegt: 30 Jahre lang hatten die Bauernarmeen der drei Staaten gegen zwei Großmächte gekämpft, hatten schließlich militärische Erfolge über eine Weltmacht errungen, deren Intervention zu Beginn der siebziger Jahre durch nichts mehr gerechtfertigt erschien, und besaßen nunmehr offensichtlich alles moralische Anrecht auf Entwicklungshilfe und umfassende Unterstützung nicht nur durch sozialistische, sondern auch durch die „kapitalistischen“ Industriestaaten.

1. Ausgangslage und Entscheidungszwänge

Wie würden die drei siegreichen Bewegungen ihre historische Chance nützen? Vorrangige Probleme aller drei Länder waren die kriegsversuchte hochgradige Außenabhängigkeit der gerade „befreiten“ Gebiete, der Stadt/Land-Dualismus, das bäuerliche Analphabetentum, die ethnische Zersplitterung angesichts zahlreicher Minoritäten und nicht zuletzt die Bodenfrage.

Vietnam hatte darüber hinaus noch drei zukunftssträchtige Schlüsselentscheidungen zu treffen, nämlich über die Art und Weise — nicht zuletzt auch über das Tempo — der Wiedereingliederung Südvietnams, ferner über die damit zusammenhängende Frage des sozialistischen Aufbaus, und nicht zuletzt über die künftige Gestaltung der Außenpolitik, wobei die Beziehungen zur Sowjetunion, zur Volksrepublik China, zu Laos und Kambodscha im Vordergrund standen.

Um diese Entscheidungen war Hanoi nicht zu beneiden; es mochte sich in dieser oder jener Richtung festlegen — am Ende würde doch immer etwas „falsch“ sein:

— Was die *Wiedervereinigung* anbelangte, so konnte Hanoi sich entweder für ein behutsames Vorgehen oder aber für eine von rascher Sozialisierung begleitete, also eine sozusagen „schneidige“ Lösung entscheiden.

Der „sanfte“ Weg würde den unterschiedlichen Entwicklungen in beiden Landeshälften Rechnung tragen, gefiele auch dem Ausland (nicht zuletzt den Chinesen) und könnte in Abstimmung mit der „Südvietnamesischen Befreiungsfront“ erfolgen, die ja — als Folge ihres jahrelangen Guerilla-Engagements — nicht zu Unrecht die Rolle der Architektin eines neuen Vietnam beanspruchte. Freilich würde die Verwirklichung dieser Option viel Zeit kosten und dem „Klassenfeind“ in Nam Bo (Südvietnam) eine bedenklich lange Atempause verschaffen. Mit zu den Grunderfahrungen der vietnamesischen Geschichte gehört ohnedies die kontinuierliche Spannung zwischen Nord- und Südvietnam, die mit dem „Großen Marsch nach Süden“ im 16. Jahrhundert begonnen und sich nach der Herausbildung mehrerer miteinander rivalisierender Dynastien und Staaten seitdem immer wieder erneuert hatte. Zweimal in der Geschichte waren Nord- und Südvietnam gespalten und zweimal wiedervereinigt worden: im Jahre 1802 vom Süden und 1975 vom Norden her. Nord- und Südvietnamesen sprachen zwar dieselbe Sprache, doch ihr Lebensstil hatte sich — nicht zuletzt seit Beginn der Sozialisierung im Norden — sehr weit voneinander entfernt. Konnte man es zulassen, daß Südvietnam auf Jahre hinaus seinen eigenen Weg weiterging, oder sollte man hier nicht besser die Wiedervereinigung „mit der Brechstange durchsetzen“ und „Tatsachen schaffen“?

— Im Bereich der *Sozialisierungspolitik* konnte sich die Hanoier Führung zwischen einer ganzen Serie von Alternativen entscheiden: Sollten z. B. der in der Wirtschaft des Südens so tief verwurzelte — und nicht selten von Auslandschinesen getragene — Kleinhandel sowie das tausendzellige Gefüge des Handwerker-tums beibehalten werden, oder sollte man dieses dem Sozialismus so gefährliche „Kleinproduzententum“ nicht mit Stumpf und Stiel aus-

schalten — sich damit freilich auch ganze Bevölkerungsteile zum Feind machen? Sollte man also m. a. W. umfassend oder nur punktuell sozialisieren, und sollte man nicht wenigstens im Süden darauf verzichten, die „Phase des Kapitalismus zu überspringen“? Weitere Fragen waren in Stichworten: Priorität der Schwerindustrie oder der Landwirtschaft oder aber „Gehen auf zwei Beinen“ im Sinne der chinesischen Simultaneitätsstrategie? Sozialisierung oder aber Entwicklung der „Produktivkräfte“ an erster Stelle? „Gehen auf eigenen Beinen“ oder internationale Zusammenarbeit?

War schnelle Sozialisierung nicht schon deshalb geboten, weil Vietnam — als ein Land der Gegensätze, das es nun einmal ist — übergreifender Verklammerungen bedurfte? Das Land zerfällt ja in drei unterschiedliche Landschaften (Bac-, Trung- und Nam-Viet; zur Kolonialzeit: Tonking, Annam und Cochinchina). Die reichen Bodenschätze (Kohle, Eisenerz, Zinn, Wolfram, Kupfer, Mangan und Chrom) sind weitgehend auf Nordvietnam beschränkt, während der Süden mit seinem landwirtschaftlichen Potential überlegen ist. Überdies stehen hoffnungslos übersiedelte Räume kaum bewohnten Bergregionen gegenüber — nicht zuletzt im Zentralen Hochland des Nam Bo.

Es war klar, daß die Sozialisierung früher oder später kommen mußte. Immerhin war die kommunistische Bewegung ja seit 45 Jahren von dieser Perspektive beherrscht gewesen; doch blieb, dessenungeachtet, immer noch genügend Raum, zwischen einem „harten“ Weg (ubiquitäre Sozialisierung mit zentraler Planwirtschaft und Schwerindustrie im Mittelpunkt) oder aber einer sanften Lösung zu wählen.

— Ganz besonderes Kopfzerbrechen aber mußte die *außenpolitische* Standortwahl bereiten. Hier hatte sich Hanoi entweder für „Indochina-Sonderbeziehungen“ — und damit automatisch gegen China — zu entscheiden oder aber umgekehrt. In jedem Fall wäre damit auch schon die Wahl zwischen Moskau und Peking sowie voraussichtlich auch bereits zwischen „Ostblock“ und dem Westen (einschließlich den ASEAN-Staaten) mitgetroffen.

Für eine „chinafreundliche“ Lösung sprach die jahrelange Unterstützung, die der nördliche Nachbar den Nordvietnamesen im Verlauf von zwei Indochinakriegen hatte zukommen lassen, darüber hinaus aber auch die Überlegung, daß man sich mit einem so mächtigen — und im Gegensatz zum früheren Hauptfeind USA auch dauernd „präsentem“ — Staat wie China nicht auf Gedeih und Verderb anlegen sollte.

Für eine (aller Voraussicht den Chinesen zutiefst mißfallende) „Sonderbeziehungs-*lösung*“

sprachen andererseits drei Determinanten, die dem vietnamesischen Denken so sehr zu zweitener Natur geworden sind, daß sie auch in den alltäglichen Entscheidungsprozeß hineinwirken. Da ist einmal die Erfahrung einer kontinuierlichen Nord-Süd-Ausbreitung Vietnams, die zu Beginn des 16. Jahrhunderts begann und erst mit der Kolonisierung Kambodschas durch Frankreich im Jahre 1863 gebremst wurde. Der Logik dieser Expansion hatte es entsprochen, daß früher oder später auch das alte Khmer-Reich sowie Laos mit in den vietnamesischen Staatsverband eingegliedert würden.

Die zweite historische Erfahrung hängt mit der ersteren eng zusammen: Vietnam hat eine rund 1 000 km lange offene Westfront, von der her im Laufe der Geschichte immer wieder Gefahren gedroht haben. Würde sich China in Laos oder Kambodscha festsetzen, so könnte kein weitsichtiger Vietname mehr ruhig schlafen.

Eine dritte Erfahrung aber ist die traditionelle „China-Allergie“ Vietnams. Vietnam hat 1 000 Jahre lang unter direkter Herrschaft (111 v. Chr. bis 939 n. Chr.) und weitere 900 Jahre unter indirekter („Tribut“-)Herrschaft Chinas gestanden. Aus der heutigen Sicht gilt vietnamesische Geschichte weitgehend als ein permanenter Kampf um Befreiung oder aber um Bewahrung der Unabhängigkeit von China. Sollte man sich also von den Chinesen umarmen lassen und gleichzeitig ihrem Wunsch nach einer „Balkanisierung“ Indochinas stattgeben — oder sollte es am Ende nicht ratsamer sein, sich mit einer anderen Großmacht zusammenzuschließen und die Feindschaft Chinas in Kauf zu nehmen?

Verzicht auf ein indochinesisches „Sonder-Bündnis und „pietätvolle Verneigung“ gegenüber China wären die Hauptelemente einer „weichen“ Lösung gewesen; die „harte“ Option dagegen würde auf einen langfristigen Schulter-schluß mit der Sowjetunion und auf die Besetzung/Quasi-Besetzung von Kambodscha und Laos hinauslaufen.

Dies also waren die Möglichkeiten. Wofür würde sich die vietnamesische Führung entscheiden?

2. Hanois Entscheidung für die „harten“ Optionen

Berauscht von den Siegen der vorangegangenen Jahre, beherrscht auch von dem Glauben, daß sich der bisher gepflegte „militärische Arbeitsstil“ bruchlos auf die Lösung ziviler Fragen übertragen lasse, und überdies fest entschlossen, das Eisen zu schmieden, solange es heiß ist, faßte die Hanoier Führung in den Jahren 1975/76 Entschlüsse, die durchweg den jeweils härtesten Optionen entsprachen.

— Was die *Wiedervereinigungsfrage* anbelangte, so berief Hanoi noch im November 1975 einen Wiedervereinigungskongreß ein, der seinerseits Wahlen zur gesamtvietnamesischen Nationalversammlung beschloß, die schon am 25. April 1976 stattfanden. Damals wurde auch die Ausarbeitung einer gesamtstaatlichen Verfassung angekündigt, die 1980 herauskam. Gleich bei der ersten Sitzung der neugewählten Nationalversammlung wurde die „Sozialistische Republik Vietnam“ ausgerufen. Damit waren zugleich bereits die Rahmenbedingungen für die sozialistische Umwandlung des Südens gesetzt.

— Auch in der *Sozialisierungsfrage* bestimmten „Biß“ und Tempo das Geschehen: Großbetriebe im Süden waren schon gleich nach dem Einmarsch nordvietnamesischer Verbände in die öffentliche Hand übergegangen. Der vom IV. Parteitag im Dezember 1976 verkündete „Erste Fünf-Jahres-Plan“ (1976—1980) legte fest, daß im Süden Aufbau und Revolution gleichzeitig vor sich gehen sollten. Im Herbst 1977 wurde überdies ein Ausschuß für die Umwandlung der Landwirtschaft mit dem Ziel gegründet, die Kollektivierung in Nam Bo bis zum Jahre 1980 durchzuziehen.

Die nächste Kollektivierungsmaßnahme galt dem Privathandel in Südvietnam. Am 31. März 1978 kam eine Verordnung heraus, die mit sofortiger Wirkung den „bourgeoisien“ Handel verbot und die Händler anwies, sich in Zukunft in der Landwirtschaft, in der Industrie oder aber in der Fischerei zu betätigen. Einen Monat später, am 3. Mai, ordnete die Regierung über Nacht eine Währungsreform an, die zwei Ziele auf einmal erreichen sollte, nämlich einmal die Aufhebung der Währungstrennung zwischen Nord- und Südvietnam sowie zum anderen die Verhinderung von Kapitalflucht.

Unmittelbare Folge der Währungsreform war der Exodus Tausender von Hoa (Auslandschinesen), von denen bis 1979 fast 600 000 das Land verließen, da sie ihre Lebensgrundlage verloren sahen und nicht zu der ihnen ungewohnten Landwirtschaftsarbeit in den Neuen Ökonomischen Zonen abkommandiert werden wollten.

— Auf *außenpolitischem* Gebiet entschied sich Vietnam für die Anlehnung an die Sowjetunion sowie für die „Indochinisierung“ der beiden Staaten Laos und Kambodscha. Die Vorentscheidung fiel hier bereits mit der Unterzeichnung des vietnamesisch-laotischen Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit vom 18. Juli 1977, der auf 25 Jahre abgeschlossen war und u. a. auch eine Militärpräsenz Vietnams in Laos gestattete. Gleichzeitig wurden die nächsten Schritte vorbereitet: Im vietnamesischen ZK kam es zur Ausschaltung pro-chinesischer Mitglieder — allen voran von Hoang

Van Hoan, eines früheren engen Mitarbeiters Ho Chi Minhs, der u. a. auch Botschafter in China gewesen war (Hoan konnte später nach China fliehen und dient dort heute noch als Hauptpropagandist gegen den pro-sowjetischen Le Duan-Kurs).

Am 29. Juni 1978 trat Vietnam dem COMECON bei und am 3. November des gleichen Jahres schloß es mit der Sowjetunion einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit“ ab, der u. a. auch eine — aus Chinas Sicht höchst dubiose — „Konsultations“-Klausel enthielt. Am 2. Dezember 1978 assistierte Vietnam bei der Gründung einer „Nationalen Einheitsfront Kampuchas zur Rettung der Nation“ in den von vietnamesischen Truppen „befreiten“ Gebieten Kambodschas, und am 25. Dezember 1978 begann die vietnamesische Großoffensive gegen das Demokratische Kampuchea, die am 7. Januar 1979 mit der Eroberung Phnom Penhs, dem Sturz des Pol Pot-Regimes und der Stationierung von 180 000 vietnamesischen Soldaten in Kambodscha endete. Schon eineinhalb Monate später, am 18. Februar 1979, schloß Vietnam — nach dem gleichen Schema wie mit Laos — auch mit Kambodscha (d. h. mit der inzwischen neu gegründeten „Volksrepublik“) einen Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit ab.

3. Die schmerzhaften Folgen

Die Konsequenzen dieser in rascher Folge ablaufenden Ereignisse waren katastrophal: In dem so schnell mit dem Norden „wiedervereinigten“ Südvietnam breiteten sich lähmende Passivität und „Negativismus“ aus, während gleichzeitig die Kader aus dem Norden, denen Askese und Verzicht über die Jahre zur zweiten Natur geworden waren, nunmehr angesichts der materiellen „Versuchungen“ des Nam Bo in Korruption und Postenjägerei verfielen. Bis Mitte 1979 verließen, wie bereits erwähnt, rund 600 000 Hoa das Land — ein Aderlaß für Handel, Bergbau und den Fischereisektor, gar nicht zu reden von dem Verlust an technischem und wissenschaftlichem Personal, an mittlerem Management und Expertentum.

Es sollte aber noch schlimmer kommen. Im Februar und März 1979 begannen die Chinesen mit einer Aktion, die eigentlich niemand von ihnen erwartet hatte, nämlich dem sogenannten Erziehungsfeldzug gegen Vietnam, der schwere wirtschaftliche Verluste in einigen Nordprovinzen, vor allem aber eine höchst kostspielige vietnamesische Generalmobilmachung nach sich zog. Zu allem Überfluß kam es im Laufe des Jahres 1979 auch noch zu mehreren Naturkatastrophen, die das Ernteergebnis zusammenschmelzen ließen. Aber nicht nur das Getreide,

sondern auch die Industrieproduktion fiel knapper aus als in den schlimmsten Kriegsjahren, und die Währung erfuhr als Folge davon eine inflationäre Aufblähung. Im Juli 1979 mußte der Dong offiziell abgewertet werden. Zahlreiche Kader, die mit ihrem Salär nicht mehr zurechtkommen konnten, suchten sich durch irreguläre Amtsgeschäfte über Wasser zu halten. Es kam zu Schiebung, illegalen Transaktionen, zur Entstehung schwarzer Märkte und zu einem weiteren Vertrauensverlust bei der Bevölkerung. Langsam machte es sich nun auch bemerkbar, daß China 1978 seine Entwicklungshilfe eingestellt hatte und daß auch die westlichen Industriestaaten — spätestens seit dem Einmarsch Vietnams nach Kambodscha — nicht (mehr) bereit waren, Entwicklungshilfe zu leisten. Die Sowjetunion allein konnte diesen Ausfall nicht wettmachen.

Auch außenpolitisch gerieten die Dinge aus dem Ruder. In Kambodscha raffte sich noch 1979 der bereits tot geglaubte Rote Khmer zu einem systematischen Guerillakrieg gegen die vietnamesischen Besatzer auf, und selbst in Laos regten sich erste Resistancebewegungen. Zu Hause, im zentralvietnamesischen Hochland, gab die 1964 gegründete, dann aber lange Zeit untergetauchte FULRO (Force Unifiée pour la Liberation des Races Opprimées) wieder Lebenszeichen von sich. Es mehrten sich zudem Hinweise, daß China hinter der Wiederbele-

bung dieser Widerstandskräfte stand und offensichtlich nicht nur Propaganda-, sondern auch Ausbildungs- und Waffenhilfe leistete.

Im Verlaufe von nur vier Jahren hatte Vietnam — zumindest in der Meinung der westlichen Welt und eines Teils der südvietnamesischen Bevölkerung — die Metamorphose vom Unterdrückten zum Unterdrücker durchgemacht, war vom Freund Chinas zu dessen Feind und vom Fackelträger der Selbstbefreiung zum Kostgänger der Sowjetunion geworden. Wirtschaftlich ein Zwerg, trat es militärisch als Riese auf und leistete sich im eigenen Land sowie an drei Fronten — gegenüber China, in Laos und Kambodscha — eine Million Mann unter Waffen. Kein anderes Land der Welt hatte nunmehr so viele kämpfende Einheiten in einem anderen Land stehen wie Vietnam in Kambodscha — und dies obendrein zu einer Zeit, da die heimische Wirtschaft am Rande einer Katastrophe angelangt war.

Es war daher klar, daß der bisherige Kurs nicht mehr länger beibehalten werden konnte und daß Korrekturen unumgänglich waren. An welchem Ende freilich sollte man beginnen: bei der Außenpolitik, bei der Aussöhnung mit der südlichen Bevölkerung, die das nördliche Regime immer noch als eine Art Besatzungsmacht empfand, oder aber bei wirtschaftlichen Reformen?

II. Das Herumreißen des Steuers: Reformzeit in Vietnam

Das Jahr 1979 sollte zur Peripetie im bisherigen vietnamesischen Drama führen. Dem chinesischen „Erziehungsfeldzug“ mit seinen kostspieligen Konsequenzen folgte die wirtschaftliche Hiobsbotschaft, daß statt des geplanten Bruttosozialproduktzuwachses von 15% im laufenden Jahr nur 2,3% erreicht worden seien. Noch zwei weitere Rekorde stellten sich ein, nämlich eine abermalige Verstärkung des Flüchtlingsstroms (unter den 270 000 Flüchtlingen des Jahres 1979 befand sich eine wachsende Zahl von Vietnamesen) und ein bisheriger Tiefststand bei den Ernten.

1. Die Reformbeschlüsse von 1979

In dieser Situation beschloß die Regierung, das Steuer heranzureißen. Zwar konnten in der Außenpolitik momentan keine fundamentalen Kursänderungen vollzogen werden; wirtschaftspolitische Reformen aber würden am Ende vielleicht die Talfahrt bremsen. Mit dieser Überlegung trat das IV. ZK im September 1979 zu seinem 6. Plenum an und erließ —

nach offensichtlich schweren inneren Auseinandersetzungen — die „Resolution Nr. 6“, die seitdem zum wirtschaftlichen Kompaß Vietnams geworden ist und durch den V. Parteitag im März 1982 nochmals feierlich bestätigt wurde.

Die wichtigsten Elemente des Reformbeschlusses lassen sich in folgenden Stichworten zusammenfassen: Materielle Anreize, Zulassung von Kleinhandel, Teilautonomie der Betriebe, Dezentralisierung der Kreditvergabe und Zulassung des (noch näher zu erläuternden) Vertragssystems in Landwirtschaft und Industrie, außerdem Verlangsamung des Kollektivierungstempos.

Die Führung erhoffte sich von diesen Beschlüssen nicht nur eine Belebung des individuellen Arbeitseifers im allgemeinen, sondern darüber hinaus auch einen Sympathiegewinn bei der südvietnamesischen Bevölkerung im besonderen. Wie die späteren Ereignisse zeigten, sollte sich diese Hoffnung erfüllen.

Schon Ende 1979 wirkte ganz Vietnam wie ein riesiger Reparaturbetrieb, in dem an allen Ecken und Enden versucht wurde, erlittene und selbstverschuldete Schäden, soweit es eben ging, wiedergutzumachen. Die neue Reformpolitik wirkte sich im Landwirtschaftsbereich besonders günstig aus. Hatte Vietnam 1979 noch 13,9 Mill. Tonnen (statt geplanter 21 Mill. Tonnen) Getreide geerntet, so waren es 1980 14,4 Mill., 1981 15,1 Mill. t und im Jahr 1982 sogar 16,2 Mill. t.

Das „Wundermittel“, mit dem diese Erfolge erzielt wurden, hieß PVS (Produktvertragssystem). Dieses PVS war in Nordvietnam schon einmal, nämlich 1968/69 durchexerziert, dann aber als Auswuchs des schlimmsten „Kapitalismus“ wieder verworfen worden, wobei diesbezüglich der „Linke Flügel“ im Politbüro unter Führung von Truong Chinh ausschlaggebend gewesen war. 1969 war im übrigen ein Jahr, in dem der „Zeitgeist“ weltweit, und nicht etwa nur im China der Kulturrevolution, auf „Revolution“ gestimmt war. In diesen Zeiträumen wollte das PVS nicht so recht hineinpassen. Inzwischen aber hatte sich das Blatt gewendet, und man begann sich in Vietnam zu fragen, ob man es nicht doch noch einmal mit dem damaligen System versuchen sollte, einem System, das doch eigentlich — vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt her — recht erfolgreich gewesen war, und dem überdies im Dezember 1978 auch in der Volksrepublik China grünes Licht gegeben worden war.

Die Besonderheiten des PVS lassen sich am besten anhand eines Vergleichs mit der ehemaligen Produktions- und Verteilungspraxis verdeutlichen. Früher hatten die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) ihren Mitgliedern die Arbeit einseitig zugewiesen und die Entlohnung nach der Arbeitszeit bemessen. Fleiß und Tüchtigkeit wurden hier ebenso selten belohnt wie andererseits Drückebergerei kaum je bestraft wurde. Das Ergebnis war ein höchst „gemütlicher“ Arbeitsrhythmus, nachlässiger Umgang mit dem Maschinenpark sowie Verschwendung von Düngemitteln und Insektiziden.

Beim PVS werden demgegenüber die Arbeiten nicht mehr einseitig zugewiesen, sondern vertraglich, also bilateral, mit einem Einzelbauern, einem Haushalt oder einer kleineren Gruppe ausgehandelt. Inhaltlich besteht die Vereinbarung darin, daß die LPG dem Vertragspartner bestimmte Bodenanteile, Geräte und Zugtiere überläßt und eine Reihe von weiteren Leistungen verspricht, während dieser sich im Gegenzug zur Ablieferung bestimmter Produkte (z. B. Getreide, Eier,

Schlachttiere etc.) in einer bestimmten Qualität verpflichtet, wobei ein normaler Verlauf der Witterung vorausgesetzt ist. Manchmal wird ein sogenannter Fünf-Drei-Vertrag geschlossen. Hierbei werden fünf der acht klassischen Arbeitsgänge bei der Reiserzeugung vom Kollektiv erledigt, nämlich die Bodenbearbeitung (Pflügen und Eggen durch Traktoren oder Zugtiere der Genossenschaft), ferner die Bewässerung, die Saatzuteilung, die Düngung und die Versorgung mit Insektiziden, während die weiteren drei Arbeitsgänge der Verantwortung des Vertragspartners obliegen, nämlich das Auspflanzen der jungen Saaten, die laufende Pflege und die Ernte.

Liegt das Produktionsergebnis am Ende über der vereinbarten Norm, so kann der Partner das Produkt entweder selbst behalten oder es zu einem höheren Preis an den Staat veräußern, es gegen Konsumgüter eintauschen oder damit auf die freien Märkte gehen. Kommt der Partner andererseits seinen Mengenverpflichtungen nicht nach, so hat er die Differenz aus den Ernteerträgen in der nachfolgenden Saison zu begleichen.

Die Parteiführung kann seit 1980 mit Erstaunen feststellen, daß die Bauern nicht nur jedes Jahr höhere Ernteerträge hervorbringen, sondern daß sie auch auf eigene Kosten Zugtiere anschaffen, daß sie höchst sorgsam mit den Düngemitteln umgehen, daß sie zu jeder (gewinnbringenden) Diversifizierungsmaßnahme bereit sind und nicht zuletzt — ganz im Gegensatz zu den bisherigen Gewohnheiten — bis in die späte Nacht hinein arbeiten.

Mit Sorge wird zwar da und dort vermerkt, daß der Gemeinschaftsgeist unter dem individuellen Erwerbsstreben leiden könne, doch tröstet man sich mit drei Argumenten: Die Wirtschaft kommt wieder in Schwung, Staat und Kollektive profitieren von dem Mehrverdienst der Bauern und das PVS ist auch ein Mittel, um die bisher nur etwa zu einem Sechstel kollektivierete Landwirtschaft Südvietnams schneller in die Vergenossenschaftlichung hineinzulocken; nur im LPG-Verband kann das PVS ja wirklich voll zur Entfaltung kommen! Vor allem mit dem letzteren Argument wird so manchem orthodoxen Marxist in der vietnamesischen Führung die Zustimmung zu der neuen, doch eigentlich höchst verdächtigen Wirtschaftsreform erleichtert.

Die PVS-Praxis erwies sich als so erfolgreich, daß sie inzwischen von der Landwirtschaft auf das gesamte Wirtschaftsgeschehen überzugreifen beginnt. Die stalinistische Planungspraxis wird damit in zunehmendem Maße hinterfragt. Lange Zeit war die Rolle von Ver-

trägen im Wirtschaftsbereich — und nun gar zwischen staatlichen Betrieben und Behörden — auch in Vietnam höchst umstritten. Entsprechend es nicht dem Geist des Sozialismus, die Gestaltung des Wirtschaftsprozesses ganz der Planung zu überlassen!? Der Marktmechanismus war als Gestaltungsfaktor tabuisiert und das Instrument des Wirtschaftsvertrags, das solchen Marktmechanismen gar noch Vorschub leisten konnte, höchst suspekt! „Nicht Vertrags-, sondern Planerfüllung“ lautete die Parole. Da die Pläne freilich auf detaillierte Betriebs- und Bedarfsstrukturen nicht eingehen können, geriet „Planerfüllung“ oft zu einer Art Vabanquespiel. Vor allem waren, wenn man sich am Ende nicht doch vertraglich einigte, nirgends präzise Vorschriften über Ablieferungs- und Zahlungstermine, Qualität und Qualitätskontrolle — und nun gar Schadensersatzpflichten und „Verantwortlichkeiten“ — festgelegt.

Anfang November 1982 hielt der Ministerrat die Zeit für gekommen, auch den staatlichen Betrieben das Instrument der Wirtschaftsverträge nahelegen. Die einzelnen „Wirtschaftseinheiten“ sollten sich mit ihren jeweiligen Partnern auf dem Weg über Wirtschaftsverträge in den Details einigen. Wirtschaftsverträge sollten aber nicht nur zwischen den Betrieben, sondern nach Möglichkeit auch zwischen den einzelnen Behörden ausgehandelt werden: Die Vertragseuphorie hatte damit endgültig die vietnamesische Führung ergriffen!

Das PVS im besonderen und das Vertragssystem im allgemeinen sind nur die Spitzen eines breiten Reformprogramms, das keineswegs auf die Wirtschaft beschränkt ist. Vielmehr kam es auch zu Reformen im Führungsapparat und im Militärwesen. Auf dem Umweg über die Ausstellung neuer Parteiausweise wurden z. B. bis zum V. Parteitag im März 1982 immerhin 86 000 Parteiangehörige aus der (inzwischen 1,7 Millionen Mitglieder umfassenden) Kommunistischen Partei Vietnams ausgestoßen. 1980 wurde eine neue Staatsverfassung erlassen und 1982 das Kabinett (vor allem im Bereich der wirtschaftsbezogenen Ressorts) umgebildet.

Geradezu sensationell für vietnamesische Verhältnisse war das Personalrevirement beim V. Parteitag. Hierzu muß man wissen, daß Vietnams 52 Jahre alte Kommunistische Partei bis dahin mit nur zwei Vorsitzenden (Ho Chi Minh und Le Duan), die 37 Jahre alte Regierung mit einem einzigen Premierminister (Pham Van Dong) und die 37 Jahre alte Volksarmee mit zwei Oberkommandierenden (Vo Nguyen Giap bis 1980, danach Van Tien

Dung) ausgekommen waren. Solide war auch die überkommene Abgrenzung der Zuständigkeiten. Danach steht die KPV unter der Führung des heute 74jährigen Le Duan, die Nationalversammlung unter Leitung des 75 Jahre alten Truong Chinh; über die Geschicke Kambodschas bestimmt der 73jährige Le Duc Tho, rechte Hand Le Duans und bekannt durch seine Verhandlungen mit Henry Kissinger; zuständig für Südvietnam ist der 71jährige Pham Hung.

Dieser in Jahrzehnten gewachsene Monolith bekam nun beim V. Parteitag erstmals deutlich wahrnehmbare Risse. Die Reihenfolge der ersten Fünf blieb zwar dieselbe (Le Duan, Truong Chinh, Pham Van Dong, Pham Hung und Le Duc Tho), jedoch wurden fünf weitere Spitzenmitglieder abgewählt, wofür Altersgründe allein nicht ausschlaggebend gewesen sein können, da die Fünf durchweg jünger waren als Parteichef Le Duan. Vielmehr dürfte ihnen teils mangelnde politische Fortune, teils aber auch ihre Nichtübereinstimmung mit der Linie des Le Duan-Flügels zum Verhängnis geworden sein.

Beachtung verdient der Aufstieg des Militärs, das seinen Anteil bei den Spitzenmitgliedern (von bisher vier von 17 auf fünf von 15) steigern konnte. Verteidigungsminister Van Tien Dung rückte auf den 6. Platz vor, und Le Duc Anh, der Oberkommandierende der vietnamesischen Truppen in Kambodscha, besetzte Platz 12. Weitere Aufsteiger waren der Wirtschaftssachverständige Vo Van Kiet (Platz 11) und Außenminister Nguyen Co Thach, der die heikle vietnamesische Außenpolitik bisher mit viel persönlichem Charme hatte „verkaufen“ können. Auch das ZK, das von 133 auf 152 Vollmitglieder anstieg, wurde durch 32 Neulinge „aufgefrischt“; gleichzeitig wurden 34 Vollmitglieder abgewählt.

Wichtigste Ergebnisse des Parteitags waren die Kontinuität der Le Duan-Politik, eine Straffung des Führungsapparats und eine gewisse Verjüngung und „Pragmatisierung“ vor allem im Bereich der Wirtschaftsführung.

2. Keine Umkehr in der Außenpolitik

a) Die „zwei Grundsäulen“ der Außenpolitik Vietnams

Im Bereich der *Innenpolitik* fanden zahlreiche, von der Bevölkerung dankbar begrüßte reformerische Korrekturen statt. Das *außenpolitische* Grundübel der Hanoi Politik allerdings wurde, trotz des Unbehagens einer wachsenden Zahl von ZK-Mitgliedern, nicht kuriert, sondern durch den V. Parteitag sogar aufs neue bestätigt — und damit verfestigt:

Die Sowjetbindung sowie die „Sonderbeziehungen“ zu Laos und Kambodscha sollten weiterhin die „zwei Grundsäulen“ der Außenpolitik Hanois bleiben.

Die Sowjetunion, der es in Indochina um eine Minimalisierung des Einflusses der Volksrepublik China und der USA sowie um die Gewinnung von Marinebasen (Cam Ranh, Da Nang, Kompong Som und Ream) geht, sieht sich in der Subregion mit täglich rund 6 Mill. US-Dollar zur Kasse gerufen. Auf Rückzahlung besteht nur wenig Aussicht. An die Stelle einseitiger Wirtschaftshilfe sind z. T. inzwischen „Gegengeschäfte“ getreten, so die Entsendung vietnamesischer Gastarbeiter in die unter Arbeitskräftemangel leidenden sozialistischen „Bruderländer“ sowie die Gründung von sowjetisch-vietnamesischen Gemeinschaftsunternehmen, sei es in Form von Joint Ventures oder von Kompensationsgeschäften, die Vietnam nicht nur keine Devisen kosten, sondern bei denen es Technologien importieren und gleichzeitig den Arbeitslosenstau abbauen kann. Mit sowjetischer Hilfe sucht Vietnam im Offshore-Bereich auch nach Öl und Gas.

In der Volksrepublik Kampuchea (VRK) treten Moskau und Hanoi zunehmend als Konkurrenten auf — eine Situation, die von Phnom Penh geschickt ausgenutzt wird. Moskau und Hanoi wollen von der „Normalisierung“ in Kambodscha auf ihre Weise profitieren, doch diese „Normalisierung“ läßt auf sich warten, da die Roten Khmer bis Mitte 1983 vier Trocken- und vier Regenzeiten überstanden haben und — zumindest bei Nacht — rund ein Drittel des kambodschanischen Staatsgebiets kontrollieren. Außerdem ist es den Roten Khmer gelungen, auf dem Wege über ein Dreierkoalitionsabkommen mit den Sihanouk- und den Son Sann-Kräften (vom Juni 1982) den Legalitätsvorsprung des Demokratischen Kampuchea (DK) gegenüber der Volksrepublik Kampuchea zu vergrößern.

Was die anderen Nachbarstaaten betrifft, so könnte das Verhältnis Vietnams zu den beiden asiatischen Riesen, China und Indien, kaum unterschiedlicher aussehen, als es heute ist. Indien nimmt in der Staatenwelt Südasiens eine ähnliche Position ein wie Vietnam in Südostasien, und es sieht sich bei seinem Streben nach verstärktem regionalen Einfluß von den gleichen Mächten gefördert — und behindert — wie Vietnam. Angesichts dieser Parallelität hat die indische Regierung beschlossen, nicht nur die Volksrepublik Kampuchea diplomatisch anzuerkennen, sondern Wirtschaftshilfe an Vietnam zu leisten und den Vietnamesen auch an den verschie-

densten Fronten der Diplomatie Schützenhilfe zu gewähren.

China andererseits hat rund 200 000 Soldaten an seiner Grenze zu Vietnam stehen, droht mit einem „zweiten Erziehungsfeldzug“, hat schon 1978 jede Entwicklungshilfe eingestellt, unterstützt die verschiedenen anti-vietnamesischen Widerstandsbewegungen in Laos, Kambodscha und sogar in Vietnam, arbeitet auf eine weltweite außenpolitische Isolierung Vietnams hin, betreibt, wie es in der vietnamesischen Propaganda heißt, „psychologische und wirtschaftliche Kriegführung“ gegen Hanoi und tritt vor allem vor den Vereinten Nationen für die weitere Anerkennung des Demokratischen Kampuchea sowie für den vollständigen Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kambodscha ein.

Die Politik der USA verläuft zu der Indochina-Linie Pekings fast parallel, so daß Hanoi — von seinem Standpunkt nicht zu Unrecht — von einer „Komplizenschaft“ spricht.

Mit Ausnahme von Schweden und Frankreich erhält Vietnam keine Entwicklungshilfe aus den westlichen Industrieländern, sondern sieht sich zunehmend auf die „Bruderländer“ im Ostblock verwiesen.

Durch den Einmarsch nach Kambodscha hat sich Vietnam auch Thailand zum Feind gemacht, das nun seinerseits dadurch reagiert hat, daß es die Fünfergemeinschaft der ASEAN, der es ja selbst angehört, auf eine anti-vietnamesische Linie einschwor.

b) Warum hält Vietnam an seinem Indochinakurs fest?

Vietnam wäre gut beraten, seine Truppen aus Kambodscha (und auch aus Laos) zurückzuziehen. Die Entspannung des Verhältnisses zu China, die Lockerung der Abhängigkeit vom Ostblock, die (Wieder)Aufnahme von Entwicklungshilfeleistungen durch die westlichen Industrieländer und ein Freiwerden gewaltiger, durch das Militär gebundener Potentiale für den Aufbau des Landes wären die absehbaren Vorteile eines solchen Schrittes, der den Vietnamesen ohnehin jedes Jahr seit 1979 von der UNO-Vollversammlung nahegelegt und auch von der Internationalen Kambodschakonferenz des Jahres 1981 als Haupttherapie empfohlen wurde.

Vietnam will allerdings von einem solchen Totalabzug nichts wissen und nur über eine Teilrücknahme von Truppen mit sich reden lassen. Diese wird nun ihrerseits wieder von den Gegnern Vietnams als bloße „Truppenrotation“ interpretiert. Hanoi begründet seine ablehnende Haltung mit dem Hinweis auf die

„chinesische Gefahr“, denn die Roten Khmer seien am Ende ja nichts anderes als ein Trojanisches Pferd Chinas in Kambodscha! Hier stellt sich die Frage nach den wahren Motiven der vietnamesischen Besetzung von Kambodscha und Laos: Wer den Vietnamesen eine nur *reaktive* Kambodschapolitik zugutehält, folgt der offiziellen vietnamesischen Wortregelung, derzufolge die Präsenz Hunderttausender von Soldaten in den beiden Nachbarländern nichts anderes sei als eine Abwehr gegen chinesische Infiltrationsversuche. Die Okkupation wäre danach also lediglich eine Präventivmaßnahme gegen China und würde in dem Augenblick wieder rückgängig gemacht, da die chinesische Gefahr verschwunden ist. Diejenigen andererseits, die Vietnam eine *aktive* Kambodscha/Laos-Politik unterstellen, gehen davon aus, daß es ihm hauptsächlich darum geht, die beiden Nachbarländer einem Indochinabündnis einzuverleiben. Aus dieser Sicht sind Laos und Kambodscha für Vietnam nicht nur Reisvorratskammern, sondern auch strategische Vorfelder entlang der empfindlichen Westflanke Vietnams, die es aus seiner Sicht ein für allemal unter vietnamesische Kontrolle zu bringen gilt.

Eine aktive Kambodscha/Laos-Politik könnte allerdings erst dann unterstellt werden, wenn sich eine von Hanoi systematisch betriebene Siedlungspolitik in den Nachbarstaaten nachweisen ließe (vgl. dazu den nachfolgenden Beitrag von Peter Schier).

3. Die vietnamesische Phalanx: Laos und (Volksrepublik) Kampuchea

Forschungsstrategisch hat es sich inzwischen als sinnlos herausgestellt, die Ereignisse und Strukturbildungen in der Laotischen Demokratischen Volksrepublik (LDVR) und in der Volksrepublik Kampuchea (VRK) als eigenständige Phänomene zu behandeln. Überall treten hier — zumindest in den Grundereignissen und -strukturen — so auffallende Analogien zu Tage, daß die steuernde Hand Vietnams nicht zu übersehen ist. Beide Län-

der sind von vietnamesischen Truppenkontingenten besetzt: die VR Kampuchea von rund 180 000, Laos von etwa 40 000 Soldaten. Beide sind im Aufbau der Partei- und Staatsorgane sowie der Massenorganisationen dem vietnamesischen Vorbild nachempfunden. Auch die Verfassung der VR Kampuchea von 1981 gleicht dem vietnamesischen Vorbild von 1980. Der laotische Fünf-Jahres-Plan (1981 bis 1985) ist — zumindest dem Anlageschema nach — eine Kopie des entsprechenden vietnamesischen Fünf-Jahres-Plans und wurde im übrigen auch fast zur gleichen Zeit verabschiedet. Laos ging — ein weiteres Beispiel — zwischen 1975 und 1978 mit dem „harten“ vietnamesischen Kurs konform und schaltete dann 1979 — ganz wie sein Vorbild — auf Reformen um, die sich hier wie dort in ähnlichen Ergebnissen niederschlugen.

Auch sonst werden die multilateralen Verbindungen zwischen den drei Staaten von Tag zu Tag dichter: Von der regelmäßig tagenden „Indochinesischen Außenministerkonferenz“ wurde inzwischen ein Ständiges gemeinsames Organ eingerichtet; die Straßenverbindungen zwischen Vietnam und seinen beiden Nachbarstaaten werden mit Priorität ausgebaut — mit der Folge, daß sich z. B. Laos von seinen traditionellen Verbindungen zu Thailand hin immer mehr abkoppelt. Auch entwickeln alle drei Staaten eine koordinierte — und gegenseitig bis aufs Wort abgestimmte — gemeinsame Außenpolitik, betreiben eine Wirtschaftspolitik nach gemeinsamen Plänen und suchen auch kulturell im Gleichschritt zu gehen. Die laotischen und VRK-Ministerien sind mit vietnamesischen „Beratern“ durchsetzt; zwischen den Provinzen werden „Paten-schaften“ errichtet und das Wort „Indochina“ — ursprünglich ein französisch-kolonialer Ausdruck — spielt in der vietnamesischen Sprachregelung eine immer dominierendere Rolle.

In der Innenpolitik hat Vietnam somit reformerische Flexibilität gezeigt und neue Wege beschritten, während es in der Außenpolitik weiterhin an seiner zwischen 1976 und 1978 ausgelegten Linie festhält.

III. Zukunftserwartungen

1. Erwartungen und Zugeständnisse in der Innenpolitik

Zieht man einige der wichtigen Basiskriterien zur Beurteilung der bisherigen „Entwicklungs“-Leistung heran, so schneidet Vietnam nicht gerade vorteilhaft ab:

Zwei Grundlinien bestimmen heute die vietnamesische Politik. Im Innern setzt Hanoi voll auf Experimente und Innovationen, in der Außenpolitik dagegen sind die immer wieder zu Tage tretenden „neuen“ Vorschläge nichts anders als Tarnmanöver für eine offensichtlich unverändert starre Außenpolitik.

— Zunächst ist es einmal das Wirtschaftswachstum, das zu wünschen übrig läßt. Statt eines BSP-Zuwachses von 15 %, wie er im Fünf-Jahres-Plan 1976—1980 vorgesehen war, wurden nur 2,3 % (1979) erzielt. Das Pro-Kopf-Einkommen eines Vietnamesen liegt heute (1982) bei jährlich 153 US-Dollar. Damit gehört Vietnam zu den wirklich armen Ländern der Welt. Die Parteiführung macht objektive und subjektive Ursachen für dieses Defizit verantwortlich, nämlich Kriegsnachwirkungen, Kampf gegen den chinesischen „Expansionismus“, Naturkatastrophen, „Sabotageaktivitäten“, des weiteren „Subjektivismus, Hast, Konservatismus, Gleichgültigkeit, Bürokratismus, Trennung von den Realitäten, fehlendes Augenmaß für die Anforderungen des täglichen Lebens und Mangel an Verantwortungsgefühl“ (so Parteichef Le Duan bei seinem Rechenschaftsbericht anlässlich des V. Parteitags im März 1982).

— Auch das Problem der Arbeitslosigkeit wurde nicht gelöst. Obwohl eine Million Mann unter Waffen stehen, des weiteren etwa 200 000 Mann (zumeist Angehörige der früheren südvietnamesischen Armee oder Regierung) in „Erziehungslagern“ einsitzen und mehrere Millionen Umsiedler in die sogenannten Neuen Ökonomischen Zonen verschickt wurden, besteht noch immer eine weit verbreitete offene Arbeitslosigkeit in den Städten (1981: eine Million) und eine versteckte Arbeitslosigkeit auf den Dörfern (1981: rund drei Millionen).

— Die „soziale Gerechtigkeit“ muß ebenfalls in Frage gestellt werden. Die Kollektivierung auf dem Land, die weitgehende Beseitigung des Privathandels und die Verstaatlichung der Großbetriebe im Süden haben zwar die Voraussetzungen für eine gerechtere Verteilung von Gütern und Chancen eröffnet. Weitverbreitete Korruption unter den aus dem Norden kommenden Kadern und Leistungsunfähigkeit der Betriebe haben jedoch dafür gesorgt, daß es entweder nichts zu verteilen gibt oder daß die Verteilung nur selten gerecht ist. Stolz kann Vietnam allerdings auf sein Erziehungs- und auf sein Gesundheitswesen sein.

— Auch das ursozialistische Versprechen der Partizipation wurde angesichts des starren Festhaltens am „demokratischen Zentralismus“ nicht eingehalten. Erst die seit 1979 eingeleiteten Reformmaßnahmen versprechen hier langfristig Besserung.

— Nicht zuletzt aber muß angesichts der immer enger werdenden Bindungen an die Sowjetunion auch die politische und wirtschaft-

liche „Unabhängigkeit“ des Landes in Frage gestellt werden.

Dies war die nicht gerade erfreuliche Ausgangslage, der sich der V. Parteitag gegenüber sah.

a) *Neue Wirtschaftsplanung: Bescheidenere Ziele und Grundbedürfnisorientierung*

Durch den V. Parteitag wurden vier globale wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele für die achtziger Jahre festgelegt, nämlich die „Befriedigung der materiellen und kulturellen Grundbedürfnisse der Bevölkerung“, die weitere Konsolidierung der materiellen Basis als solider Plattform für den Ausbau des Sozialismus, die Fortsetzung der Sozialisierung im Süden und der Ausbau der Verteidigung.

Besonders wichtig ist hier der erste Punkt, der für die Zukunft nicht mehr bloß „tonnenideologisch bedingtes Wachstum“ — eine ständige Versuchung der stalinistischen Planer — in Aussicht stellt, sondern vielmehr die Befriedigung jener „Grundbedürfnisse“ des Volkes, die materieller (Ernährung, Bekleidung, Wohnungswesen, Infrastruktur etc.), aber auch immaterieller Art sind. Zu den letzteren zählen die soziale Eingliederung (das Gegenteil davon waren die mit vorgehaltenem Gewehr erzwungenen „Arbeitseinsätze“ im Kambodscha des Jahres 1975 und der folgenden Jahre), die Teilnahme an dörflichen (und möglichst auch überdörflichen) Entscheidungsprozessen, ferner die Teilhabe an Ausbildungs- und Informationseinrichtungen und nicht zuletzt die Möglichkeit zu „kultureller Identität“. Demnach soll, anders ausgedrückt, ein buddhistischer Vietnameer nicht mehr in wenigen Wochen zu einem reinblütigen Marxisten umerzogen werden. Zum immateriellen „Grundbedürfnis“ gehört es danach auch, daß der Bauer nicht sein Dorf verlassen muß, sondern sich dort, also in seinem angestammten Milieu, den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts anpassen kann. Hierfür — und nur hierfür — wären die nötigen Strukturveränderungen herbeizuführen, die zumeist auf die Errichtung von Dorfindustrien, von Gesundheitszentren, von Wasserversorgungseinrichtungen, von Anschlußstraßen und innerdörflichen Wegen, ferner auf die Schaffung der nötigen Absatz- und Bezugswege sowie auf bessere Erziehung und Maßnahmen zur Bekämpfung von Fehl- und Unterernährung hinauslaufen. Die „straffe“ Politik der Jahre nach 1975 hat allzuwenig der Tatsache Rechnung getragen, daß der Durchschnittsvietnameer trotz aller Umwälzungen in den vergangenen 30 Jahren nach wie vor Bauer geblieben ist, sich mit seinem Dorf identifiziert und nicht

einfach wie eine Figur auf dem Schachbrett herungeschoben werden möchte. Man kann es den Vietnamesen nur wünschen, daß sie die hier angepeilte Grundbedürfnisstrategie beim Wort nehmen.

Das zweite Ziel — der Ausbau der materiellen Basis — impliziert, daß in Zukunft die Leistung wieder mehr zählt als Ideologie oder Klassenherkunft. Hierdurch wird auch eine neue Sozialstrategie in Szene gesetzt.

Um den vier Grundzielen eine Verwirklichungschance einzuräumen, hat die Führung zehn Strukturmaßnahmen beschlossen, die in ihrer theoretischen Formulierung bereits das dialektische Denkmuster der Planer erkennen lassen. Es soll nämlich die Ausgewogenheit zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen zentraler und regionaler Lenkung, zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, zwischen Wirtschafts- und Verteidigungsentwicklung, zwischen Binnen- und Außenwirtschaft, zwischen Arbeitsplatz- und Bevölkerungspolitik, zwischen Produktion und Wissenschaft, zwischen Akkumulation und Konsumtion, zwischen Produktion und Verteilung sowie zwischen Planungsvorgaben und Anreizen angestrebt werden.

In einer dritten Etappe werden sodann — nach Festlegung der Grundziele und der Strukturmaßnahmen — konkrete Produktionsvorgaben entworfen, die im zweiten Fünf-Jahres-Plan (1981–1985) aufgeschlüsselt sind. Verglichen mit den Zielen des ersten Fünf-Jahres-Plans sind die neuen Wachstumsraten weitaus bescheidener — und damit freilich auch realistischer — ausgelegt.

Gelänge es, bis 1985 die Nahrungsmittelproduktion tatsächlich auf 19–20 Mill. t zu steigern, so wäre die Lösung eines der vordringlichsten Probleme Vietnams, nämlich die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, erreicht. Vietnam stünde — gemessen an den oben angeführten fünf „Entwicklungs“-Kriterien — im Jahre 1985 dann sicherlich besser da als 1981.

Freilich wären für eine Produktionserhöhung auch zwei Preise zu zahlen:

— Je mehr die Volkswirtschaft hervorbringt, um so nachdrücklicher wird die Sowjetunion auf Rückzahlung ihrer Außenstände drängen.

— Da der „Arbeitsenthusiasmus“ der Bauern und Arbeiter letztlich nur durch materielle Anreize und durch andere reformerische Zugeständnisse angeheizt werden kann, ist als ideologischer Preis ein Stück marxistischen Selbstverständnisses zu opfern.

b) Eine neue Sozialstrategie?

Vietnam ist nach wie vor in erster Linie ein Land der Dörfer. Gesellschaftsstrategie ist daher weitgehend deckungsgleich mit Dorfstrategie. Das vietnamesische Dorf ist im Laufe seiner Geschichte vier verschiedenen Steuerungssystemen unterworfen worden, die bezeichnenderweise allesamt fremden Ursprungs waren: zwei waren konservativ, die beiden anderen aber reformerisch/revolutionär geprägt.

Fast 2000 Jahre dominierte das chinesisch-konfuzianische System, das im 19. Jahrhundert durch ein französisches Experiment gelockert wurde. Gegen Ende der Kolonialzeit setzten sich zwei neue Stratifizierungsmodelle durch, nämlich in Südvietnam der amerikanisch inspirierte Versuch einer Landreform und in Nordvietnam die sowjetischen und chinesischen Vorbildern entlehnte Kollektivierung.

Im traditionellen Vietnam wurde das Dorf weitgehend sich selbst überlassen. Nur in Fragen der Sicherheit, der Steuerzahlung sowie der Hand- und Spanndienste bestanden Verpflichtungen gegenüber dem Staat. Die Gemeinde entschied aus eigener Machtvollkommenheit über die Frage der Steuerlastverteilung zwischen ihren Mitgliedern, sie vergab die innerdörflichen Gemeindeprivilegien, war für die Ernennung der Repräsentanten im Dorfrat zuständig und hatte auch einen eigenen Gemeindekodex, der sich z. T. aus eingespielten religiösen Zeremonien und säkularen Ritualen zusammensetzte. Der Bambushecke rund um das Dorf kam nicht nur eine physische Schutzfunktion zu, sondern sie zeigte auch die Grenze auf, wo „das Gesetz des Kaisers endete und das Brauchtum des Dorfes begann“. Die Gemeinde stellte ihre eigene Dorfpolizei auf, errichtete den Tempel für ihren Dorfschutzgeist und institutionalisierte ein System gegenseitiger Hilfe. Kennzeichnend für das soziale Leben war das Vorherrschen kollektiver Denk- und Verhaltensmuster. Das Ich trat zurück; die Familienfeier wurde unter der Hand zur Dorffeier; die Geschichte einer Gemeinde wurde vom einzelnen Mitglied internalisiert und im Sinne eines Wir-Gefühls weitervererbt. Stets war von außen her das Dorf als Ganzes angesprochen. Bei schweren Verstößen gegen die staatliche Ordnung konnten der Kaiser und das Mandarinat — neben der Dorfgemeinschaft die beiden wichtigsten Träger des traditionellen Politsystems — sogar die Todesstrafe gegen das Gesamtdorf verhängen.

Die traditionelle Ordnung läßt sich mit vier Stichworten charakterisieren: Sie ist konfu-

zianisch-konservativ, d. h. prinzipiell neuerungsfeindlich; sie ist kollektiv orientiert, d. h. nicht das Ich, sondern das Wir herrscht vor; das Dorf ist „geschlossen“, d. h. nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Gemeinde bleiben die Dörfer „unbeweglich“, selbst die üblichen Hand- und Spanndienste dürfen vom Staat nur in Räumen angeordnet werden, die innerhalb eines 5 km-Radius um das Dorf liegen; schließlich ist das Dorf auch durch Hierarchien bestimmt, wobei Bildung, Reichtum und Alter die inhaltlichen, ständige Rituale und Zeremonien dagegen die habituellen Kriterien abgeben.

Der Staat, d. h. Hof und Mandarinat, trat mit dem Dorf meist über dessen Honoratioren in Verbindung. Selbst das Recht der Steuererhebung wurde manchmal an sie verpachtet.

Dieses System begann zur Zeit der französischen Kolonialherrschaft einzubrechen, ohne daß diese es ernsthaft beabsichtigt hätte. Im Gegenteil:

— Die Kolonialverwaltung wollte das Dorf sogar in seiner überkommenen Struktur konservieren und es auf diese Weise wirtschaftlich „verwertbar“ erhalten. Ganz unerwartet freilich entwickelte die Zusammenarbeit mit den „Neuen Reichen“ im Dorf sowie die Einführung von Plantagen, neuen Anbautechnologien und bisher kaum verbreiteten Rohstoffpflanzen soviel Schubkraft, daß am Ende eine soziale und technische Revolution herauskam.

— Ferner sollte das Dorf wie eh und je kollektiv angesprochen werden. Mit der massenhaften Anwerbung von Arbeitskräften jedoch, mit dem Abschluß von mündlichen Verträgen und mit der „Vereinzlung des Handels“ (unter Mithilfe chinesischer Aufkäufer) wurde das Dorf als Kollektiv langsam ausgehebelt und der Bauer mit einem Mal als Individuum angesprochen.

— Auch mit der „Geschlossenheit“ des Dorfes, die eigentlich gar nicht berührt werden sollte, war es bald zu Ende. Die alten Zeremonien und Rituale, die das soziale Gefüge bisher permanent bestätigt hatten, ließen in ihrer Glaubhaftigkeit nach, zumal Tausende von Bauern ihre Dörfer verließen, um erstmals fern von der angestammten Heimat in Plantagen, am Eisenbahnbau oder an Straßenprojekten zu arbeiten.

— Selbst die traditionelle innerdörfliche Hierarchie ging aus den schon oben genannten Gründen (Nachlassen der Attraktivität des „Bildungsadels“, allmähliches „Einschlafen“ der Zeremonien, Einschalten der Bauern in individuelle Vertragsverhältnisse etc.) verloren.

Das System der französischen Kolonialherrschaft war am Ende durch ein merkwürdiges Einerseits/Andererseits gekennzeichnet: es war manifest konservativ, jedoch latent revolutionär.

Noch mehr Sprengkraft entfalteten die unter amerikanischer Anleitung durchgeführten südvietnamesischen Landreformversuche. Seit dem „Verlust“ Chinas, der letztlich auf Reformversäumnisse zurückgeführt wurde, gehörte die Strategie der Landreform mit zum antikommunistischen Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik. Japan, Taiwan, die Philippinen, Südkorea und — nach 1954 — auch Südvietnam wurden zu Experimentierfeldern großangelegter Landreformen, die am Ende allerdings nur in Taiwan voll durchschlugen.

Zwei Gesichtspunkte standen bei den Reformen im Vordergrund, nämlich erstens das Bestreben, eine gesunde Mittelbauernschaft mit eigenem Land und Maschinenbesitz ins Leben zu rufen und gleichzeitig den Großgrundbesitz zu beschneiden, zweitens die Erwartung, daß ein in dieser Weise in den Sattel gehobenes Acker-Bürgertum der staatlichen Führung loyal gegenüberstehen würde.

Im Mittelpunkt des im März 1970 verkündeten südvietnamesischen Landreformgesetzes standen folgende Gesichtspunkte: „Das Land dem Pflüger“, Entschädigung für Enteignungen, breite Streuung des Grundbesitzes, leicht zu bewältigende Abzahlung des Erwerbspreises, Schaffung eines wohlhabenden Mittelbauernstandes, der aus wohlverstandendem Eigeninteresse an der Integration des Staates mitwirken würde, Zuteilung von je 4–5 ha als Voraussetzung für die Autarkie einer Durchschnittsbauernfamilie.

Diese Landreformgesetzgebung verfolgte höchst revolutionäre Ziele, insofern sie das Dorf nicht mehr als Kollektiv ansprach und außerdem versuchte, die alten Hierarchien durch Schaffung eines neuen Mittelstandes zu verdrängen. Wenn das Programm nicht so recht greifen wollte, so hing dies mit den Kriegsgeschehnissen und mit der NLF-Konkurrenz zusammen.

Am Ende setzte sich — und zwar mit dem Jahr 1975 — das schon 1953 verfaßte und im Norden praktizierte kommunistische Bauernprogramm durch. Die vietnamesischen Kommunisten wollten die Bauernschaft weder der „Bourgeoisie“ noch dem „Proletariat“ zurechnen, sondern räumten ihr eine eigenständige Klassenposition ein und teilten sie sodann in mehrere Schichten, nämlich Arme, Untere Mittel-, Obere Mittel- und Reiche Bauern so-

wie Grundbesitzer. Abgrenzungskriterien waren hierbei der Grad der Ausbeutung einer Schicht durch die andere, wobei ein bestimmtes Ausmaß an Produktionsmittelbesitz als Indikator für ein bestimmtes, a priori unterstelltes Maß an Ausbeutung galt.

Es liegt auf der Hand, daß diese Einteilungen vielfach willkürlich waren, und daß hier Gruppen aus taktischen Überlegungen einfach in „Klassen“ transformiert wurden. Am Ende wirkte die kommunistische Strategie noch umwälzender als das amerikanische Landreformmodell, insofern sie nämlich das Oberste zuunterst kehrte. Die bisherigen Eliten sollten — zumindest als Klasse — liquidiert, die jahrhundertlang Ausgebeuteten aber zu Herren des Geschehens erhoben werden.

Der formelle Klassifikationsbeschluß der Partei wurde im Jahr 1953 erlassen und anschließend — trotz massiven Widerstandes der Bauernschaft — in die Praxis umgesetzt.

Die Stichworte für das kommunistische Modell lauten: „Revolutionär“, „kollektiv“ (inzwischen sind ja die individualistischen Ansätze der französischen Kolonialzeit und des US-Experiments z. T. schon wieder in Vergessenheit geraten), „technologisch-wissenschaftliche Revolution“, „Öffnung des Dorfes“ und „Expropriation der Expropriateure“.

In Nordvietnam — und eine Zeitlang auch in Südvietnam — waren es die „Armen und Unteren Mittelbauern“, die von der Partei zunächst als Träger des Kollektivierungsprozesses auf den Schild gehoben wurden.

Inzwischen scheint hier allerdings ein Wandel einzutreten, insofern nämlich — im Zeichen des seit 1979 laufenden Modernisierungsprozesses — der „Mittelbauer“ immer beherrschender in den Vordergrund tritt. Auch in offiziellen Texten wird heute immer weniger von Oberen und Unteren Mittelbauern, sondern ganz allgemein von „Mittelbauern“ gesprochen. Die Führung hat erkannt, daß dieser „Mittelbauer“ die beherrschende Gestalt zumindest in den fruchtbarsten Ackerbaugebieten Südvietnams, nämlich im Mekong-Delta, ist. Er stellt dort 75% aller Bauern und 70% aller Haushalte, besitzt 80% des Bodens, 70% der Kleinmaschinen, 93% der Zugtiere und bringt 80% der Erzeugnisse hervor.

Zudem hat „der Mittelbauer“ eine unternehmerische Einstellung und eignet sich daher geradezu ideal für das reformerische — schon beschriebene — „Produktvertragssystem“.

Die Partei beginnt hier im stillen ihre bisherige Klassifikationspraxis zu korrigieren und

ist damit auf dem besten Weg, jene Mittelbauernstrategie wieder aufzugreifen, die noch zu Beginn der siebziger Jahre von der südvietnamesischen Regierung mit amerikanischer Unterstützung praktiziert worden war. Gewiß, die Mittelbauern sollen nach dem jetzigen Reformkonzept kein Eigentum an Grund und Boden erwerben (bzw. behalten); doch stellt sie das Produktvertragssystem am Schluß de facto genauso, als wären sie Eigentümer.

Eine neue Klassifizierung der Bevölkerung im Landwirtschaftsbereich, in dem ja immer noch weit über zwei Drittel der Bevölkerung beschäftigt sind, dürfte am Ende nicht ohne Auswirkung auf die außerlandwirtschaftlichen Gesellschaftssektoren bleiben und dort zu beträchtlichen Gewichtsverlagerungen führen. Ob damit der erste Schritt eines langen Marsches zur „Umwertung aller (sozialistischen) Werte“ begonnen hat, ist eine Frage, die heute noch niemand beantworten kann, selbst nicht die — in Fraktionen gesplante — vietnamesische Führung; es sind aber Zeichen gesetzt, deren Entwicklung eine aufmerksame Beobachtung lohnt.

Noch eine weitere sozial-strategisch wichtige Maßnahme verdient Erwähnung, nämlich die Aufwertung der „Kreise“ zu agro-industriellen und militärischen Plattformen. Der „Kreis“ steht in der vierstufigen Verwaltungshierarchie hinter Zentralstaat und Provinzen — und vor den Dörfern und Märkten — auf der zweituntersten Ebene. Im Rahmen des Kreises sollen Industriebetriebe und Traktorenstationen aufgebaut, Infrastrukturvorhaben durchgeführt, staatliche Güter verteilt und nicht zuletzt auch Miliz- und Verteidigungseinheiten zu eigenen Verbänden zusammengefaßt werden. Es sind also die Kreise, die künftig als Lokomotiven beim Wirtschaftsbau, bei der Modernisierung und bei der Verteidigung den Antrieb geben sollen.

2. Außenpolitik

Während Vietnam in der Innenpolitik einen dynamischen Reformkurs einschlug, führt es in der Außenpolitik ein Rückzugsgefecht und weigert sich vorerst beharrlich, von jenem Doppelkurs (Sowjetbindung und „Indochinalösung“) abzulassen, der sich bisher als so ungemain kostspielig erwiesen hat. Immerhin führte er zur mehrmaligen Verurteilung durch die UNO-Generalversammlung, ist Ursache für das Ausbleiben westlicher Entwicklungshilfe, löste einen chinesischen „Erziehungsfeldzug“ aus, veranlaßte des weiteren die Volksrepublik China, eine gesamtindochinesische Widerstandsfront auf die Beine zu

stellen, die sich aus der DK-Dreierkoalition (vgl. die nachfolgenden Beiträge von Peter Schier), der Laotischen Widerstandsfront und der vietnamesischen FULRO rekrutiert, und wirkt nicht zuletzt auch schmerzhaft auf die eigene Wirtschaft zurück, deren ohnehin schwache Reserven durch die Mobilisierung von einer Million Soldaten permanent überstrapaziert werden. Letztlich ist zu befürchten, daß die Rückwirkungen dieser außenpolitischen Effekte auf die Innen- und Wirtschaftspolitik auch die dort gerade zum Leben erwachten Innovationskräfte wieder abschwächt.

Kann Vietnam es sich auf die Dauer leisten, eine Außenpolitik fortzuführen, die sich lähmend auf den inneren Fortschritt auswirkt? Hält die vietnamesische Führung es wirklich für sinnvoll, sich auf unabsehbare Zeit nicht nur mit dem immer mächtiger werdenden nördlichen Nachbarn China, sondern auch mit den südlichen ASEAN-Staaten anzulegen? Hat das Land 30 Jahre lang unter unsagbaren Opfern um seine Emanzipation gekämpft, um sich nun in die Arme der Sowjetunion zu werfen, die in der Region keine vietnamesischen, sondern ausschließlich eigensüchtige Interessen verfolgt?

Langfristig wird Vietnam wohl kaum umhin können, seinen bisherigen außenpolitischen Kurs und überhaupt das Auseinanderklaffen von Innen- und Außenpolitik zu korrigieren. Zu diesem Zweck aber müßte es mit China in Verhandlungen eintreten; denn schon heute steht fest, daß das Schicksal Indochinas letztlich nur durch zwei Mächte bestimmt werden kann, nämlich durch China und Vietnam. Bei

solchen Verhandlungen müßte China allerdings auf „Erziehung“, Vietnam dagegen auf „Anklage“ verzichten.

Nur durch beiderseitiges Nachgeben (Vietnam zieht sich schrittweise aus Kambodscha zurück und lockert sein Verhältnis zu Moskau; Peking macht glaubhaft, daß es das neue Vakuum nicht seinerseits ausfüllen wird) ließe sich ein neues Vertrauenspolster schaffen.

Ein zweiter Schritt wäre der völlige Abzug der vietnamesischen Truppen, wobei die Frage auftaucht, wie die Verbände der Roten Khmer an einer neuen Machtergreifung gehindert werden könnten. In dieser Frage müßte sich vor allem China angesprochen fühlen. Erst in einem sich daran anschließenden dritten Akt könnte die Phase des innerkambodschanischen Arrangements beginnen. Sämtliche Gruppierungen müßten an den unter UNO-Aufsicht stattfindenden Wahlen beteiligt sein. Die Wähler würden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keineswegs gleichgültig abseits stehen, sondern ganz gewiß ein leidenschaftliches Votum abgeben, das am Ende die „wahre Volksmeinung“ widerspiegelte.

Vietnam muß sich allerdings darauf gefaßt machen, daß China solche Vorstellungen nicht nur in Kambodscha, sondern auch in Laos verwirklicht sehen möchte.

Es ist wohl nicht eine Frage des Ob, sondern vielmehr des Wann, daß Vietnam diesen Gang nach Canossa antritt; denn der dynamische innenpolitische Reformkurs kann langfristig wohl kaum ohne Rückwirkungen auf die Außenpolitik bleiben.

Der Krieg um Kambodscha – ein Konflikt ohne Ende?

I. Die Lage seit der vietnamesischen Besetzung von Kambodscha (Ende 1978/Anfang 1979 – August 1983)

Der Konflikt in und um Kambodscha wird auf der bevorstehenden 38. Vollversammlung der Vereinten Nationen zum fünften Mal in Folge auf der Tagesordnung stehen und einen der Hauptstreitpunkte zwischen Vietnam und dem Sowjetblock auf der einen und China und den kapitalistischen Staaten auf der anderen Seite bilden¹⁾. Wichtiger als die eigentliche Kambodscha-Debatte wird gleich zu Beginn des UN-Plenums die Abstimmung darüber sein, welche Regierung Kambodscha bei den Vereinten Nationen vertreten wird:

— die Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea (DK)²⁾, die seit dem letzten Jahr nominell von Prinz Norodom Sihanouk geführt wird, aber deren militärisch stärkste Fraktion nach wie vor die berüchtigten Roten Khmer³⁾ des ultralinken Massenmörders Pol Pot darstellen, oder

— die im Januar 1979 von vietnamesischen Truppen an die Macht gebrachte Regierung der Volksrepublik Kampuchea (VRK) unter Heng Samrin, deren Mitglieder — und dies wird heute nur allzu oft vergessen — in der Mehrzahl bis Mitte 1978 Waffengefährten von Pol Pot gewesen sind.

Bei dieser Abstimmung geht es offensichtlich nicht um die Frage der politischen Moral, sondern darum, ob die vietnamesische Besetzung von Kambodscha und die damit gewaltsam etablierte vietnamesische Oberherrschaft über die indochinesische Halbinsel im nachhinein international sanktioniert wird oder nicht.

Seit vietnamesische Truppen um die Jahreswende 1978/1979 in Kambodscha einmarschierten, das Pol-Pot-Regime stürzten und eine provietnamesische Marionettenregierung unter Heng Samrin in Phnom Penh einsetzten, ist Kambodscha von rund 180 000 vietnamesischen Soldaten besetzt und in die totale Abhängigkeit von Vietnam geraten. Alle wichtigen innen- und außenpolitischen Entscheidungen der VRK werden entweder direkt in Hanoi oder von den vietnamesischen „Beratern“ innerhalb des kambodschanischen Regierungsapparates gefällt. So treffen im kambodschanischen Außenministerium regelmäßig vietnamesische Direktiven ein, die unverzüglich an die vietnamesischen Chefberater weitergeleitet werden, die den 14 Abteilungen des Ministeriums vorstehen. Die Anweisungen kommen von der vietnamesischen Kommandozone für Kambodscha aus Hanoi. Ihr Chef ist der 73jährige Le Duc Tho, nach Parteichef Le Duan der de facto zweitmächtigste Mann Vietnams. In Hanoi wurden auch bisher alle Beschlüsse und Communiqués der sogenannten indochinesischen Außenministerkonferenzen vorab ausgearbei-

¹⁾ Aus Platzgründen ist auf einen umfangreichen Anmerkungsapparat verzichtet worden. Für detaillierte Nachweise sei der Leser u. a. auf folgende weiterführende Literatur verwiesen: W. Draguhn/P. Schier (Hrsg.), Indochina: Der permanente Konflikt?, Mitteilung des Instituts für Asienkunde Nr. 117, Hamburg 1981; O. Weggel, Indochina im Berichtszeitraum, in: CHINA aktuell, Mai 1980 ff.; ders., in: SÜDOSTASIEN aktuell, ab 1983, (beides Publikationen des Instituts für Asienkunde Hamburg); S. W. Simon, New Conflict in Indochina, in: Problems of Communism, September-Oktober 1978, S. 20—36; Kampuchea in the Seventies, Report of a Finnish Inquiry Commission, Tampere 1982; P. M. Chang, Beijing versus Hanoi. The Diplomacy over Kampuchea, in: Asian Survey, Mai 1983, S. 598—618. In deutscher Sprache liegen darüber hinaus noch folgende interessante Bücher zur Gegenwartsgeschichte Kambodschas vor: N. Sihanouk, Kambodscha. Chronik des Krieges und der Hoffnung, Frankfurt 1980; A. Barth/T. Terzani, Holocaust in Kambodscha, Hamburg 1980.

Zur Schreibweise: Als allgemeine Landesbezeichnung wird die traditionell übliche Schreibweise „Kambodscha“ bzw. „kambodschanisch“ verwendet. Die offiziellen Staatsnamen werden in den von den beiden Regierungen verwendeten Fassungen geschrieben, d. h. „Demokratisches Kampuchea“ und „Volksrepublik Kampuchea“.

²⁾ Demokratisches Kampuchea (DK): Am 5. 1. 1976 vom im April 1975 an die Macht gekommenen Pol-Pot-Regime ausgerufen. Am 7. 1. 1979 von vietnamesischen Truppen gestürzt. Seit Juni 1982 Koalitionsregierung zwischen den Roten Khmer, Son Sann (FNLPK) und Sihanouk (FUNCINPEC). Noch 1982 UNO-Mitglied.

³⁾ Rote Khmer: Von Prinz Sihanouk geprägte Bezeichnung für die promaoistische Fraktion der Kommunistischen Partei Kampuchreas (KPK) unter

Pol Pot. Die KPK ging im September 1960 aus der Revolutionären Volkspartei von Kampuchea (RVPK) hervor. Vorsitzender seit 1963: Saloth Sar alias Pol Pot. Im Dezember 1981 wurde die KPK zwar formell aufgelöst, doch sie besteht de facto weiter. Ähnliches gilt auch für Pol Pot: er trat zwar im Dezember 1979 zugunsten von Khieu Samphan als Ministerpräsident des DK zurück, doch als Oberkommandierender der Armee bleibt er der starke Mann der Roten Khmer.

tet — die Außenminister von Laos und Kambodscha durften lediglich ihre Unterschrift unter die von Vietnam diktierten Konferenzdokumente setzen.

Die „Indochinesische Gipfelkonferenz“ vom Februar 1983 war ein weiterer Schritt zur Konsolidierung der Oberherrschaft Vietnams über seine beiden Nachbarstaaten: Die Partei- und Regierungschefs beschlossen den forcierten Ausbau der „langfristigen Kooperation und gegenseitigen Hilfe“ zwischen den drei Staaten „auf allen Gebieten“ sowie die Intensivierung der „besonderen Beziehungen“ untereinander. Außerdem wurde in jedem der drei Länder ein „Komitee für die wirtschaftliche Kooperation zwischen Laos, Kambodscha und Vietnam“ eingesetzt, „um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und die nationalen Pläne für die volkswirtschaftliche Entwicklung zu koordinieren“. Schließlich wurden die laotischen und kambodschanischen Vertreter von Vietnam aufgefordert, die „traditionelle Freundschaft“ mit Vietnam verstärkt gegen „engstirnigen Nationalismus“ zu verteidigen.

In der letzten Zeit mehren sich die Hinweise auf vietnamesische Siedlungsaktionen in den beiden Nachbarstaaten Kambodscha und Laos. In 13 der 19 kambodschanischen Provinzen sollen seit 1979 mindestens 300 000 vietnamesische Bauern, Arbeiter, Handwerker und Plantagenarbeiter angesiedelt worden sein. Bei den vietnamesischen Siedlern handelt es sich nicht nur um Rückkehrer, die früher bereits in Kambodscha ansässig und zwischen 1970 und 1976 vertrieben worden waren, sondern auch zu einem beträchtlichen Teil um Neusiedler. Dies geht eindeutig aus zwei Verordnungen der herrschenden Revolutionären Volkspartei von Kampuchea (RVPK)⁴⁾ und des Ministerrates der VRK aus dem Jahre 1982 hervor. In den Dokumenten wird eine weitere Neuansiedlung der — wie es wörtlich heißt — „vietnamesischen Brüder und Schwestern“ ausdrücklich erlaubt: Die in Kambodscha lebenden Vietnamesen dürfen „vertraute Freunde und enge Verwandte“ ins Land der Khmer nachkommen lassen — „zu ihrer Hilfe und Unterstützung“...

Besonders intensiv ist die vietnamesische Besiedlung in der kambodschanischen Provinz

⁴⁾ Revolutionäre Volkspartei von Kampuchea (RVPK): Im Februar 1951 aus der KP Indochinas hervorgegangene und als provietnamesische kommunistische Partei für Kambodscha gegründet. Im September 1960 in Kommunistische Partei Kampuches (KPK) umbenannt, die ab 1963 zunehmend maoistisch orientiert war. Im Mai 1981 wurde die RVPK vom provietnamesischen Flügel der kambodschanischen Kommunisten wieder ins Leben gerufen.

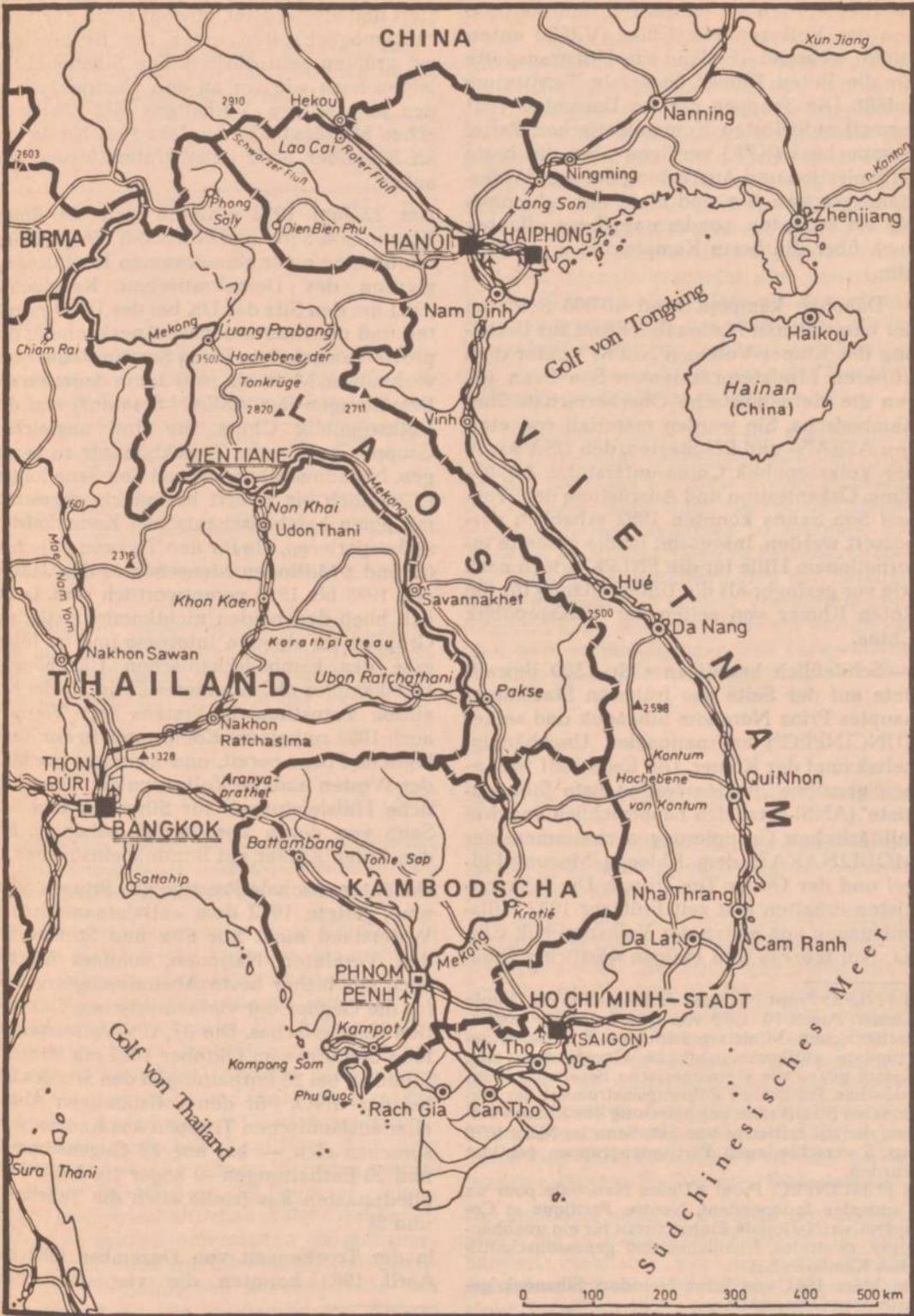
Sway Rieng, deren Reisfelder als sogenannter Papageienschnabel tief nach Südvietnam hineinragen. Auch in der angrenzenden Provinz Prey Veng soll es bereits eine Reihe von größeren Ortschaften geben, die fest in den Händen der vietnamesischen Siedler sind (z. B. Neak Luong). Anscheinend planen die vietnamesischen Besatzer, sogenannte Entwicklungsdörfer (phum vivoat) mit einem vietnamesischen Bevölkerungsanteil von 20% in ganz Kambodscha zu etablieren. Dörfer dieser Art sind bereits in den kambodschanisch-vietnamesischen Grenzprovinzen sowie entlang der Nationalstraße 5 und 6 in den beiden westlichen Provinzen Batfambang und Siem Reap errichtet worden. Sie haben z. T. den Charakter von Wehrdörfern gegen den anti-vietnamesischen Widerstand, der vor allem im Westen Kambodschas recht aktiv ist. Auf rund 100 000 soll sich die Zahl der vietnamesischen Siedler im Nachbarland Laos belaufen. Dort sind außerdem noch rund 40 000 vietnamesische Soldaten stationiert. Bereits im August 1979 hatte einer der führenden vietnamesischen Wirtschaftsplaner, Che Viet Tan, die Umsiedlung von mehreren Millionen Vietnamesen u. a. in die „Grenzregionen“ und in die „westlich von den annamitischen Kor-dillereprovinzen liegenden Gebiete“ (d. h. Südost-Laos und Nordost-Kambodscha) angekündigt.

Ermöglicht wurde und wird die zumindest hegemonistische Politik Vietnams gegenüber Kambodscha und Laos durch enorme militärische und wirtschaftliche Hilfsleistungen von seiten der Sowjetunion und anderer Ostblockstaaten. So wendet der Sowjet-Block pro Tag schätzungsweise umgerechnet rund 6 Millionen US-Dollar für Vietnam auf — hiervon muß allein ein Drittel für die vietnamesische Besetzung von Kambodscha abgezweigt werden. Zur militärischen Absicherung seiner Vorherrschaft über die indochinesische Halbinsel unterhält Vietnam mit rund 1 Million aktiven Soldaten heute die zahlenmäßig fünftgrößte Armee der Erde. Auf 56 vietnamesische Zivilisten kommt ein Soldat — nur Nordkorea weist einen höheren Grad der Militarisierung auf (26 : 1).

Trotz seiner militärisch übermächtigen Stellung ist es Vietnam bisher nicht gelungen, die antivietnamesischen Widerstandskräfte in Kambodscha entscheidend zu schwächen. Im Gegenteil: Fast fünf Jahre nach dem vietnamesischen Einmarsch scheint der kambodschanische Widerstand gegen die vietnamesische Besetzung stärker als jemals zuvor:

— Nach wie vor führen schätzungsweise 30 000 Partisanen des gestürzten Pol-Pot-Re-

Karte: Das regionale Umfeld des Kambodscha-Konflikts



gimes einen zermürbenden Guerillakrieg gegen die vietnamesische Besatzungsmacht. Hierbei werden sie militärisch und politisch von der Volksrepublik China (VRCh) unterstützt, während Thailand die Hilfstransporte für die Roten Khmer über sein Territorium zuläßt. Die Truppen der im Dezember 1981 formell aufgelösten Kommunistischen Partei Kampuchéas (KPK) verfügen über die beste Organisation und Ausrüstung der drei Widerstandsgruppen. Sie sind nicht nur zahlenmäßig am stärksten, sondern verfügen offenbar auch über die beste Kampfmoral und Disziplin.

— Daneben kämpfen rund 10 000 Soldaten der bürgerlichen Nationalen Front zur Befreiung des Khmer-Volkes (FNLPK)⁵⁾ unter dem früheren Ministerpräsidenten Son Sann gegen die vietnamesische Oberherrschaft über Kambodscha. Sie werden materiell von einigen ASEAN- und EG-Staaten, den USA sowie der Volksrepublik China unterstützt. Ausbildung, Organisation und Ausrüstung der Truppen Son Sanns konnten 1982 erheblich verbessert werden. Insgesamt ist die gesamte internationale Hilfe für die FNLPK jedoch nach wie vor geringer als die Unterstützung für die Roten Khmer von seiten der Volksrepublik China.

— Schließlich beteiligen sich 5 500 Bewaffnete auf der Seite des früheren Staatsoberhauptes Prinz Norodom Sihanouk und seiner FUNCINPEC⁶⁾ am nationalen Unabhängigkeitskampf der Khmer. Die Ende 1981 ins Leben gerufene „Armée Nationaliste Sihanoukiste“ (ANS) setzt sich hauptsächlich aus drei militärischen Gruppierungen zusammen: der MOULINAKA⁷⁾, dem Khleang Moeung-Flügel und der Oddar Tus-Truppe. Die Sihanoukisten erhalten erst seit Frühjahr 1982 Hilfsleistungen von seiten der Volksrepublik China, Nordkoreas und einiger westlicher Staa-

ten. Der sihanoukistische Widerstand ist von allen drei Gruppen am schlechtesten organisiert und ausgerüstet, obwohl seine Rekrutierungsmöglichkeiten unter der Bevölkerung am größten sein dürften. Die Sihanoukisten leiden nach wie vor an den Nachwirkungen des feindseligen Verhaltens des thailändischen Militärs bis in das Jahr 1981 hinein und an fehlender materieller Unterstützung von außen.

Am 22. Juni 1982 einigten sich die Roten Khmer, Son Sann und Norodom Sihanouk auf die Bildung einer gemeinsamen Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchéa (DK), um den Sitz des DK bei der UNO zu retten und die internationale Anerkennung des provietnamesischen Heng Samrin-Regimes zu verhindern. Mehr als zwei Jahre dauerten die Bemühungen der ASEAN-Staaten⁸⁾ und der Volksrepublik China, die drei ungleichen Gruppen zu diesem Zweckbündnis zu bewegen. Norodom Sihanouk und Son Sann hatten es nämlich bis zuletzt hartnäckig abgelehnt, mit jenen kambodschanischen Kommunisten zu kooperieren, die für den Tod von zwischen 0,5 und 1 Millionen Menschen in den Jahren von 1975 bis 1978 verantwortlich sind. Letztlich blieb den beiden nichtkommunistischen Gruppen im eigenen Interesse und im Interesse des kambodschanischen Unabhängigkeitskampfes nichts anderes übrig, als der Koalition zuzustimmen: Erstens war Vietnam auch 1982 zu keinem Kompromiß in der Kambodscha-Frage bereit, und zweitens machten der Westen und die Volksrepublik China jegliche Hilfsleistungen für Sihanouk und Son Sann von deren Bereitschaft abhängig, mit den Roten Khmer ein Bündnis einzugehen.

Das internationale Prestige des Prinzen Sihanouk rettete 1982 dem antivietnamesischen Widerstand nicht nur Sitz und Stimme bei den Vereinten Nationen, sondern brachte auch das bisher beste Abstimmungsergebnis für die Gegner der vietnamesischen Okkupation Kambodschas. Die 37. UN-Vollversammlung bestätigte im Oktober 1982 mit 90 zu 29 Stimmen bei 26 Enthaltungen den Sitz des DK bei der UNO. Für den vollständigen Abzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha sprachen sich — bei nur 23 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen — sogar 105 UNO-Mitgliedsstaaten aus (siehe auch die Tabellen 1 und 2).

In der Trockenzeit von Dezember 1982 bis April 1983 konnten die vietnamesischen

⁵⁾ FNLPK: Front National de Libération du Peuple Khmer. Am 9. 10. 1979 von dem früheren kambodschanischen Ministerpräsidenten Son Sann gegründete antikommunistische Organisation zum Kampf gegen die vietnamesische Besetzung Kambodschas. Politisches Führungsinstrument der Nationalen Streitkräfte zur Befreiung des Khmer-Volkes, die auf Initiative von Son Sann im März 1979 aus 5 verschiedenen Partisanengruppen gebildet wurden.

⁶⁾ FUNCINPEC: Front d'Union Nationale pour un Cambodge Indépendent, Neutre, Pacifique et Co-opérative (Nationale Einheitsfront für ein unabhängiges, neutrales, friedliches und genossenschaftliches Kambodscha).

Im März 1981 von Prinz Norodom Sihanouk gegründete Organisation.

⁷⁾ MOULINAKA: Mouvement de Libération Nationale du Kampuchéa (Nationale Befreiungsbewegung von Kambodscha). Im August 1979 ins Leben gerufen.

⁸⁾ ASEAN: Association of South East Asian Nations (Vereinigung südostasiatischer Staaten). 1967 von Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand gegründet.

Tabelle 1:

Abstimmungsergebnisse der UN-Vollversammlung in der Frage der Vertretung Kambodschas bei den Vereinten Nationen durch das Demokratische Kampuchea (DK)

	1979	1980	1981	1982
pro DK	71	74	79	90
gegen DK	35	35	36	29
Enthaltung	34	32	30	26

Tabelle 2:

Abstimmungsergebnisse der UN-Vollversammlung in der Frage des Abzugs aller ausländischen Truppen aus Kambodscha

	1979	1980	1981	1982
dafür	91	97	100	105
dagegen	21	23	25	23
Enthaltung	29	22	19	20

Truppen zwar größere militärische Erfolge gegen alle drei Widerstandsgruppen erzielen, doch haben diese heute wieder die Positionen eingenommen, die sie Ende der letzten Re-

genzeit besetzt hielten. Die FNLPK-Truppen Son Sanns konnten sogar größere Geländegevinne verbuchen. Obwohl die vietnamesischen Besatzungstruppen über 90% der kambodschanischen Bevölkerung und mit Ausnahme der kaum bevölkerten Bergregionen und der grenznahen Gebiete zu Thailand das gesamte Land mehr oder weniger unter Kontrolle haben, dürfte Vietnam nicht in der Lage sein, den Konflikt in und um Kambodscha allein und dauerhaft in seinem Sinne zu lösen. Gleiches gilt auch für alle anderen Konfliktparteien. Deshalb erscheint eine dauerhafte Konfliktlösung nur möglich als Kompromiß durch Zugeständnisse von allen Seiten. Bisher hat jedoch keiner der beiden Hauptbeteiligten, Vietnam und China, eine echte Kompromißbereitschaft erkennen lassen.

Ist angesichts derart düsterer Perspektiven ein Kompromiß überhaupt möglich? Und wenn ja, welcher? Um diese Fragen zu beantworten, ist es notwendig, die Entstehungsgeschichte dieses Konfliktes zu erhellen, die Ziele der Konfliktparteien zu analysieren und das bisherige Konfliktverhalten der Beteiligten in Rechnung zu stellen. Vor diesem Hintergrund kann dann der Versuch unternommen werden, Bedingungen und Perspektiven für eine dauerhafte Konfliktlösung aufzuzeigen.

II. Die Genesis des Kambodscha-Konfliktes

1. Vietnams Suche nach einer gesicherten Ernährungsbasis und die Annexion von Kampuchea Krom (17.—19. Jahrhundert)

Die Wurzeln des gegenwärtigen Konfliktes in und um Kambodscha liegen in der mehr als tausendjährigen Expansion Vietnams nach Süden, von der Kambodscha seit dem 17. Jahrhundert betroffen ist. Die Annexion von Kampuchea Krom, der späteren französischen Kolonie Cochinchina (heutiges Südvietsnam), durch Vietnam im 17. und 18. Jahrhundert bildete den Ausgangspunkt des kambodschanisch-vietnamesischen Konfliktes. Vor dem Hintergrund einer rasch wachsenden vietnamesischen Bevölkerung bei begrenzt vorhandenen landwirtschaftlichen Anbauflächen bildeten die großen potentiellen Reisanbaugelände im überaus fruchtbaren, dünnbesiedelten kambodschanischen Mekong-Delta den Hauptgrund für die vietnamesische Expansion in den Südzipfel der indochinesischen Halbinsel. Wie bedeutsam das Mekong-Delta für die Ernährung der vietnamesischen Bevölkerung war und ist, geht daraus hervor, daß

heute 43% der vietnamesischen Reisanbauflächen (auf 52% steigerungsfähig) im früheren Kampuchea Krom liegen.

Die Suche nach Reis bzw. Reisanbauflächen dürfte auch einen der Hauptgründe für die vietnamesische Expansion gegenüber Kambodscha im 19. und 20. Jahrhundert dargestellt haben. Kambodscha verfügt nämlich selbst nach dem Verlust des Mekong-Deltas pro Kopf seiner Bevölkerung über rund dreimal soviel an Reisanbaufläche wie Vietnam. Die Reiskammer Kambodscha zählt darüber hinaus mit dem riesigen, überaus fischreichen Tonle Sap („Süßwasser-See“) zu den bedeutendsten Protein-Produzenten Südostasiens.

Die kambodschanische Bevölkerung reagierte gegen die in Kampuchea Krom im 18. Jahrhundert etablierte vietnamesische Fremdherrschaft mit zahlreichen Erhebungen. Nach einer Rebellion der Khmer Krom im Jahre 1831 marschierten vietnamesische Truppen in Kambodscha ein und besetzten den weitaus größten Teil des Landes. Nachdem Vietnam und Thailand bereits seit 1706 mit wechseln-

dem Erfolg um die Oberherrschaft über Kambodscha gekämpft hatten, versuchte das vietnamesische Kaiserhaus nun, die Annexion Kambodschas mit Hilfe einer umfassenden Vietnamisierung der Khmer-Gesellschaft endgültig abzusichern. Die vietnamesischen Besatzer führten Vietnamesisch als Verwaltungssprache ein und stellten den Khmer-Gouverneuren einen vietnamesischen Aufpasser zur Seite, der de facto die Administration in den Händen hatte. Auch änderten die Vietnamesen — wie schon zuvor in Kampuchea Krom — die kambodschanischen Ortsnamen in vietnamesische um: Phnom Penh wurde z. B. zu Nam Vang⁹⁾. Ein Volksaufstand der Khmer und eine bewaffnete Intervention Thailands im Jahre 1845 ließen die vietnamesischen Großmachtträume jedoch platzen. Die Tatsache, daß die Vietnamesen in Kampuchea Krom und in Kambodscha alles unternommen hatten, um die Khmer ihrer administrativen Tradition, ihrer Gebräuche, ihrer Sprache und ihres Glaubens zu berauben, erzeugte einen kollektiven Haß der Khmer gegen alles Vietnamesische, der teilweise bis in die heutigen Tage andauert.

2. Die Verschärfung des kambodschanisch-vietnamesischen Konfliktpotentials durch die französische Kolonialpolitik (1863—1953)

Mit dem Eindringen des französischen Kolonialismus in die indochinesische Halbinsel in der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der vietnamesischen Expansion und der thailändisch-vietnamesischen Dominierung Kambodschas ein vorläufiges Ende gesetzt. Kambodscha wurde 1863 französisches Protektorat und 1887 zusammen mit den französischen Protektoraten Tongking, Annam und Laos sowie der französischen Kolonie Cochinchina in der „Union Indochinoise“, einem künstlich geschaffenen Kolonienverbund, zusammengeschlossen. Obwohl die französischen Kolonialherren damit Kambodscha vor dem Zugriff durch Vietnam und Thailand retteten, führten mindestens zwei ihrer Maßnahmen dazu, daß sich das im Verlauf der Annexion von Kampuchea Krom entstandene Konfliktpotential zwischen Vietnam und Kambodscha noch erheblich verschärfte:

— Die französischen Kolonialherren förderten die Ansiedlung von vietnamesischen Bauern, Fischern, Handwerkern, Arbeitern, Kaufleuten und Verwaltungsangestellten in Kambodscha und eröffneten den Vietnamesen den

Zugang zu gesellschaftlich höher bewerteten Berufen. Diese Maßnahmen waren zumindest objektiv dazu angetan, die Antagonismen zwischen Kambodschanern und Vietnamesen zu verstärken, indem dadurch das Superioritätsgefühl der Vietnamesen gegenüber den Kambodschanern verstärkt und der Inferioritätskomplex der Khmer und ihr Haß auf die Vietnamesen vergrößert wurden.

— Zwischen 1869 und 1942 trennten die Franzosen große Gebiete von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung von Kambodscha ab und übereigneten sie ihrer Kolonie Cochinchina bzw. dem französischen Protektorat Annam. Hierbei handelte es sich durchgehend um Regionen, die mehrheitlich von Khmer bewohnt und bewirtschaftet wurden. Nach dem Ende der französischen Kolonialherrschaft in Indochina wurden diese Gebiete jedoch nicht wieder an Kambodscha zurückgegeben, sondern gingen in vietnamesisches Territorium über. Die auf der Genfer Indochina-Konferenz im Jahre 1954 besiegelte Entkolonisierung Indochinas hatte Kambodscha zwar die Unabhängigkeit gebracht, die für Kambodscha ungünstige koloniale Grenzziehung jedoch nicht aufgehoben. Die kolonialen Grenzen waren zudem kartographisch schlecht definiert und an der Grenze ungenügend markiert worden, so daß allein darin künftige Grenzzwischenfälle angelegt waren. So ereigneten sich seit 1954 regelmäßig bewaffnete Grenzauseinandersetzungen zwischen Südvietnam und Kambodscha. Nach dem Sieg der Roten Khmer und der Eroberung Südvietnams durch die vietnamesischen Kommunisten im April 1975 setzten sich die Grenzzwischenfälle zwischen Kambodscha und Vietnam in erheblich verstärktem Maße fort. Ein wichtiger Grund hierfür waren vietnamesische Gebietsansprüche auf kambodschanisches Territorium, das noch 1970 von den vietnamesischen Kommunisten ausdrücklich als solches anerkannt worden war. Hauptsächlich aufgrund dieser vietnamesischen Territorialforderungen scheiterten alle folgenden Grenzverhandlungen zwischen dem Demokratischen Kampuchea und Vietnam.

3. Die Fortführung des traditionellen vietnamesischen Expansionsstrebens auf der indochinesischen Halbinsel durch die vietnamesischen Kommunisten (1930—1978)

Die dritte grundlegende Ursache des Konfliktes zwischen dem Demokratischen Kampuchea und der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) stellte — neben vietnamesi-

⁹⁾ Saigon (heutige „Ho Chi Minh-Stadt“) hieß zum Beispiel vor der vietnamesischen Annexion von Kampuchea Krom „Prey Nokor“.

schen Gebietsansprüchen auf kambodschanisches Territorium — die Forderung der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV)¹⁰⁾ dar, mit der Kommunistischen Partei Kampuchéas und dem von ihr geführten Demokratischen Kampuchéa in „besondere Beziehungen“ zu treten.

Konkreter Ausdruck der von Vietnam gewünschten „besonderen Beziehungen“ ist der von Hanoi und dem pro-vietnamesischen Heng-Samrin-Regime am 18. Februar 1979 unterzeichnete kambodschanisch-vietnamesische „Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit“. Dieser für die Dauer von 25 Jahren gültige Vertrag sieht „immerwährende gemeinsame Verteidigungs- und Aufbauaktivitäten“ vor und legitimiert im nachhinein die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kambodscha. Ziel des Vertragswerkes ist es, „die militante Solidarität und brüderliche Freundschaft zwischen dem kambodschanischen, dem laotischen und dem vietnamesischen Volk zu stärken und die Beziehungen mit den sozialistischen Ländern auszubauen“. Nachdem die Sozialistische Republik Vietnam bereits am 18. Juli 1977 mit Laos einen ähnlichen Vertrag abgeschlossen hatte, war mit der Unterzeichnung des kambodschanisch-vietnamesischen Freundschaftsvertrages das alte Ziel der Kommunistischen Partei Indochinas *faktisch* erreicht: die Schaffung einer von Vietnam dominierten „Indochinesischen Föderation“.

Die vietnamesischen Kommunisten begründen die „besonderen Beziehungen“ zu Laos und Kambodscha, die die Führungsrolle Vietnams in Indochina implizieren, u. a. mit angeblichen „historischen und geographischen Bindungen“ zwischen den drei Völkern. 1980 wurde von vietnamesischer Seite die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigung gegen die „chinesische Bedrohung“ als weitere Begründung für das — wie es nun schon heißt — „Sonderbündnis“ zwischen Vietnam, Laos und Kambodscha genannt. Nach Ansicht der Vietnamesen besteht das „besondere Verhältnis zwischen Vietnam und Kambodscha“ bereits „seit unvordenklichen Zeiten“, und die „besonderen Beziehungen mit der Kommunistischen Partei und dem Volk von Kambodscha“ werden von der KPV seit ihrer Gründung im Jahre 1930 als „eine geheiligte Sache“ angesehen.

¹⁰⁾ Kommunistische Partei Vietnams (KPV): Januar/Februar 1930 gegründet. Oktober 1930 in Kommunistische Partei Indochinas (KPIC) umbenannt. Februar 1951 in Partei der Werktätigen Vietnams (PWV) umbenannt. Dezember 1976 in KPV zurückbenannt.

In der Tat haben zwischen den vietnamesischen und kambodschanischen *Kommunisten* eine sehr lange Zeit hindurch „besondere Beziehungen“ bestanden, insofern die kommunistische Bewegung Kambodschas nicht in Kambodscha geboren, sondern von vietnamesischen Kommunisten in das Land getragen wurde. Die 1951 gegründete kommunistische Revolutionäre Volkspartei von Kampuchéa rekrutierte sich in den ersten Jahren ihrer Existenz fast ausschließlich aus in Kambodscha lebenden Vietnamesen und war bis Anfang der sechziger Jahre völlig von der vietnamesischen Mutterpartei abhängig.

Vor 1951 hatte es auf der indochinesischen Halbinsel an kommunistischen Parteiorganisationen lediglich die Kommunistische Partei Indochinas gegeben, die im Oktober 1930 aus der Kommunistischen Partei Vietnams hervorgegangen war. Nach dem Willen der Kommunistischen Internationale sollte die Kommunistische Partei Indochinas „die einzige kommunistische Organisation in Indochina sein“. Obwohl der Kommunistischen Partei Indochinas auch lange Zeit nach ihrer Gründung keine Laoten und Kambodschaner angehörten, bezeichnete es die Partei in den folgenden Jahren als ihr Ziel, einen kommunistischen Staatenbund *Indochina* zu errichten.

Das Ziel der vietnamesischen Kommunisten, nämlich die Etablierung einer Indochinesischen Föderation, blieb auch nach der Auflösung der KP Indochinas und der Gründung von drei nationalen kommunistischen Parteien in Vietnam, Laos und Kambodscha im Jahre 1951 bestehen. So sah das im Februar 1951 angenommene Programm der Partei der Werktätigen Vietnams (PWV) vor, „eine unabhängige, freie, starke und blühende Föderation der Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha“ zu schaffen. Nur einen Monat später verkündete Ho Chi Minh als PWV-Vorsitzender: „Wir werden bald die große Union von Vietnam-Laos-Kambodscha verwirklichen.“ Und im Oktober 1951 setzte das Zentralkomitee der PWV ein parteiinternes Dokument in Umlauf, in dem es u. a. hieß: „Später, wenn die Umstände es erlauben, werden die drei revolutionären Parteien von Vietnam, Kambodscha und Laos zu einer einzigen Partei wiedervereinigt.“

Nach dem Scheitern ihrer Einigungsvorstellungen für Indochina auf der Genfer Konferenz von 1954 konzentrierten sich die vietnamesischen Kommunisten zunächst auf die Wiedervereinigung Vietnams. Doch nach der am 2. Juli 1976 erfolgten Wiedervereinigung setzten die vietnamesischen Kommunisten auf ihrem IV. Parteitag im Dezember 1976 ihr

Einigungskonzept für Indochina wieder auf die politische Tagesordnung: Der Parteitag beschloß, „die besonderen Beziehungen zwischen dem vietnamesischen Volk und den Völkern von Laos und Kampuchea zu wahren und weiterzuentwickeln“. In der Folge forderte Vietnam das Demokratische Kampuchea mehrfach auf, die „besonderen Beziehungen“ mit der Sozialistischen Republik Vietnam zu „wahren“, zu „verteidigen“ und „weiterzuentwickeln“, was von der Kommunistischen Partei Kampuchreas unter Pol Pot strikt abgelehnt wurde. Um Grenz- bzw. Territorialfragen scheint es daher in der Auseinandersetzung zwischen Vietnam und Kambodscha ab 1977 nur noch am Rande gegangen zu sein. Nach dem IV. Parteitag der KPV war der Hauptstreitpunkt zwischen Vietnam und Kambodscha offenbar der, daß Vietnam „besondere Beziehungen“ zu Kambodscha etablieren wollte, während das Demokratische Kampuchea dies strikt zurückwies.

Auf die vietnamesischen Dominierungswünsche reagierten die Roten Khmer in den seit Frühjahr 1977 eskalierenden Grenzauseinandersetzungen z.T. mit jener Brutalität, die sie auch gegenüber dem innenpolitischen Gegner anwandten. Diese Grenzzwischenfälle konnten jedoch keine Bedrohung der Sicherheit Vietnams darstellen, zumal die kambodschanische Armee weder über eine Panzertruppe noch über eine Luftwaffe verfügte und zahlenmäßig nur etwas mehr als 10% der vietnamesischen Streitkräfte ausmachte.

Als die vietnamesischen Kommunisten erkannten, daß die KPK zu „besonderen Beziehungen“ mit Vietnam und damit zu einer Beendigung ihrer engen Bindungen an die Volksrepublik China nicht bereit war, unternahmen sie alles, um eine Konsolidierung der Herrschaft der Roten Khmer in Kambodscha zu verhindern. Die KPV befürchtete offenbar, daß die promaoistische Ausrichtung der KPK-Führung und ihre zunehmende Abhängigkeit von der Volksrepublik China das Demokratische Kampuchea zu einem festen chinesischen Bündnispartner machen würde, wodurch nicht nur der vietnamesische Plan einer Dominierung Indochinas durchkreuzt, sondern auch die Gefahr einer Einkreisung Vietnams durch China bzw. prochinesische Staaten erheblich vergrößert worden wäre. Die prochinesische Ausrichtung der KPK beeinträchtigte die Sicherheit Vietnams jedoch nur insofern, als Vietnam seine Hegemoniebestrebungen gegenüber Kambodscha nicht auf friedlichem Wege (wie in Laos) und nur gegen den entschiedensten Widerstand der Volksrepublik China durchsetzen konnte.

Tatsächlich wurde Vietnams Sicherheit von seiten Chinas erst *nach* der vietnamesischen Invasion Kambodschas bedroht und nicht vorher. Vietnam brachte sich durch die Besetzung von Kambodscha also selbst in die heutige Lage seiner Bedrohung durch China.

Nachdem es den vietnamesischen Kommunisten nicht gelungen war, durch Unterstützung von Putschversuchen pro-vietnamesischer Kräfte und durch die Teilbesetzung Kambodschas um die Jahreswende 1977/78 das Pol-Pot-Regime zu stürzen, faßten sie im Frühjahr 1978 den Entschluß, Kambodscha vollständig zu erobern und die DK-Führung durch eine pro-vietnamesische Regierung zu ersetzen. Am 25. Dezember 1978 marschierten rund 120000 vietnamesische Soldaten in Kambodscha ein. Am 7. Januar 1979 eroberten sie die kambodschanische Hauptstadt Phnom Penh, stürzten das Pol-Pot-Regime und setzten am 8. Januar eine pro-vietnamesische Regierung unter Heng Samrin ein.

4. Die Internationalisierung des Kambodscha-Konflikts (1978—1983)

War der Konflikt zwischen dem DK und der Sozialistischen Republik Vietnam in den Jahren von 1975 bis 1977 zunächst noch eine bilaterale Angelegenheit, so wurde er ab 1978 zunehmend internationalisiert. Den Wendepunkt stellte im Frühjahr 1978 die vietnamesische Entscheidung dar, direkt in Kambodscha zu intervenieren und das Pol-Pot-Regime durch eine pro-vietnamesische Regierung zu ersetzen. Vietnam konnte dieses strategische Ziel nur mit Hilfe massiver materieller und politischer Unterstützung von seiten der Sowjetunion erreichen — kein anderer Staat wäre hierzu bereit gewesen. Im Gegenteil: Nachdem die Volksrepublik China erkannt hatte, daß Vietnam bereit war, die Dominierung Kambodschas notfalls auch mit militärischen Mitteln zu erreichen, verschlechterten sich die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen im Verlauf des Jahres 1978 dramatisch. Während die Volksrepublik China mit umfangreicher Militärhilfe die Verteidigungsbereitschaft Kambodschas zu erhöhen versuchte, schloß sich Vietnam immer mehr dem Ostblock an und trat Ende Juni 1978 dem COMECON bei. Nachdem Vietnam am 3. November 1978 mit der UdSSR einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit“ geschlossen und zwei Monate später Kambodscha erobert hatte, erreichte der sino-vietnamesische Konflikt einen vorläufigen Höhepunkt: Vom 17. Februar bis 19. März 1979 unternahmen rund 150000 chinesische Soldaten einen „Straffeldzug“ gegen Vietnam, um dem

schaft über Kambodscha durch die anderen Konfliktparteien hinaus:

— Beibehaltung der engen, einseitigen Bindungen von Kambodscha an Vietnam innerhalb des indochinesischen „Sonderbündnisses“,

— Beibehaltung des bestehenden sozialistischen Gesellschaftssystems in Kambodscha und

— Beibehaltung der gegenwärtigen kambodschanischen Regierung unter Heng Samrin¹¹⁾.

Erst wenn diese drei Bedingungen Vietnams von den ASEAN-Staaten und China anerkannt und respektiert werden, ist Vietnam erklärtermaßen zu einem vollständigen Truppenrückzug aus Kambodscha bereit. Da sich die vietnamesische Führung darüber im klaren ist, daß China diese Bedingungen sehr wahrscheinlich niemals akzeptieren wird, laufen die drei vietnamesischen *Conditio sine qua non de facto* auf eine dauerhafte militärische Besetzung Kambodschas durch Vietnam hinaus. Sie bedeuten jedoch auch einen permanenten Konflikt mit China. In Hanoi ist man allerdings der Ansicht, daß diese Auseinandersetzung mit Hilfe des Sowjetblocks durchgestanden werden kann. Außerdem rechnet die vietnamesische Führung anscheinend längerfristig mit einer internationalen Isolierung Chinas in der Kambodscha-Frage. Vietnam spekuliert nämlich darauf, daß die ASEAN auf Dauer ihren harten Kurs gegenüber Vietnam nicht durchhalten wird und daß in der Folge die Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten die von Vietnam in Kambodscha geschaffenen „Realitäten“ anerkennen wird. Unter Hinweis auf die langfristige Bedrohung Südostasiens durch China versucht Vietnam seit längerem, einen Keil zwischen die ASEAN-Staaten zu treiben. Außerdem werben die Vietnamesen bei ihren nichtkommunistischen Nachbarn um die Anerkennung der drei Staaten Indochinas als Regionalbündnis und fordern die ASEAN hartnäckig zur „friedlichen Koexistenz“ mit dem von Vietnam beherrschten Indochina-Block auf — eine Formel, die ebenfalls auf die Akzeptierung der von Vietnam in Kambodscha geschaffenen Verhältnisse hinausläuft.

Die *Volksrepublik China* verfolgt das Ziel, die vietnamesische Oberherrschaft über Kambo-

dscha und Laos zu beseitigen und die Sowjetunion aus der Region zurückzudrängen. Die bisherige Politik Chinas im Kambodscha-Konflikt lief darauf hinaus, die Roten Khmer in Phnom Penh wieder an die Macht zu bringen. Auch die riesigen Gebietsansprüche der Volksrepublik China im Südchinesischen Meer, die bis rund 100 km vor die malayische Küste reichen (vom chinesischen Festland jedoch 1 840 km Luftlinie entfernt sind!), weisen darauf hin, daß China langfristig beabsichtigt, Südostasien als chinesisches Einflußgebiet zu restituieren.

Ebenso wie Vietnam sucht China im Kambodscha-Konflikt die Entscheidung auf dem Schlachtfeld. Hinsichtlich seiner Kompromißlosigkeit und Ausdauer weist es ein nahezu identisches Konfliktverhalten wie Vietnam auf. Der vollständige Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha ist die grundlegende Bedingung der Volksrepublik China für eine Beilegung des Konflikts. China dürfte jeder Konfliktlösung seine Zustimmung verweigern, die die Aufrechterhaltung einer irgendwie gearteten vietnamesischen Kontrolle von Kambodscha beinhaltet.

Die *UdSSR*, deren Interessen in Südostasien mehr von globalen Gesichtspunkten bestimmt werden, ist bisher der eigentliche Gewinner des Kambodscha-Konflikts. Für ihre Unterstützung Vietnams erhielt die Sowjetunion u. a. die Möglichkeit, den von den USA während des Vietnamkriegs angelegten Flottenstützpunkt und Militärflughafen Cam Ranh als Auftank- und Reparaturbasis für die sowjetische Pazifik-Flotte zu benutzen. Damit hat die sowjetische Flotte zum ersten Mal einen ganzjährig eisfreien Zugang zum Pazifik und zum Süd- und Ostchinesischen Meer. Außerdem ist die sowjetische Pazifik-Flotte dadurch in die Lage versetzt worden, ohne größere logistische Probleme den Indischen Ozean zu erreichen und die Meerengen von Malakka, Sunda und Lombok zu überwachen, durch die rund 50 % des Erdöls und 80 % der strategisch wichtigen Rohstoffe für die kapitalistischen Staaten transportiert werden. Neben der weiteren Zurückdrängung des chinesischen und amerikanischen Einflusses im südostasiatischen Raum ist es daher das Ziel der Sowjetunion, diese bedeutenden globalstrategischen Zugewinne zu festigen und auszubauen. Um hierbei nicht nur von den auf ihrer Unabhängigkeit bestehenden Vietnamesen abhängig zu sein, versucht die UdSSR, ihre Beziehungen vor allem mit Kambodscha zu intensivieren, um dort die Häfen von Kompung Som und Ream auch für ihre eigenen militärischen Zwecke auszubauen.

¹¹⁾ Siehe u. a. die Äußerungen des vietnamesischen Außenministers Nguyen Co Thach in: Bangkok Post vom 23. 5. 1980; Le Monde vom 7. 1. 1983; vgl. den Leitartikel vom 10. Mai 1983 in: Vietnam Courier (Hanoi), Juni 1983, S. 1—2 (Kernsatz: „Our position is that Kampuchea's internal affairs should not be interfered with.“).

Bei den Bemühungen um eine Konfliktlösung dürfte sich die UdSSR eng an die vietnamesische Position halten, um die eigenwilligen Vietnamesen nicht zu provozieren und die militärischen Nutzungsrechte für Cam Ranh nicht zu gefährden. An einer Konfliktlösung, die die einseitige Abhängigkeit Vietnams von der Sowjetunion aufheben würde, kann die UdSSR jedoch nicht interessiert sein, denn es ist die Abhängigkeit Vietnams von der UdSSR, die Vietnam zwingt, der Sowjetunion Nutzungsrechte für militärstrategisch nutzbare Einrichtungen einzuräumen. Auch deshalb wird die Sowjetunion versuchen, eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Vietnam und den USA sowie zwischen Vietnam und China zu verhindern. Da zumindest letzteres nur bei einem vietnamesischen Rückzug aus Kambodscha möglich wäre, dürfte die Sowjetunion sehr daran interessiert sein, daß vietnamesische Truppen auch in Zukunft Kambodscha besetzt halten. Die UdSSR profitiert nämlich wie kein anderes Land vom gegenwärtigen Status quo des Kambodscha-Konflikts, und selbst der erhebliche finanzielle Aufwand für die sowjetische Vietnam-Hilfe dürfte durch die dadurch erzielten globalstrategischen Zugewinne mehr als ausgeglichen werden.

Das Ziel der ASEAN-Staaten besteht in dem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha und in der Wiederherstellung Kambodschas als neutraler Pufferstaat zwischen Thailand und Vietnam. Im Gegensatz zu China und Vietnam streben die ASEAN-Staaten einen politischen Kompromiß zur Lösung des Kambodscha-Konflikts an (vgl. hierzu den folgenden Abschnitt „Bisherige Lösungsvorschläge“). Im Falle eines Abzugs der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha und einer Aufkündigung des vietnamesisch-sowjetischen Bündnisses durch Vietnam wären die ASEAN-Staaten bereit, eng mit Vietnam, Laos und Kambodscha zusammenzuarbeiten, um die Region gegen Interventionen der Großmächte zu verteidigen, d. h. auch gegen China.

Allerdings gibt es sowohl zwischen als auch innerhalb der einzelnen ASEAN-Mitgliedsländer durchaus unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich einer Beilegung des Kambodscha-Konflikts. Während Thailand als Frontstaat den härtesten Standpunkt gegenüber Vietnam einnimmt, ist das gegenüber China zutiefst mißtrauische Indonesien am ehesten zu Zugeständnissen an Vietnam bereit. Ein wichtiger Grund hierfür ist, daß Thailand im vietnamesisch-sowjetischen Bündnis die Hauptbedrohung für Südostasien sieht, wäh-

rend Indonesien die Volksrepublik China als Hauptgefahr für die Region perzipiert. Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der nichtkommunistischen Staaten Südostasiens im Rahmen der ASEAN dürfte jedoch auch in Zukunft Indonesien daran hindern, in der Kambodscha-Frage eigene Wege zu gehen.

Eine besondere Zielsetzung der USA im Kambodscha-Konflikt scheint es nicht zu geben. Die amerikanische Indochinapolitik ist bisher nämlich weitgehend der amerikanischen Chinapolitik untergeordnet worden, d. h., die USA haben alles unterlassen, was die ohnehin gespannten sino-amerikanischen Beziehungen noch weiter belasten könnte. Im Rahmen ihrer globalen Zielsetzung dürften die USA vor allem an einer Zurückdrängung der sowjetischen Präsenz auf dem südostasiatischen Festland interessiert sein. Die USA wären wahrscheinlich sogar in der Lage, die engen Beziehungen zwischen Vietnam und der UdSSR aufzulockern, wenn sie die vietnamesische Oberherrschaft über Kambodscha und Laos anerkennen würden und sich zur Vergabe der ursprünglich zugesagten großzügigen Hilfe für Vietnam bereit erklärten. Dies widerspräche jedoch der Interessenlage der Volksrepublik China und damit auch der gegenwärtigen amerikanischen Chinapolitik. In der letzten Zeit haben sich die USA zumindest verbal wieder stärker hinter den Standpunkt der ASEAN in der Kambodscha-Frage gestellt und begonnen, die nichtkommunistischen Widerstandskräfte unter Son Sann materiell zu unterstützen.

Die *kambodschanischen Konfliktparteien* werden hier an letzter Stelle genannt, weil ihre Bedeutung für eine Konfliktlösung vergleichsweise gering sein dürfte. Mittlerweile ist der ursprünglich hausgemachte kambodschanisch-vietnamesische Konflikt nämlich zu einer Auseinandersetzung geworden, die weitgehend von den vorgenannten ausländischen Konfliktparteien bestimmt wird. Mit Ausnahme von Vietnam sind die äußeren Konfliktparteien nicht direkt an den Auseinandersetzungen in Kambodscha beteiligt, sondern sie unterstützen jene kambodschanischen Gruppen, die ihren Interessen am nächsten kommen. So stehen die kambodschanischen Konfliktparteien — mit Ausnahme von Norodom Sihanouk — auch (aber nicht nur) für die Ziele der sie unterstützenden ausländischen Konfliktparteien: die RVPK von Heng Samrin für Vietnam und die UdSSR, die Roten Khmer für die Volksrepublik China und die FNLPK von Son Sann für die

ASEAN-Staaten und den Westen. Wie Vietnam bzw. China suchen sowohl die Gruppe von Heng Samrin als auch die Roten Khmer eine Entscheidung auf dem Schlachtfeld, während Son Sann und Norodom Sihanouk die Notwendigkeit eines politischen Kompromisses mit Vietnam betonen, um den Krieg in Kambodscha und die Leiden der Bevölkerung endlich zu beenden. Die von allen Konfliktparteien propagandistisch beschworenen,

aber de facto kaum berücksichtigten *Interessen des kambodschanischen Volkes* dürften vor allem in den Forderungen nach Frieden, persönlicher Freiheit bzw. Schutz vor den Roten Khmer und nach nationaler Unabhängigkeit zum Ausdruck kommen. Bei der großen Mehrheit des Volkes scheint die Angst vor den Roten Khmer nach wie vor größer als die Unzufriedenheit über die vietnamesische Besatzung.

IV. Bisherige Lösungsvorschläge

Weder Vietnam noch die Volksrepublik China haben bisher kompromißfähige Vorschläge zur Lösung des Kambodscha-Konflikts vorgelegt. Während die vietnamesischen Initiativen allesamt auf die Konsolidierung der Regierung Heng Samrin und die vietnamesische Dominierung Kambodschas hinausliefen, zielten die chinesischen Vorschläge letztlich darauf ab, die Roten Khmer wieder an die Macht zu bringen.

Der — zumindest theoretisch — kompromißfähigste Lösungsvorschlag wurde von den ASEAN-Staaten auf ihrer Außenministertagung in Manila vom 17. bis 18. Juni 1981 ausgearbeitet. Unter anderem sah er folgende sechs zentrale Punkte vor:

1. Abzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha unter der Aufsicht der UNO.
2. Entsendung einer UNO-Friedenstruppe nach Kambodscha zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung.
3. Entwaffnung *aller* Khmer-Gruppierungen sofort nach Abzug aller ausländischen Truppen.
4. Bildung einer kambodschanischen Interimsregierung bis zur Inkraftsetzung des Ergebnisses freier Wahlen in Kambodscha.
5. Abhaltung freier, geheimer Wahlen (unter Beteiligung aller politischen Gruppierungen) zu einer kambodschanischen Nationalversammlung unter Aufsicht der UNO.
6. Garantien der direkten und indirekten Konfliktparteien, daß Kambodscha in Zukunft keine feindliche Politik gegenüber seinen Nachbarn verfolgen wird.

Dieser Lösungsvorschlag der ASEAN-Staaten, der in seinem Kerngehalt identisch war mit der von Prinz Norodom Sihanouk seit Mitte 1979 geforderten Neutralisierung Kambodschas, sah praktisch das militärische und

politische Ende der Roten Khmer vor, denn die entwaffneten Guerillas Pol Pots hätten bei wirklich freien Wahlen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht die Spur einer Chance auf einen Wahlerfolg. Mit dem Ende der Roten Khmer wäre die grundlegende Bedingung für einen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha erfüllt, wenn die Interessen Vietnams in Kambodscha *tatsächlich* — wie es vorgibt — rein defensiver Natur (Verteidigung gegen „die chinesische Bedrohung“) sind. Darüber hinaus wurden die nationalen Sicherheitsinteressen Vietnams in Punkt sechs der ASEAN-Initiative berücksichtigt.

Die ASEAN-Staaten legten diesen Lösungsvorschlag auf der Internationalen Kambodscha-Konferenz der UNO vor, die vom 13. bis 17. Juli 1981 in New York stattfand. Vietnam und die es unterstützenden Ostblockstaaten verweigerten jedoch ihre Teilnahme, weil sie die Konferenz als eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampuchéas“ (d. h. der VRK) ablehnten. Daraufhin zeigte sich auch die Volksrepublik China wenig kompromißbereit und lehnte auf der Konferenz die Entwaffnung der Roten Khmer, die Bildung einer kambodschanischen Interimsregierung und die Stationierung einer UNO-Friedenstruppe in Kambodscha als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Demokratischen Kampuchéa“ (d. h. der Roten Khmer) ab. Da sich die USA überraschenderweise auf die Seite der Volksrepublik China stellten, gelang es den ASEAN-Staaten nicht, ihren von der EG unterstützten 6-Punkte-Vorschlag durchzusetzen. Als Kompromiß einigten sich die Teilnehmer der Kambodscha-Konferenz auf eine Abschlusserklärung, in der zu Verhandlungen über eine „umfassende politische Lösung des Kambodscha-Problems“ aufgerufen wurde. Den Hauptverhandlungsgegenstand sollten folgende vier Punkte darstellen:

1. Waffenstillstand zwischen allen Konfliktparteien in Kambodscha und Abzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha unter Aufsicht der UNO.

2. „Angemessene Vorkehrungen“, die gewährleisten sollen, daß die verschiedenen bewaffneten Gruppierungen in Kambodscha

— den Ablauf freier Wahlen nicht be- oder sogar verhindern können,

— während des Wahlvorgangs das Volk weder einschüchtern noch bedrohen können und

— das Ergebnis freier Wahlen anerkennen.

3. „Angemessene Maßnahmen“, die nach dem Abzug der ausländischen Truppen aus Kambodscha, während der freien Wahlen und bis zur Etablierung einer neuer Regierung die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung in Kambodscha gewährleisten.

4. Abhaltung von freien Wahlen unter Aufsicht der UNO, an denen alle Kambodschaner teilnehmen können.

Obwohl die Abschlusserklärung der Internationalen Kambodscha-Konferenz der UNO hinter dem 6-Punkte-Vorschlag der ASEAN zurückblieb, bot sie Vietnam nicht nur genügend Verhandlungsspielraum („Angemessene Maßnahmen“), sondern berücksichtigte auch die nationalen Sicherheitsinteressen Vietnams, da sie zusätzlich die Neutralisierung Kambodschas mit Hilfe internationaler Garantieerklärungen vorsah. Die Sozialistische Republik Vietnam lehnte das UNO-Verhandlungsangebot jedoch ebenso ab wie alle bisherigen Kambodscha-Resolutionen der UN-Vollversammlung.

Rigoros abgelehnt wurde von Vietnam auch der Vorschlag des rumänischen Staatspräsidenten Ceaucescu vom Herbst 1982, eine Koalitionsregierung der nationalen Aussöhnung zwischen *allen* politischen Gruppierungen Kambodschas zu bilden. Auch die Roten Khmer wiesen den Vorschlag einer Viererkoalition unter Einschluß der Gruppe um Heng Samrin zurück — ein Indiz für ihren nach wie vor bestehenden absoluten Herrschaftsanspruch.

V. Bedingungen und Perspektiven für eine dauerhafte Konfliktlösung

Seit Beginn des 18. Jahrhunderts ist es immer dann zu schweren Konflikten in und um Kambodscha gekommen, wenn die politische Führung des Landes ein einseitiges außenpolitisches Bündnis einging oder wenn die kambodschanische Elite in antagonistische Fraktionen zerfiel, die ihre Rivalität um die politische Macht mit Hilfe ausländischer Mächte ausfochten. Eine dauerhafte Lösung des Konflikts kann daher nur durch eine strikte Neutralisierung des Landes mit internationalen Garantien und durch eine Aussöhnung zwischen allen Gruppen der kambodschanischen Elite erreicht werden.

Abgesehen davon, daß eine Aussöhnung zwischen allen Gruppen der kambodschanischen Elite aufgrund der Greuelthaten der Roten Khmer kaum denkbar erscheint (es sei denn, die Roten Khmer entledigen sich — wie die KP Chinas im Oktober 1976 — in einer Art Selbstreinigungsprozeß ihrer ärgsten Führer), lehnen die vietnamesischen Kommunisten eine Neutralisierung Kambodschas strikt ab¹²⁾, weil sie vom letztendlichen Erfolg ihrer Kambodscha-Politik überzeugt sind. Doch

selbst wenn es *kurzfristig* durchaus möglich erscheint, daß Vietnam seine Position in Kambodscha konsolidiert, ist es kaum vorstellbar, daß Vietnam *langfristig* in der Lage ist, mit China und Thailand in einem kriegsähnlichen Zustand zu leben. Zumindest China scheint fest entschlossen, den verdeckten Vierfrontenkrieg gegen Vietnam an der chinesisch-vietnamesischen Grenze sowie in Kambodscha, Laos und in Südvietnam solange fortzusetzen, bis Vietnam Kompromißbereitschaft in der Kambodscha-Frage zeigt. Dies kann Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte dauern, denn die Volksrepublik China dürfte sich niemals mit einer wie auch immer gearteten vietnamesischen Kontrolle von Kambodscha abfinden.

Angesichts der durchaus realen Aussicht eines permanenten Konflikts in und um Kambodscha erscheint eine dauerhafte Konfliktlösung nur möglich als Kompromiß durch Zugeständnisse von *allen* Seiten. Hierfür müßten sowohl Vietnam als auch die Volksrepublik China von ihren Maximalzielen abgehen. Anhand der Minimalziele der Konfliktparteien lassen sich drei grundlegende Bedingungen für eine Kompromißlösung herausarbeiten:

¹²⁾ Siehe u. a. die Äußerungen von Nguyen Co Thach in: The Guardian (Rangoon) vom 25. 7. 1983.

1. Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha (vietnamesisches Zugeständnis).
2. Neutralisierung Kambodschas mit entsprechenden Garantieerklärungen aller unmittelbar und mittelbar an dem Kambodscha-Konflikt beteiligten Parteien (chinesisches und vietnamesisches Zugeständnis).
3. Ergreifung von Maßnahmen, die eine erneute Machtergreifung der Roten Khmer verhindern (chinesisches Zugeständnis).

Gegenwärtig lehnt Vietnam sowohl einen Truppenabzug als auch eine Neutralisierung von Kambodscha ab. Während die Volksrepublik China einer Neutralisierung zustimmen würde, weist sie ein Fallenlassen der Roten Khmer strikt zurück. Einer Neutralisierung Kambodschas *und* dem politischen Ende der Roten Khmer würden jedoch die ASEAN-Staaten und viele andere westliche Länder zustimmen, wenn Vietnam seinerseits bereit wäre, seine Truppen aus Kambodscha abziehen.

Bei allen denkbaren Kompromißmöglichkeiten zur Lösung des Kambodscha-Konflikts ist die vietnamesische Haltung der Dreh- und Angelpunkt. Wenn Vietnam erkennt, daß es seine Maximalziele nicht erreichen kann, und als Folge dieser Erkenntnis zu einem Kompromiß bereit sein sollte, muß es als Verursacher des gegenwärtigen Konflikts mit Zugeständnissen den Anfang machen. Ob die gegenwärtige vietnamesische Führung hierzu in der Lage ist, muß ernsthaft in Zweifel gezogen

werden: Erstens ist sie sieggewohnt und deshalb vom letztendlichen Erfolg ihrer Kambodscha-Politik überzeugt, zweitens denkt und handelt sie vornehmlich militärisch, und drittens muß sie bei einem Abzug aus Kambodscha die Kritik jener internen Kräfte fürchten, die die Besetzung Kambodschas von Beginn an für einen Fehler gehalten haben.

So stehen die Chancen für eine dauerhafte Lösung des Kambodscha-Konflikts nach wie vor ausgesprochen schlecht. Nichtsdestotrotz könnten die ASEAN-Staaten ihren auf der Manila-Konferenz im Juni 1981 erarbeiteten Lösungsvorschlag wiederbeleben und erneut als Gegenstand von Verhandlungen in die Kambodscha-Debatte einbringen. Dieser Vorschlag stellt in der Tat „eine ausgezeichnete Grundlage“¹³⁾ für eine umfassende politische Lösung des Konflikts in und um Kambodscha dar, da er u. a. auch die nationalen Sicherheitsinteressen Vietnams voll berücksichtigt. Seine Revitalisierung würde sowohl Vietnam als auch China in Zugzwang setzen und zumindest erneut deutlich machen, wer die Permanenz des Kambodscha-Konflikts zu verantworten hat.

¹³⁾ So der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei der UNO, Günter van Well, in seiner Erklärung auf der Internationalen Kambodscha-Konferenz der Vereinten Nationen in New York am 15. Juli 1981, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1981/Nr. 69 vom 22. 7. 1981, S. 584.

Gottfried-Karl Kindermann: Die Teilstaaten Koreas im Weltgeschehen des letzten Jahrzehnts

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/83, S. 3—19

Der vorliegende Beitrag skizziert die spannungsreiche Konstellation des Verhältnisses der beiden koreanischen Teilstaaten zueinander im Rahmen ihrer Beziehungen zu den vier Korea geostrategisch umlagernden Großmächten: den Vereinigten Staaten von Amerika, der VR China, der Sowjetunion und Japan. Die historischen Traumata der Koreaner, die in ihrer modernen Geschichte immer wieder unverschuldet zwischen die Mühlen der Großmachtrivalitäten gerieten, wie auch des Koreakrieges mit zwei erfolglosen Versuchen der bewaffneten Wiedervereinigung, 3 Millionen Toten und einer Rückkehr zum Status quo an seinem Ende, verweisen auf vitale Vergangenheitsbezüge der koreanischen Gegenwart.

Das dramatische Ringen zwischen Autokratie und Demokratie im wirtschaftspolitisch erfolgreichen Südkorea wird ebenso berührt wie die besonderen Aspekte des nordkoreanischen Kommunismus mitsamt der Dschutsche-Philosophie, einer von Kim Il Sung geschaffenen und im Westen zu wenig bekannten Kommunismus-Variante, in der die Nordkoreaner den bisherigen Gipfelpunkt der marxistischen Geistesgeschichte sehen.

Einer Schilderung der Entstehung und der Hauptpositionen des seit kurzem abgebrochenen innerkoreanischen Nord-Süd-Dialoges folgt eine Herausarbeitung wesentlicher Momente gegenwärtiger Beziehungen der koreanischen Teilstaaten zu den vier Großmächten des ostasiatisch-pazifischen Raumes unter Berücksichtigung der Konflikte und Entsprechungen ihrer jeweiligen außenpolitischen Interessenlagen. Zwar hebt der Schlußteil das vorläufig analoge Interesse der Großmächte an der Erhaltung des Status quo in Korea hervor, doch verweist er zugleich auf die Fortdauer des Spannungszustandes und der gesellschaftlich-systemischen Auseinanderentwicklung des unverschuldet geteilten Landes.

Der Verfasser gehört zu den wenigen Westeuropäern, denen es im Laufe der Jahre gelungen ist, Arbeitskontakte nicht nur zu Südkorea, sondern gleichzeitig auch zu Nordkorea herzustellen. Seine Darstellung beruht teilweise auch auf Eindrücken dieser Direktkontakte in beiden koreanischen Landesteilen.

Oskar Weggel: Vietnam: Die historische Chance vertan?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/83, S. 20—32

Nach seinem triumphalen Sieg im Jahre 1975 stand Nordvietnam vor drei heiklen Fragen (Wiedervereinigung? Sozialisierung im Süden? „Indochina-Sonderbeziehungen“?), die es — beschwingt vom Optimismus der vorangegangenen Erfolge — im durchweg „härtesten“ Sinne beantwortete. Es zog die „Wiedervereinigung“ im Eilverfahren durch, trieb die Sozialisierung im Süden schnell voran und entschied sich — mit sowjetischer Rückenbedeckung — für „Sonderbeziehungen“ zu Laos und Kambodscha, wobei es die Feindschaft des chinesischen Nachbarn bewußt in Kauf nahm.

Die Folgen dieses Dreischritts waren schmerzhafter als erwartet. Die südvietnamesische Bevölkerung leistete immer gereizteren passiven Widerstand, die VR China brach einen „Erziehungsfeldzug“ vom Zaun, die Ernteergebnisse blieben weit hinter den Planparametern zurück, an drei Fronten gingen die Samenkörner des organisierten Widerstandes auf, die westlichen Industrieländer verweigerten Entwicklungshilfe und Vietnam wurde zum Kostgänger der Sowjetunion.

In dieser heikel gewordenen Situation riß die vietnamesische Führung das Steuer herum und leitete 1979 Reformmaßnahmen ein, die sich — vor allem in Form des „Produktvertragsystems“ sowie einer neuen Sozialstrategie auf den Dörfern — wirtschaftlich höchst segensreich auswirkten, andererseits freilich innerhalb der Führung alte Wunden aufrisen, zur Erneuerung von Fraktionsbildungen führten und schließlich, während des V. Parteitags (1982), Säuberungen auslösten, wie sie in diesem Umfang bisher in Vietnam nicht vorgekommen waren.

Der innenpolitischen Kehrtwendung folgten keine Korrekturen in der Außenpolitik. Hier blieb es bei der engen Sowjetbindung und der „Indochinalösung“. Vietnam steht vor der Wahl, sich entweder der Logik seiner inzwischen so springlebendigen Innenpolitik zu beugen und seine Außenpolitik neu zu überdenken, oder aber stoisch an seinen kostspieligen außenpolitischen Positionen festzuhalten, worunter dann freilich seine Innenpolitik, vor allem aber der seit langem überfällige wirtschaftliche Aufbau zu leiden hätten.

Peter Schier: Der Krieg um Kambodscha — ein Konflikt ohne Ende?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/83, S. 33—46

Seit rund 40 Jahren befindet sich die indochinesische Halbinsel fast ununterbrochen im Kriegszustand. Sie zählt damit — neben dem Nahen Osten — zu einem quasi permanenten Konfliktherd dieses Jahrhunderts. Auf den 1. Indochina-Krieg zwischen Frankreich und den vietnamesischen Kommunisten folgte der 2. Indochina-Krieg, in dem die USA die Rolle Frankreichs übernahmen. Beide Kriege waren vor allem nationale Unabhängigkeitskämpfe gegen koloniale und neokoloniale Fremdherrschaft. Der 3. Indochina-Krieg (seit 1977) wird hingegen im wesentlichen zwischen kommunistischen Staaten ausgefochten, und aus dem langjährigen Opfer Vietnam ist ein Aggressor geworden, der seine beiden Nachbarn Kambodscha und Laos mehr oder weniger gewaltsam unterworfen hat.

Vietnams Ziel ist die politische und wirtschaftliche Verschmelzung von Kambodscha und Laos in ein indochinesisches Großreich vietnamesischer Prägung. Dagegen möchten die Volksrepublik China, die ASEAN-Staaten und der Westen die vietnamesische Oberherrschaft über Kambodscha und Laos beseitigen und die Sowjetunion aus Südostasien zurückdrängen. Der eigentliche Gewinner des Kambodscha-Konflikts ist bisher die UdSSR: Der Sowjetunion gelang es nicht nur, in Vietnam, Laos und Kambodscha fest Fuß zu fassen und die drei Staaten an den Sowjetblock anzubinden, sondern auch, den früher starken Einfluß der USA und der VR China auf der indochinesischen Halbinsel vollständig auszuschalten. Darüber hinaus erhielt die sowjetische Flotte mit dem früheren US-Militärstützpunkt Cam Ranh erstmals einen ganzjährig eisfreien direkten Zugang zum Süd- und Ostchinesischen Meer und zum Pazifik. Neben der weiteren Zurückdrängung des chinesischen und amerikanischen Einflusses in Südostasien ist es das Ziel der Sowjetunion, die bereits errungenen bedeutenden globalstrategischen Zugewinne auf der indochinesischen Halbinsel zu festigen und auszubauen. Eindeutiger Verlierer des Konflikts ist bisher die kambodschanische Zivilbevölkerung, auf deren Rücken Vietnam und China ihre antagonistischen regionalen Ordnungsinteressen ausfechten.

Keine der an dem Krieg um Kambodscha beteiligten Mächte dürfte freilich in der Lage sein, den Konflikt allein und auf Dauer in ihrem Sinne zu lösen. Selbst wenn es kurzfristig durchaus möglich erscheint, daß Vietnam seine Position in Kambodscha konsolidiert, ist es kaum vorstellbar, daß Vietnam langfristig in der Lage ist, mit China in einem kriegsähnlichen Zustand zu leben. Die VR China scheint nämlich fest entschlossen, den verdeckten Vierfrontenkrieg gegen Vietnam an der chinesisch-vietnamesischen Grenze, sowie in Kambodscha, Laos und Südvietnam solange fortzusetzen, bis Vietnam Kompromißbereitschaft in der Kambodscha-Frage zeigt. Deshalb erscheint eine wirklich dauerhafte Konfliktlösung nur möglich als Kompromiß, durch Zugeständnisse von allen Seiten. Bisher hat jedoch keiner der beiden Hauptbeteiligten, Vietnam und China, eine echte Kompromißbereitschaft erkennen lassen, so daß vieles auf eine langjährige Fortsetzung des Kriegszustands hindeutet.